



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Prekäre Nachhaltigkeit?

Chancen und Hindernisse Nachhaltiger Entwicklung
in armen und armutsgefährdeten Haushalten aus
praxistheoretischer Perspektive“

Verfasser

Vinzenz Jakob Huber

angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, im Jänner 2012

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 300

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Politikwissenschaft

Betreuerin:

Univ.- Prof. Dr. Sieglinde Rosenberger

Danksagung

Vorab möchte ich mich bei allen Personen bedanken, die auf so vielfältige Weise zum Entstehen und Gelingen dieser Arbeit beigetragen haben. Dies sind zunächst natürlich die Teammitglieder des Österreichischen Instituts für Nachhaltige Entwicklung, allen voran Mag. Markus Spitzer und Dr. Anja Christanell. Die Mitarbeit am Projekt NELA war mit die spannendste und interessanteste Zeit meines Studiums, ich werde die freundliche Atmosphäre am Institut sicherlich bald vermissen.

Herzlicher Dank gilt auch meiner Betreuerin Prof. Dr. Sieglinde Rosenberger für ihre engagierte fachliche Betreuung, ihre Geduld und ihre motivierenden Worte.

Besonders möchte ich mich bei jenen Menschen bedanken, die mich die ganzen Monate lang durch alle Höhen und Tiefen dieser Diplomarbeit begleitet haben und stets für mich da waren. Dies sind sowohl meine Eltern und mein Bruder, als auch meine Freunde und MitbewohnerInnen. Vor allem aber danke ich Sara für ihre Geduld, ihre Empathie und ihre Liebe.

Zuletzt möchte ich nochmals Markus meinen innigsten Dank aussprechen. Ohne ihn wäre diese Arbeit nie zustande gekommen.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung.....	3
1.1. Thema und Relevanz.....	3
1.2. Forschungsfragen, Aufbau und Methode.....	6
2. Nachhaltige Entwicklung	9
2.1. Genese des Konzepts „Nachhaltige Entwicklung“.....	9
2.1.1 Der Club of Rome und „Die Grenzen des Wachstums“.....	11
2.1.2. Die UNCHE und die World Conservation Strategy.....	12
2.1.3. Der Brundtland-Bericht5	13
2.1.4. Die UNCED-Konferenz in Rio de Janeiro und der Rio-Folgeprozess.....	16
2.2. Prämissen und Kontroversen im Nachhaltigkeitsdiskurs.....	20
2.2.1. Das Gerechtigkeitspostulat.....	20
2.2.2. Starke versus schwache Nachhaltigkeit.....	23
2.2.3. Erarbeitung und Umsetzung des Nachhaltigkeitskonzepts.....	26
2.3. Dimensionen nachhaltiger Entwicklung.....	29
2.3.1. Kultur: eine eigenständige Dimension ?.....	29
2.3.2. Die Rolle der Institutionen.....	30
2.3.3. Ökologische Dimension.....	31
2.3.4. Soziale Dimension.....	39
2.3.5. Ökonomische Dimension.....	52
2.4. Nachhaltigkeitsstrategien.....	58
2.4.1. Ökologische Effizienz.....	59
2.4.2. Konsistenz.....	61
2.4.3. Suffizienz.....	63
3. Theorien sozialer Praktiken.....	68
3.1. Pierre Bourdieu: Habitus, der soziale Raum, das Praxisfeld.....	70
3.2. Anthony Giddens: theory of structuration.....	72
3.3. Theodor Schatzki: the site of social.....	73
3.3.1. Doings and sayings.....	74
3.3.2. Governance of action: individuelles Handeln und kollektive Praktik.....	75

3.4. Materialität und Praktik – das Analysemodell nach Shove/Pantzar.....	78
4. Energiekonsum als soziale Praktik.....	82
4.1. Das Projekt NELA: Ziele, Methoden und Sample.....	83
4.1.1. Zielsetzungen.....	83
4.1.2. Methoden, Form der Datenerhebung und Auswertungsinstrumente.....	84
4.1.3. Samplebeschreibung.....	87
4.2. „Heizen“ aus praxistheoretischer Perspektive.....	91
4.2.1. Materials: objects, equipments and bodies.....	92
4.2.2. Meanings: purpose, emotions, beliefs and understandings.....	98
4.2.3. Competences: skills and knowledge.....	102
5. Resümee	104
6. Bibliographie.....	107
6.1. Verwendete Literatur.....	107
6.2. Internetquellen.....	111
6.3. Weiterführende Literatur.....	112
Anhang.....	114
Tabellen- und Abbildungsverzeichnis.....	114
Abstract.....	115
Lebenslauf.....	116

1. Einleitung

1.1. Thema und Relevanz

Ganz gleich ob es sich um die Bio-Linie einer Supermarktkette, die Öffentlichkeitsarbeit eines Unternehmens oder das Wahlkampfprogramm einer politischen Partei handelt: „Nachhaltigkeit“ ist als allgegenwärtiger Leitbegriff der Jetztzeit überaus populär und durchwegs positiv konnotiert. So facettenreich der Terminus in seiner Anwendung ist, so vage und abstrakt bleibt er jedoch im Alltagsgebrauch hinsichtlich seines konkreten Sinngehalts. Vom englischen Wort *sustainable* hergeleitet, kann die im deutschen Sprachraum übliche Übersetzung „nachhaltig“ zwar in einem Bedeutungsspektrum von „dauerhaft“ und „tragfähig“ verortet werden. Worin die intendierte Zukunftsfähigkeit aber genau besteht, bleibt im Kontext der Verwendung oft unklar – meist soll damit eine generelle Umweltverträglichkeit der betreffenden Prozesse und Produkte vermittelt werden. Der Nachhaltigkeit wird daher eine problematische Sinnentleerung attestiert, sie droht als „Modewort“ (Nattermann 2007:99), als überdehnter „Gummibegriff“ (Hamberger 2010:32) zu einer semantischen Chimäre zu werden, der das kritische Potential durch Übernutzung abhanden kommt.

In der politischen und wissenschaftlichen Diskussion um das Spannungsverhältnis von Ökonomie und Ökologie hingegen spielt das Konzept einer Nachhaltigen Entwicklung, welche „die Bedürfnisse der heutigen Generation befriedigt, ohne zu riskieren, daß künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können“ (Hauff 1987: 46), schon seit mehr als fünfundzwanzig Jahren eine zentrale Rolle. Es etablierte sich trotz inhaltlicher Ambivalenzen spätestens mit der Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung (UNCED) 1992 in Rio de Janeiro als international akzeptiertes Entwicklungsleitbild. Mit ihm schien ein adäquater Lösungsansatz für jene Probleme gefunden, die sich im Zuge einer fortschreitenden wirtschaftlichen Globalisierung und eines vermehrten Energie- und Ressourcenbedarfs intensivierten. Neben ökologischen Phänomenen wie dem Klimawandel oder dem Verlust an Biodiversität zählen dazu auch soziokulturelle Aspekte, wie die ungleiche Verteilung von Wohlstand und Zugangschancen zu Ressourcen.

Obwohl mittlerweile seit Jahrzehnten ein politischer wie wissenschaftlicher Konsens über die Notwendigkeit eines nachhaltigen gesellschaftlichen Transformationsprozesses besteht, haben diese Problemlagen auch heute noch ungebrochene Relevanz. Dies gilt im Besonderen für die Folgen des globalen Energiekonsums. Wenngleich die Vorhersagen dazu divergieren, ist von einer ungebrochenen Verbrauchssteigerung auszugehen: Der Weltenergieerat prophezeit eine Zunahme von 40% bis zum Jahr 2020, die Prognose des US- Energieministeriums veranschlagt für diesen Zeitraum gar einen Anstieg von 75% (vgl. Rogall 2004: 90, zit. nach Schneider 2010: 10). Gerade aus Sicht der Industrienationen besteht dringender Handlungsbedarf¹. Obwohl hier in Teilbereichen wie der Nutzung regenerativer Energien oder der kommunalen Mobilität Fortschritte erzielt wurden, lässt sich keinesfalls von einer Trendwende sprechen (vgl. Brand 2011: 176). Der innerhäusige Energiekonsum privater Haushalte ist dabei ein nicht zu unterschätzender Faktor, in Österreich war er 2007 für etwa ein Drittel des gesamten nationalen Energieverbrauchs ursächlich (vgl. Wegscheider-Pichler 2009: 6). Aber auch in Hinblick auf soziale Probleme geben Statistiken Anlass zur Sorge. In Österreich sind mehr als 1 Million Menschen von Armutsgefährdung betroffen, im Jahr 2008 lag die Armutsgefährdungsquote bei 12,4% der Gesamtbevölkerung (Statistik Austria 2009). Armut ist kein Nischenproblem und trifft sowohl Menschen im Erwerbsleben, als auch Personen, die keiner Erwerbsarbeit nachgehen.

Nach Auffassung der Politikwissenschaftler Stephan Kaufmann und Tadzio Müller befindet sich die Mehrzahl der Gesellschaften des globalen Nordens in einer multiplen Krisensituation. Ihrer Ansicht nach findet diese ihren Ursprung im grundlegenden Antagonismus zwischen einem begrenzten Ökosystem und einem auf Akkumulation ausgerichteten Wirtschaftsmodell (vgl. Kaufmann/Müller 2009: 9ff.) Sie betrifft daher den Kernbereich des Nachhaltigkeitskonzepts. Den Autoren zufolge ist dieser Problemkomplex durch das Wechselspiel verschiedener krisenhafter Entwicklungen charakterisiert, sie verweisen auf die bedenklichen Tendenzen der vergangenen Jahre im Bereich der Energieversorgung, des Umweltschutzes sowie des Finanz- und Sozialsystems. Der von Kaufmann/Müller geprägte Begriff der „Biokrise“ (ebd.: 27), im Sinne einer umfassenden Krise des Lebens (Bios), erhebt somit die Verschränkung

1 Den Industrienationen bei der Umsetzung des Nachhaltigkeitskonzepts eine gesteigerte Verantwortung zu. Diese gründet auf der Tatsache, dass diese Länder zwar einen überproportionalen Teil des globalen Ressourcenverbrauchs und Emissionsausstoßes verursachen, die dabei entstehenden ökologischen Kosten jedoch vor allem von den Ländern des globalen Südens getragen werden (vgl. Schneider 2010: 20)

von sozialen, ökologischen und ökonomischen Problemlagen zur wesentlichen Herausforderung einer sozialwissenschaftlichen Nachhaltigkeitsforschung.

Dieser möchte sich auch die vorliegende Diplomarbeit stellen. Die Frage nach den Charakteristika Nachhaltiger Entwicklung und ihrer Verwirklichungschancen unter prekären Lebensbedingungen integriert sowohl sozioökonomische als auch sozioökologische Aspekte. Ihre auch politikwissenschaftliche Relevanz speist sich dabei aus zweierlei Quellen. Zum einen kann die Beschäftigung Armutslagen als originäres Feld der politikwissenschaftlichen Disziplin angesehen werden, impliziert sie doch unausweichlich die Beschäftigung mit sozialer Gerechtigkeit, gesellschaftlicher Kohärenz und politischer Partizipation. Zum anderen muss Nachhaltigkeit aber auch als ein Thema begriffen werden, das disziplinenübergreifende Bedeutung hat. Der Politikwissenschaft kommt dabei die analytische Untersuchung der Akteure, Willensbildungsprozesse und der inhaltlichen Gestaltung des angestrebten gesellschaftlichen Wandels zuteil.

Ausgangspunkt und Arbeitsgrundlage dieser Diplomarbeit ist meine mehrmonatige Mitarbeit am Projekt „Nachhaltiger Energieverbrauch und Lebensstile in armen und armutsgefährdeten Haushalten“ (NELA), welches im Zeitraum von 2009 bis 2011 am Österreichischen Institut für nachhaltige Entwicklung (OIN) durchgeführt wurde. Diese qualitative Untersuchung zum Energieverbrauchsverhalten einkommensschwacher Haushalte und den entsprechenden Möglichkeiten zur Energieeffizienzsteigerung stellte für das Themenfeld „Energiearmut in Österreich“ einen wichtigen Beitrag zur Grundlagenforschung dar. Durch sie konnten wichtige Erkenntnisse über den Zusammenhang von Einkommen und Energieverbrauch und die vielschichtige Belastungssituation armutsgefährdeter Menschen erlangt werden. Die Studie nahm dabei eine dezidiert sozialwissenschaftliche Perspektive ein, welche den „sozial vermittelten Charakter von Energiekonsum und dessen soziotechnische und infrastrukturelle Einbettung“ (NELA 2011: 5²) betont.

Obschon der theoretische Rahmen des Projekts in Auseinandersetzung mit diversen ökonomischen, (sozial-)psychologischen und soziologischen Zugängen zu

2 Zur besseren Lesbarkeit wird im Folgenden die Referenz Brunner, Karl- Michael/ Chistanell, Anja/ Spitzer, Markus (2011b): NELA Nachhaltiger Energieverbrauch und Lebensstile in armen und armutsgefährdeten Haushalten Endbericht, Wien mit „NELA“ angegeben.

Energiekonsum entwickelt wurde, blieb er in seiner konkreten Relevanz für den Forschungsprozess und seiner terminologischen Präzision mitunter unscharf. Dies gilt vor allem hinsichtlich des in der Studie häufig verwendeten Begriffs der „Energiepraktiken“ und der theoretischen Erfassung sozialer Praxis. Ein weiterer Kritikpunkt betrifft die fehlende Auseinandersetzung mit dem Nachhaltigkeitsbegriff: wenngleich NELA von einer „politischen Leerformel“ (Luks 2006: 6) weit entfernt ist, verzichtet das Projekt zur Gänze auf eine inhaltliche Diskussion des Konzepts der Nachhaltigen Entwicklung und bleibt dadurch meiner Ansicht nach hinter seinem analytischen Potential zurück.

Die vorliegende Arbeit hat nicht die Absicht einer holistischen theoretischen Neueinbettung des zweijährigen Projekts NELA. Eine solche Aufgabe kann und soll hier nicht geleistet werden. Als realistische Zielvorgabe wird daher eine analytische Durchdringung des Nachhaltigkeitsdiskurses formuliert, die als substantieller Bezugspunkt für eine praxistheoretische Neuinterpretation der NELA-Datenerhebungen dient. Solchermaßen soll durch ein Aufbauen auf bereits geleistete Forschungsarbeit eine emanzipierte Erörterung des Diplomarbeits-themas verfolgt werden.

1.2. Forschungsfragen, Aufbau und Methode

Vor diesem Hintergrund hat die vorliegende Diplomarbeit das zentrale Anliegen

- *einer theoretisch-analytischen Herleitung des Nachhaltigkeitskonzepts*, welche dessen Komplexität aus interdisziplinärer Perspektive kritisch erörtert: Welche theoretischen Kontroversen und normativen Grundlagen sind für den Nachhaltigkeitsdiskurs substantiell? Wie prägen diese die inhaltlichen Architektur des Konzepts? Welche Aspekte sind hinsichtlich in Bezug auf Menschen in prekären Lebenslagen besonders relevant?

- *das Potential der Theorien sozialer Praktiken für die empirische Nachhaltigkeitsforschung zu eruieren:* Wie lässt sich individuelles und kollektives Handeln sozialwissenschaftlich erfassen? Welche Bedeutung hat dabei der Praxisbegriff für die Verknüpfung von Handlungs- und Strukturebene? Wie kann (Energie-)Konsum als Teil sozialer Praktiken untersucht werden?
- *der empirischen Anwendung eines praxistheoretischen Analysemodells,* um in Rekurs auf das Nachhaltigkeitskonzept die Möglichkeiten armutsgefährdeter Menschen zu nachhaltigem Handeln an praktischen Beispielen zu ermitteln: Welche Rolle spielen materielle Restriktionen im alltäglichen Agieren? Wo bestehen strukturelle Hindernisse? Welchen Einfluss haben soziale Normen und Wertvorstellungen?

Diese Arbeit gliedert sich in fünf Teilbereiche. Im Anschluss an diesen einleitenden Teil folgt als zweites Kapitel eine ausführliche Auseinandersetzung mit dem Nachhaltigkeitskonzept. Zunächst wird in chronologischer Perspektive der ideengeschichtliche Ursprung des Begriffs „Nachhaltigkeit“ und seine Genese zum Leitbild gesellschaftlicher Entwicklungsprozesse untersucht. Der zweiten Schritt stellt eine kognitive Systematisierung des Diskurses dar, um daran anknüpfend die verschiedenen Dimensionen des Nachhaltigkeitskonzepts in ihrer inhaltlichen Tiefe zu erörtern. Der daran anschließenden Part dient der Diskussion möglicher Wege zur Realisierung von Nachhaltigkeitszielen. Methodisch stützt sich das zweite Kapitel auf eine Dokumentenanalyse von Sekundärliteratur, völkerrechtlichen Resolutionen und Statistiken.

Das dritte Kapitel widmet sich der Theoretisierung von Praxis. Es basiert auf der Annahme, dass (Energie-)Konsum Bestandteil vieler routinisierter Alltagshandlungen ist und daher die Analyse „sozialer Praktiken“ eine fruchtbare Perspektive der Nachhaltigkeitsforschung sein kann. Zunächst werden die theoretischen Wurzeln praxistheoretischer Ansätze eruiert, um darauf aufbauen moderne Rezeptionen hermeneutisch erschließen zu können. Abschließend wird das im vierten Kapitel verwendete Analysemodell nach Shove/Pantzar (2005) vorgestellt. Dieser dritte Teil der Arbeit erfolgt ausschließlich durch die Dokumentenanalyse von Sekundärliteratur.

Das vierte Kapitel stellt hingegen eine empirische Untersuchung der im Rahmen von NELA erfolgten Datenerhebungen dar. Nach einer Erläuterung der Projektcharakteristika, die auch eine Darlegung meiner Beteiligung am Forschungsprozess umfasst, liegt der Fokus auf der praxistheoretischen Analyse der sozialen Praktik „Heizen“. Dabei sollen unter Bezugnahme auf die vorhergehenden Kapitel die Möglichkeiten nachhaltigen Handelns unter prekären Lebensumständen ausgelotet werden. Wie im entsprechenden Kapitel genauer erläutert, geschieht dies unter Verwendung qualitativer Methoden der Interviewanalyse, welche bereits während der Projekteinbindung zum Tragen kamen.

Der fünfte und abschließende Teil hat den Charakter eines Resumés und dient zur prägnanten Zusammenfassung der relevantesten Ergebnisse.

2. Nachhaltige Entwicklung

2.1. Genese des Konzepts „Nachhaltige Entwicklung“

Der ideengeschichtliche Ursprung des Begriffs „Nachhaltigkeit“ wird zu Beginn des 18. Jahrhunderts im Bereich der Forstwirtschaft verortet, als ein zunehmender Holzbedarf im Bergbau, der Verhüttungsindustrie und im Agrarsektor zu einer Überbeanspruchung der Wälder führte. Die sich abzeichnende Verknappung des Bau- und Heizmaterials erforderte die Konzeption einer Beforstung, welche sowohl ökonomische Interessen als auch die natürlichen Reproduktionskapazitäten gleichermaßen berücksichtigt. Obschon kein gesicherter Zeitpunkt für die erstmalige Verwendung des Begriffs festzustellen ist, wird in der Literatur zumeist auf eine Publikation des sächsischen Oberberghauptmanns Hans Carl von Carlowitz verwiesen.³ In der 1713 veröffentlichten Abhandlung „Sylvicultura Oeconomica oder haußwirthliche Nachricht und Naturmäßige Anweisung zur wilden Baum-Zucht“ fordert der Autor eine „continuirliche, beständige und nachhaltige Nutzung des Waldes“ (Carlowitz 2000, zit. nach Schein 2003: 6) nach der Regel, dass pro Jahr nicht mehr Holz geschlagen werden darf als mindestens nachwächst. Solchermaßen definierte von Carlowitz Nachhaltigkeit als ein ressourcenökonomisches Prinzip, welches auf langfristigen Kapitalerhalt abzielt und für spätere Nachhaltigkeitskonzeptionen Vorbildfunktion hatte: Es gilt von den Erträgen einer Substanz zu leben und nicht von der Substanz selbst (vgl. Grunwald/Kopfmüller 2006: 14). Anfang des 20. Jahrhunderts wurde in der Fischereiwirtschaft bei der Formulierung des „*maximum sustainable yield*“ ebenfalls auf dieses Nachhaltigkeitsverständnis zurückgegriffen. Auch hier sollte durch die Festlegung von Fangquoten ein maximaler Ertrag bei gleichzeitiger Sicherung der Fischbestände erreicht werden (vgl. Kopfmüller 2001: 21)

In wissenschaftlichen Disziplinen gewann die Frage nach dem Verhältnis von Natur und ökonomischer Entwicklung vor allem im Kontext der fortschreitenden Industrialisierung an Bedeutung. Insbesondere wirtschaftstheoretische Modelle zur Belastbarkeit und Stabilität von Wirtschaft und Gesellschaft begriffen die Natur in ihrer Funktion als Ernährungsgrundlage und Ressourcenquelle als Voraussetzung jedes Wachstums. Grunwald und Kopfmüller verweisen in diesem Zusammenhang auf John Stuart Mills

3 Vgl. etwa Kopfmüller 2001, Schein 2003, Grunwald und Kopfmüller 2006, Schneider 2010

Idee der „stationären Wirtschaft“, nach der es mit dem Erreichen eines kollektiven Wohlstandsniveaus zu einem Stopp des Bevölkerungs- und Kapitalwachstums kommen sollte. Für diesen Ansatz seien nicht nur ethische Kriterien relevant gewesen sondern auch Überlegungen, die man in modernen Termini mit „Ressourcenschonung“ erfassen könne (vgl. Grunwald/Kopfmüller 2006: 15). Zum anderen lässt sich Thomas Robert Malthus und dessen prominente Bevölkerungstheorie als Beispiel anführen. In seinem „Essay on the Principle of Population“ argumentierte Malthus (1789), dass es angesichts der raschen Bevölkerungszunahme zu einem krassen Missverhältnis zwischen Einwohnerzahl und der verfügbaren Menge an Ressourcen kommen müsse. Es sei unmöglich in adäquatem Ausmaß Lebensmittel zu produzieren und Rohstoffe zu gewinnen. Als Folge dieses als Axiom verstandenen Szenarios würden Hungersnöte, Epidemien und Kriege die Bevölkerung so weit dezimieren, bis das Gleichgewicht wieder hergestellt sei. Aus heutiger Perspektive wird diese Prognose oft als Wiege der Nachhaltigkeitsdiskussion verstanden, da sie eine der ersten systematischen Arbeiten über die Endlichkeit von Ressourcen und Wachstumsmöglichkeiten darstellt. Im zeitgenössischen Diskurs hingegen verlor Malthus' Theorie jedoch nach und nach an Relevanz und galt schließlich als falsifiziert, da die Einwohnerzahl nicht im vorhergesagten Ausmaß anstieg und dank technischer Innovationen im Agrarbereich die Versorgung der Bevölkerung sichergestellt werden konnte. Als Konsequenz einer aufkommenden Technik- und Fortschrittsgläubigkeit blieben bis Mitte des 20. Jahrhunderts in den Hauptwerken neoklassischer Wirtschaftstheorien ökologische Aspekte unterbelichtet, die natürlichen Grenzen des Wachstums wurden kaum thematisiert (vgl. Kopfmüller 2001: 19,20).

Das Nachhaltigkeitsprinzip im Sinne des „*maximum sustainable yield*“ wurde erst in den 1940er Jahren durch John R. Hicks' Einkommensbegriff in die Wirtschaftswissenschaften integriert. Nach Hicks ist das Einkommen jener „Teil der verfügbaren Gütermenge, der verbraucht werden kann, ohne künftige Konsummöglichkeiten einzuschränken“ (vgl. Grunwald/Kopfmüller: 16).

2.1.1 Der Club of Rome und „Die Grenzen des Wachstums“

Der Club of Rome wurde 1968 auf Initiative des Industriellen Aurelio Peccei und des damaligen wissenschaftlichen Direktors der OECD, Alexander King, gegründet. Der Selbstbeschreibung zufolge kann er als informeller, nichtkommerzieller *think tank* charakterisiert werden, dessen zentrales Ziel eine holistische und interdisziplinäre Identifikation bzw. Analyse globaler Problemlagen darstellt. Dabei sollen nicht nur alternative Entwicklungsszenarien erstellt, sondern auch Lösungsstrategien erarbeitet und diese sowohl politischen und privaten Entscheidungsträgern als auch der Öffentlichkeit kommuniziert werden (vgl. <http://www.clubofrome.org/?p=324>).

Der 1972 vom Club of Rome veröffentlichte Bericht „Die Grenzen des Wachstums“ wird als Auftakt der modernen Nachhaltigkeitsdebatte und des Diskurses um das Konzept der „Nachhaltigen Entwicklung“ gesehen. In dem unter der Ägide von Donella und Dennis Meadow entstandenen Report wurden mittels Computersimulationen und Systemanalysen die Konsequenzen eines nach damaligen Maßstäben fortlaufenden Bevölkerungswachstums und Industrialisierungsprozesses untersucht. Als Fazit wurde für das Jahr 2030 ein Ende der nutzbaren natürlichen Ressourcen, sowie die Bedrohung der Welternährungssicherheit und der natürlichen Lebensräume vorhergesagt: ein ökologischer Kollaps, der einen gravierenden wirtschaftlichen Niedergang mit sich bringen würde (vgl. Schneider 2010: 20). Wenngleich sich die Prognosen größtenteils als zu pessimistisch erwiesen haben und der Bericht in konzeptioneller und methodischer Hinsicht kritisiert wurde⁴, dürfte die Grundaussage weiterhin gültig sein: die Ressourcen dieser Erde sind beschränkt und das gegenwärtige Ausmaß ihrer Nutzung durch den Menschen auf Dauer nicht ökologisch tragfähig. Solchermaßen führte die Studie dazu, dass auf internationaler Ebene erstmalig über die Zusammenhänge zwischen menschlichen Produktions- bzw. Konsummustern und der Endlichkeit der Ressourcenbestände diskutiert wurde (vgl. Kleinhückelkotten 2005: 25).

⁴ Vgl. hierzu u.a. Cole, H.S.D. (1973): Thinking about the future: a critique of the limits to growth, London

2.1.2. Die UNCHE und die World Conservation Strategy

Ein weiterer Anlass für intensivierte mediale und politische Thematisierung von Umweltaspekten waren die zunehmenden Umweltbelastungen in Form von Luft- und Gewässerverschmutzungen. Unter dem Eindruck der nachweisbaren ökologischen Auswirkungen industrieller Metabolismen fand 1972 in Stockholm die UN-Konferenz zum Thema „*human environment*“ (UNCHE) statt, in Folge wurde das Umweltprogramm der Vereinten Nationen UNEP (United Nations Environment Programme) beschlossen und in vielen Nationalstaaten eigenständige Umweltministerien gegründet (vgl. Grunwald/Kopfmüller 2006: 18). Ebenso wurde unter dem Schlagwort des „*ecodevelopment*“ im Rahmen der UNCHE auf internationaler Ebene die Verknüpfung von Entwicklungs- und Umweltthematiken diskutiert. Dieses entwicklungspolitische Konzept, welches sich aus den Elementen Umweltschutz, Grundbedürfnisbefriedigung und Partizipation zusammensetzen sollte, stieß jedoch ob seiner impliziten Kritik an den Macht- und Verteilungsstrukturen der internationalen Gemeinschaft und dem Thematisieren des Verursacherprinzips auf starken politischen Widerstand (vgl. Kopfmüller 2001:22). In diesem Zusammenhang sind auch die 1974 veröffentlichte Erklärung von Cocoyok, die Abschlusspublikation einer von der United Nations Conference on Trade and Development (UNCTAD) und der UNEP organisierten Konferenz, und der Dag-Hammarskjöld-Report von 1975 zu nennen. Letzterer griff die Entwicklungsthematik insofern auf, als nicht nur „Unterentwicklung“ sondern auch „Überentwicklung“ im Sinne eines unverhältnismäßigen Ressourcenverbrauchs seitens der Industriestaaten als Problem identifiziert wurde (vgl. ebd.)

Die 1980 von der International Union of Conservation (IUCN) in Kooperation mit der UNEP und der UNESCO erarbeitete „World Conservation Strategy“ stellt einen weiteren Eckpunkt im Nachhaltigkeitsdiskurs dar, da erstmalig explizit auf den Begriff des „*sustainable development*“ zurückgegriffen wurde. Kernaussage der Studie war die These, dass eine langfristige Erhaltung der Ökosysteme unabdingbar für eine positive ökonomische Entwicklung sei und eine auf Naturausbeutung basierende Wirtschaftsweise nur für einen sehr begrenzten Zeitraum beizubehalten möglich sei. An diesem Ansatz wurde jedoch eine mangelnde Berücksichtigung der politischen bzw. sozioökonomischen Grundlagen anthropogener Umweltschäden kritisiert (vgl. ebd.: 23).

2.1.3. Der Brundtland-Bericht⁵

Auf Beschluss der Generalversammlung der Vereinten Nationen wurde 1983 mit der Resolution 38/161⁶ die World Commission on Environment and Development (WCED) geschaffen, der Vorsitz wurde der norwegischen Ministerpräsidentin Gro Harlem Brundtland übertragen. Zielsetzung der Kommission war es Konsens orientierte Handlungsempfehlungen für einen ökologisch vertretbaren Entwicklungsprozess zu erarbeiten. (vgl. Grunwald/Kopfmüller 2006: 20).

Für den 1987 erschienenen Endbericht der Brundtland-Kommission „Our Common Future“ können in drei Charakteristika festgehalten werden: eine globale Perspektive auf Problemlagen und potentielle Lösungsmöglichkeiten, die Annahme eines irreversiblen Zusammenhangs von Umwelt- und Entwicklungsaspekten, sowie die Formulierung des Gerechtigkeitsprinzips. Letzteres wurde als intragenerativ und zugleich intergenerativ interpretiert: Gerechtigkeit muss also sowohl in der Gegenwart verwirklicht (als Verteilungsgerechtigkeit unter allen heute lebenden Erdbewohnern), als auch als Verantwortung gegenüber zukünftigen Generationen verstanden werden (vgl. Kleinhüchelkotten 2005: 26).

Der Brundtlandt-Bericht definiert diesen Prämissen entsprechend vier zentrale Problembereiche:

- 1) „den Raubbau an den natürlichen Lebensgrundlagen,
- 2) die zunehmende ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen,
- 3) die Anzahl der in Armut lebenden Menschen und
- 4) die Bedrohung von Frieden und Sicherheit“ (Littig/Grießler 2004: 21).

5 Die WCED und ihr Abschlussbericht werden in der Literatur in der Regel in Anlehnung an den Namen der Vorsitzenden Gro Harlem Brundtland als „Brundtland-Kommission“ bzw. „Brundtland-Bericht“ bezeichnet (vgl. Kopfmüller et al. 2001: 24, Littig/ Grießler 2004: 21, Kleinhüchelkotten 2005: 26, Grunwald/Kopfmüller 2006: 20, Schneider 2010: 21)

6 Für Details vgl. <http://www.un.org/documents/ga/res/38/a38r161.htm>

Eine Umsetzung nachhaltiger Entwicklungsstrategien in diesen Bereichen soll nach Ansicht der Kommission anhand von drei normativen Prinzipien erfolgen:

- der Erhalt der Umwelt,
- der Herstellung sozialer Gerechtigkeit sowie
- der Gewährleistung politischer Partizipation

Mit diesen drei Maximen führte die Brundtland-Kommission explizit eine ethisch-moralische Perspektive in den Nachhaltigkeitsdiskurs ein, die bis dahin einen eher geringen Stellenwert hatte (vgl. Grunwald/Kopfmüller 2006: 21). Diese Sichtweise spiegelt sich auch in der von der Kommission vorgenommenen Definition von nachhaltiger Entwicklung wieder, auf welche in den meisten Beiträgen zum Thema zurückgegriffen wird:

„Sustainable development is development that meets the needs of the present without compromising the ability of future generations to meet their own needs.“ (WCED 1987: Part I Kapitel 2, <http://www.un-documents.net/wced-ocf.htm>)

In diesem Zusammenhang muss jedoch darauf verwiesen werden, dass die Zustimmung zu dieser Definition und der ihr zugrunde liegenden Prinzipien vor allem in der Offenheit der Formulierung begründet war. Die weiten Interpretationsspielräume der im Brundtland-Bericht kommunizierten Forderungen und Postulate ergaben sich durch den auf Konsens ausgerichteten Ansatz der Kommission. Sie sah sich vor der Aufgabe, zwischen stark divergierenden Positionen zu vermitteln,

„zwischen der jeweiligen Fokussierung auf ökologische, ökonomische, oder soziale Entwicklungsaspekte, zwischen den beiden zentralen entwicklungstheoretischen Paradigmen, der Modernisierungs und der Dependenztheorie, oder auch zwischen subsistenzwirtschaftlicher Binnenorientierung und umfassender Weltmarktintegration.“ (Kopfmüller et al. 2001: 25)

Trotz seines konsensualen Charakters stieß der Bericht in Bezug auf seine Analyseperspektive und seine konkreten Handlungsvorschläge auf teilweise vehementen Widerspruch. Es lassen sich dabei drei zentrale Kritikpunkte identifizieren:

- Besonders umstritten war das Propagieren einer Wachstumsstrategie, der zufolge in den Entwicklungsländern ein langfristiges Wirtschaftswachstum von 5-6%, in den Industrienationen ein jährlicher Zuwachs von 3-4% anzustreben sei. Hintergrund dieses Vorschlags war der Gedanke, dass zum Erreichen einer globalen intragenerativen Gerechtigkeit gerade ökonomisch schwache Länder ein kontinuierliches Wachstum benötigen, welches entscheidend von einer ansteigenden Importnachfrage seitens der Industrieländer und damit deren zunehmender Prosperität abhängt. Schon zum damaligen Zeitpunkt war jedoch klar, dass ein ökologisch verträgliches Wachstum dieses Ausmaßes angesichts der schwindenden Ressourcenbestände und überlasteten Senkenkapazitäten der Erde illusorisch wäre (vgl. ebd., Kleinhüchelkotten 2005: 26).

- Damit zusammenhängend sah sich die Kommission dem Vorwurf ausgesetzt, sowohl die Innovationskraft und Effektivität umwelt- und Ressourcen schonender Technologien, als auch die globale Bevölkerungsentwicklung zu optimistisch einzuschätzen (vgl. Littig/Grießler 2004: 16). Die Überbewertung technischer Effizienzstrategien, verbunden mit der Annahme eines potentiell grenzenlosen Wirtschaftswachstums, kann als Kompromiss zwischen dem Interesse der Entwicklungsländer nach einer nachholenden Entwicklung und dem Verlangen der Industriestaaten nach einem Bewahren des erreichten Wohlstands interpretiert werden (vgl. Ehle 2008: 5).

- Fundamentale Kritik betrifft, dass sich der Bericht in seiner wirtschafts- und entwicklungspolitischen Perspektive weitgehend innerhalb konventioneller Denkmuster bewege. Zum einen würden mögliche Alternativen zu Entwicklungsmodellen auf Basis kapitalistischer Wertschöpfung konsequent ausgeblendet (vgl. Eblinghaus/Stickler 1998: 64-67). Zum anderen reproduziere die Kommission in ihrer Konzeption einer ökologischen Ökonomie vorbehaltlos die wirtschaftswissenschaftlichen Annahme, dass Knappheit und Mangel an Ressourcen die entscheidende Determinante sozialer Ordnungen darstellen. Durch die Verallgemeinerung des *homo oeconomicus* als universal gültiges Menschenbild sei eine eurozentristische Position eingenommen worden, welche die soziale und ökonomische Entwicklung westlicher Gesellschaften zum

globalen Maßstab erhebe und Wertvorstellungen traditioneller Gesellschaften marginalisiere (vgl. Tijmes/Luijf 1995: 328-333).

Dennoch kann dem Brundtland-Bericht der Verdienst zugesprochen werden, noch stärker als die „World Conservation Strategy“ den Begriff des „*sustainable development*“ auch einer nicht-wissenschaftlichen Öffentlichkeit publik gemacht zu haben. Durch das Verknüpfen divergierender entwicklungspolitischer Positionen mit ökologischen Problemlagen gelang es der Kommission, eine weltweit akzeptierte Diskussionsbasis für weitere Vorgehensweisen zu schaffen (vgl. Kopfmüller et al. 2001: 26).

2.1.4. Die UNCED-Konferenz in Rio de Janeiro und der Rio-Folgeprozess

Der Abschlussbericht der Brundtland-Kommission und die an ihn anschließende Debatte über eine Operationalisierung des Konzepts „Nachhaltige Entwicklung“ war ein entscheidender Impetus für die 1992 in Rio de Janeiro abgehaltene United Nations Conference on Environment and Development (UNCED), die auch als „Erdgipfel“ bezeichnet wurde. Die im Zuge dieser bis dahin größten jemals abgehaltenen multilateralen Konferenz (es nahmen 178 Staaten teil) getroffenen Vereinbarungen legten erstmals politisch verbindliche Normen für den globalen Entwicklungsprozess fest und zielten auf eine weitere Konkretisierung des zum Leitbild erklärten Konzepts „Nachhaltige Entwicklung“ und die Formulierung politischer Handlungsvorgaben ab (vgl. Littig/Grießler 2004: 16). Die wichtigsten Ergebnisse des Gipfels sind

- die *Rio-Deklaration*, in der essentielle entwicklungs- und umweltpolitische Grundsätze formuliert wurden. Ihnen zufolge hätten alle Nationen und besonders die Entwicklungsländer ein originäres Recht auf Entwicklung, welches in Anklang an den Brundtland-Bericht dergestalt verwirklicht werden muss, „dass den Entwicklungs- und Umweltbedürfnissen der heutigen und der kommenden Generationen in gerechter Weise entsprochen wird.“
(<http://www.un.org/Depts/german/conf/agenda21/rio.pdf>). Umweltschutz wird in diesem Zusammenhang als integraler Bestandteil einer nachhaltigen

Entwicklung aufgefasst, welche wiederum nur auf Grundlage einer effektiven Armutsbekämpfung, einer geeigneten Bevölkerungspolitik und dem Abbau nicht nachhaltiger Produktions- und Konsummuster in den einzelnen Ländern realisierbar erscheint. Der Erhalt des Ökosystems der Erde wird als kollektive Aufgabe aller Staaten definiert, die in Form globaler Kooperation zu lösen ist. Den Industrienationen als Hauptverursacher der Umweltprobleme kommt dabei eine gesteigerte Verantwortung zu. (vgl. ebd.)

- die *Agenda 21*, welche als weiteres Kerndokument der Konferenz ein weitreichendes Aktionsprogramm für das 21. Jahrhundert darstellt. Sie schlägt in 40 Kapiteln Zielsetzungen und praktikable Mittel zur Implementierung des Leitbilds nachhaltiger Entwicklung vor und setzt dabei der Rio-Deklaration entsprechend für Industrie- und Entwicklungsländer unterschiedliche Schwerpunkte. Die Richtlinien erstrecken sich über vier Themenbereiche: sozioökonomische Aspekte (Armutsbekämpfung, Gesundheit, Bevölkerungsentwicklung, Konsumgewohnheiten etc..) werden ebenso wie ökologische Belange (Klima, Wälder, Wüstenbildung, Artenvielfalt, Meere, etc.), die Stärkung relevanter Akteursgruppen (NGOs, Gewerkschaften und ArbeitnehmerInnen, Frauen, kommunale Initiativen, Indigene, Unternehmen, etc.) und Fragen nach potentiellen Umsetzungsinstrumenten (Finanzierungsmechanismen, Technologietransfer, Wissenschaft und Bildung, internationale Zusammenarbeit, Institutionen, etc.) miteinbezogen (vgl. http://www.un.org/Depts/german/conf/agenda21/agenda_21.pdf).
- die *Klimarahmenkonvention*, welche nach ihrem Artikel 2 das Ziel definiert „die Stabilisierung der Treibhausgaskonzentrationen in der Atmosphäre auf einem Niveau zu erreichen, auf dem eine gefährliche anthropogene Störung des Klimasystems verhindert wird“ (<http://www.unfccc.int/resource/docs/convkp/convger.pdf>).
- die *Übereinkunft über die Biologische Vielfalt*, auch bekannt als Biodiversitätskonvention, welche „die Erhaltung der biologischen Vielfalt, die nachhaltige Nutzung ihrer Bestandteile und die ausgewogene und gerechte

Aufteilung der sich aus der Nutzung der genetischen Ressourcen ergebenden Vorteile“ (<http://www.admin.ch/ch/d/sr/i4/0.451.43.de.pdf>) als gleichwertige Ziele ansieht.

Zudem wurde die Schaffung der „Commission on Sustainable Development“ (CSD) als eigenständiges Organ der Vereinten Nationen beschlossen. Die Kommission hat zur Aufgabe, die regionale, nationale und internationale Umsetzung der Agenda 21 zu prüfen, zu unterstützen und zu evaluieren (vgl. <http://www.un.org/documents/ga/res/47/ares47-191.htm/>).

Obschon die oben erläuterten Übereinkünfte der Konferenz lediglich Richtlinien und keine Rechtsverbindlichkeit darstellen, erlangten zumindest die Rio-Deklaration und die Agenda 21 durch ihre Unterzeichnung durch 173 Staaten einen politisch verpflichtenden Charakter, welcher sich beispielsweise in der Abfassung einer EU-Nachhaltigkeitsstrategie und zahlreichen nationalen Programmen europäischer Staaten niederschlug (vgl. Littig/Grießler 2004: 17). Durch den so genannten Rio-Folgeprozess sollte es zu einer Ausarbeitung kompromissfähiger Strategien für die Realisierung des Leitbilds nachhaltiger Entwicklung kommen. Akteure und Gruppierungen aus der Politik, der Wissenschaft, der Wirtschaft, der Verwaltung und anderen Bereichen waren dazu aufgerufen, konkrete Umsetzungswege zu entwickeln, diese für bestimmte Handlungsebenen und Themenfelder zu spezifizieren, und ihr eigenes Agieren daran auszurichten. Diesem Appell folgend entstand eine kaum überschaubare Fülle an Beiträgen, die in Form von Programmen, Analysen, Plänen, Konzepten und Studien das Nachhaltigkeitsleitbild aus unterschiedlichen Perspektiven betrachten und hinsichtlich ihrer Schwerpunktsetzung und räumlichen Relation sehr heterogen sind. Wenngleich sich fast alle Ansätze auf den Brundtland-Bericht und den „*earth summit*“ beziehen, so kommen sie doch zu mitunter stark divergierenden Ergebnissen, eine Einigkeit über die Interpretation der Rio-Dokumente besteht demnach nicht. Allgemeiner Konsens besteht lediglich in der Annahme, dass es zur Verwirklichung nachhaltiger Entwicklung eines kollektiven, integrierenden Lern- und Erfahrungsprozesses bedarf, der sich, durch die Wissenschaft unterstützt, unter Einbindung möglichst vieler gesellschaftlicher Gruppen vollziehen soll (vgl. Kopfmüller et al. 2001: 27,28).

Ziel der Folgekonferenz von Rio, dem 2002 in Johannesburg abgehaltenen Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung („World Summit on Sustainable Development“, WSSD), war es, die bisherigen Fortschritte des Umsetzungsprozesses der Agenda 21 sowie die verschiedenen nationalen und internationalen Nachhaltigkeitsstrategien zu evaluieren und davon ausgehend neue Zielvorstellungen für den Zeitraum bis 2020 zu formulieren. Im Fokus standen dabei Themen wie Umweltschutz und Armutsbekämpfung, sanitäre Grundversorgung, die Stärkung der UN-Strukturen im Bereich Umwelt und Nachhaltigkeit, sowie die Globalisierung in Bezug zur nachhaltigen Entwicklung (vgl. Schneider 2010: 25,26). Retrospektiv stand der Gipfel jedoch unter keinem guten Vorzeichen. Zum einen hatten sich etliche bereits in Rio als dringlich eingestuft Problemfelder in der Zwischenzeit noch intensiviert, zum anderen stellte sich der Rückzug der USA aus multilateralen Kooperationsstrukturen, welcher zum Teil gar in Opposition zu internationalen Abkommen geschah, als belastend heraus (vgl. Kleinhückelkotten 2005: 25). Solchermaßen kann die Unterzeichnung der Johannesburg-Deklaration und des Aktionsprogramms „Plan of Implementation“ bereits als Erfolg ausgelegt werden, stellen diese Dokumente doch ein abermaliges eindeutiges Bekenntnis zum Leitbild nachhaltiger Entwicklung dar: Damit

„bekräftigten 191 Staaten die Bedeutung der Agenda 21 sowie ihrer Umsetzung auf lokaler Ebene und erkannten die sogenannten Rio-Prinzipien, das Vorsorgeprinzip und das Prinzip der gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortung der Staaten an.“ (ebd.: 26)

Zusammenfassend muss aber festgehalten werden, dass der Johannesburg-Gipfel eigentlich keine progressiven Ergebnisse mit sich brachte, die getroffenen Zielsetzungen als zu wenig weitreichend und unverbindlich kritisiert wurden und die Konferenz in einem gewissen Maß für Ernüchterung in der seit Rio mit großem Optimismus geführten Nachhaltigkeitsdiskussion sorgte, (vgl. Grunwald/Kopfmüller 2006: 26).

2.2. Prämissen und Kontroversen im Nachhaltigkeitsdiskurs

Wie Kleinhüchelkotten konstatiert, ist die Diskussion um das Leitbild nachhaltiger Entwicklung durch Interpretations- und Definitionsauseinandersetzungen geprägt, die sich in den divergierenden Operationalisierungen des Begriffs „Nachhaltigkeit“ niederschlagen. Für die bisher entstandenen Nachhaltigkeitsansätze lassen sich zwar allgemein akzeptierte Grundannahmen fixieren, deren unterschiedliche Auslegung aber zu heterogenen Schlussfolgerungen für die Konzeption und die politische Umsetzung des Leitbilds führt (vgl. Kleinhüchelkotten 2005: 28). Solchermaßen soll im Folgenden der Versuch unternommen werden, einige Gemeinsamkeiten und Bruchlinien im Nachhaltigkeitsdiskurs nachzuzeichnen. Dabei geht es nicht um die ganzheitliche Erläuterung einzelner Entwürfe: das Ziel ist es vielmehr ein systematischeres Verständnis der Debatte zu erlangen und zugleich auch normative Komponenten zu thematisieren.

2.2.1. Das Gerechtigkeitspostulat⁷

Wie bereits erwähnt, stellt der Brundtland-Bericht und seine Nachhaltigkeitsdefinition in der Forschungslandschaft einen wichtigen Referenzpunkt dar. Die Zielformulierung einer Entwicklung, welche „die Bedürfnisse der heutigen Generation befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können“ (Hauff 1987: 46), kann als umfassender Konsens der Nachhaltigkeitsdebatte bezeichnet werden:

„In jeder Nachhaltigkeitstheorie geht es zentral um inter- und intragenerationelle Gerechtigkeit in Ansehung von a) Chancen zur Befriedigung von Bedürfnissen und zur Ausübung von Fähigkeiten, von b) Zugängen zu natürlichen und kulturellen Ressourcen und von c) von Bereitstellung von Gütern i.w.S. Die Idee der Nachhaltigkeit ist folglich an der Idee der Gerechtigkeit angelehnt und lässt sich ohne diese nicht bestimmen“ (Ott/Döring 2004: 45).

Das der Definition inhärente Gerechtigkeitspostulat ist also ein normatives Prinzip, welches im Brundtland-Bericht als soziale Gerechtigkeit (*iustitia socialis*) verstanden

7 Der Gerechtigkeitsidee in diesem Zusammenhang liegen philosophischen Begründungen und ethische Reflexionen zugrunde, welche zu umfangreich und komplex sind, um sie an dieser Stelle in angemessenem Ausmaß darzulegen. Für Details siehe Ott, Konrad/ Döring, Ralf (2004): Theorie und Praxis starker Nachhaltigkeit, Marburg, 45-103

wird und sich auf zwei Aspekte erstreckt. Zum einen ist damit vorrangig eine substantielle Verteilungsgerechtigkeit gemeint, die Bezug auf die Kriterien einer fairen Distribution von Ressourcen, Gütern, Rechten und Pflichten nimmt. Zum anderen erfordert es eine formale Verfahrensgerechtigkeit, die einen nach festgelegten Regeln ablaufenden, angemessenen Ausgleich zwischen divergierenden Interessen und Bedürfnissen beschreibt (Kopfmüller et al. 2001: 135-139).

Für die weiter oben kurz angeschnittene Dichotomie von intergenerativer und intragenerativer Gerechtigkeit lassen sich in der Nachhaltigkeitsdebatte nach Kopfmüller et al. drei wesentliche Positionen unterscheiden. Diese beziehen vor allem auf ökologische Aspekte des Nachhaltigkeitsdiskurses, die sozialen Komponenten der Kontroverse werden in der hier vorliegenden Arbeit vorrangig im Kapitel zur sozialen Dimension von Nachhaltigkeit behandelt (vgl. Kopfmüller et al. 139ff.).

In einer *ersten Position* werden beide Gerechtigkeitsformen als normativ gleichwertig betrachtet, wobei das Schaffen sozialer Gerechtigkeit unter den heute lebenden Menschen als Voraussetzung für die Wahrnehmung der Verantwortung gegenüber künftigen Generationen begriffen wird. Als einflussreiche Vertreterin dieser Ansicht führen die AutorInnen Edith Brown-Weiss (1989) und ihre These des „*planetary trust*“ an, derzufolge alle Menschen NutznießerInnen und TreuhänderInnen des kollektiven Erbes Erde sind und solchermassen die Verpflichtung zu einem solidarischen und verantwortungsbewussten Handeln in räumlicher wie zeitlicher Hinsicht haben. Brown-Weiss leitet daraus drei Grundsätze intergenerativer Gerechtigkeit ab, nach denen die Verteilung von Rechten und Pflichten funktionieren soll. Die „*conservation of options*“ zielt auf die Bewahrung der Diversität von natürlichen und kulturellen Ressourcen ab, um die Wahlmöglichkeiten künftig Lebender bei ihrer Bedürfnisbefriedigung zu erhalten. Die „*conservation of quality*“ stellt das Gebot auf, die Güte dieser Ressourcenbestände nicht zu vermindern, während die „*conservation of access*“ einfordert, dass alle Mitglieder einer Generation in angemessener Weise Zugang zu dem kollektive Erbe haben und diese Zugriffschance auch für nachfolgende Generationen erhalten wird. Gerade die „*conservation of access*“ betont demnach die Bedeutung intragenerativer Gerechtigkeit als Voraussetzung für intergenerative Gerechtigkeit, da ein Nutzungsrecht des „*planetary trust*“ noch nichts über die reale Verteilung von Vor- und Nachteilen innerhalb einer Generation aussagt und ein Fortschreiben ungerechter

Ressourcennutzung im Jetzt eine Chancengleichheit kommender Generationen somit verunmöglicht.

Eine *zweite Position* nimmt ebenso eine normative Gleichwertigkeit der beiden Gerechtigkeitsformen an, verortet für die Umsetzung nachhaltiger Entwicklung jedoch einen Vorrang der intergenerativen Gerechtigkeit. Diese Perspektive wird im deutschsprachigen Nachhaltigkeitsdiskurs vor allem dem Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt und Energie zugeschrieben und ist eng mit dessen 1995 erschienenen Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ und dem darin verwendeten Konzept des „Umweltraums“ verbunden. Der Umweltraum beschreibt jenes Ausmaß an anthropogenem Umwelt- und Ressourcenverbrauch, das ohne eine dauerhafte Schädigung des Ökosystems und damit Beeinträchtigung der Nutzungsmöglichkeiten nachkommender Generationen möglich ist (vgl. Littig/Grießler 2004: 27). Innerhalb dieses Handlungsspielraums, der sich durch die Resorptionsfähigkeiten der Erde, die Verfügbarkeit der endlichen und die Regenerationsrate der nachwachsenden Rohstoffe definiert, soll dieser Vorstellung folgend dann eine globale Gleichheit an Nutzungsrechten bestehen. Damit hat die Chancenwahrung künftiger Generationen in diesem Modell Priorität und stellt die Begrenzung für die Schaffung von Verteilungsgerechtigkeit innerhalb der jetzigen Generation dar.

Eine *dritte Position* propagiert hingegen für das Leitbild nachhaltiger Entwicklung ein eindeutiges Primat der intergenerativen Gerechtigkeit, die Wahrnehmung der Zukunftsverantwortung gegenüber kommender Generationen wird als Maßstab für die Implementierung von Nachhaltigkeitskonzepten angesehen. Die relevante Frage ist in diesem Zusammenhang, auf welche Art von Erbe kommender Generationen Anspruch haben und in welcher Qualität und Quantität dieses hinterlassen werden muss. Dabei stellt sich das Problem, dass abseits der „*basic needs*“ wie Nahrung, Obdach und Gesundheit keine definitiven Aussagen über die Präferenzen und Bedürfnisse zukünftiger Menschen getroffen werden können, ebenso wenig wie über künftige Produktionsverhältnisse, Konsummuster und politische Strukturen (vgl. Grunwald/Kopfmüller 2006:28). Der Gerechtigkeit zwischen den Generationen wird innerhalb dieser Perspektive unterschiedliche Bedeutung beigemessen. Einerseits besteht die Ansicht, dass Ziele wie soziale Gerechtigkeit, Freiheit und Sicherheit zwar keine konstitutive Funktion für Nachhaltigkeit einnehmen, jedoch als Vorbedingung, Folge oder Durchsetzungsmaßnahme Relevanz erlangen können: Kopfmüller et al.

führen dabei vor allem den Ansatz Dieter Birnbachers (1999) an. Demgegenüber wird intragenerative Gerechtigkeit besonders im Kontext internationaler Gerechtigkeit auch als völlig eigenständiger Zielbereich mit sozialer Gerechtigkeit als Voraussetzung aufgefasst, der zum Teil in Übereinstimmung, zum Teil im Konflikt mit intergenerativer Gerechtigkeit steht (vgl. Knaus/Renn 1998). In diesem Zusammenhang sei auf besagte wachstumskritische Positionen zum Brundtland-Bericht verwiesen, welche eine rein nachholende Entwicklung der Entwicklungsländer ebenso wie den Anspruch der Wohlstandswahrung seitens der Industrienationen als ökologisch unverträglich missbilligen.

2.2.2. Starke versus schwache Nachhaltigkeit

Wie die in der Brundtland-Definition festgelegte Bedürfnisbefriedigung erreicht und dabei dem Gerechtigkeitsparadigma entsprochen werden kann, wird je nach Nachhaltigkeitskonzeption anders gedeutet. Die Frage nach der Qualität der zu erhaltenden Natur gehört dabei zu den zentralen Kontroversen der Nachhaltigkeitsdebatte (vgl. Kleinhückelkotten 2005: 37). Die verschiedenen Ansätze lassen sich in einem Spektrum zwischen „starker“ und „schwacher“ Nachhaltigkeit kategorisieren⁸. Dieser Unterscheidung liegt das aus den Wirtschaftswissenschaften adaptierte Verständnis zugrunde, dass die zur Entwicklung benötigten Ressourcen sich in verschiedene „Kapitalarten“ einteilen lassen. Neben dem auf Naturressourcen basierenden *natürlichen Kapital* gibt es zudem eine Reihe so genannter „man-made-Kapitalsorten“ (Schneider 2010: 35), auch als *künstliches Kapital* bezeichnet: dazu werden kultiviertes Naturkapital (wie Forste, Plantagen, Viehherden), Sachkapital (Maschinen, Produktionsanlagen, Infrastruktur), Humankapital (Personen gebundenes Wissen und Fähigkeiten), Wissenskapital (nicht Personen gebundenes Wissen) und Sozialkapital (Normen, soziale Strukturen, Traditionen) gezählt (vgl. Kopfmüller et al. 2001: 60).

Die meisten Ansätze einer *starken Nachhaltigkeit* konstatieren ein komplementäres Verhältnis von natürlichem und künstlichem Kapital, gehen also von einer sehr

⁸ In der Literatur wird dabei in der Regel auf die Arbeiten von Daly, H. (1994), Serageldin, I./Steer, A. (1994) und Mohr, H. (1997) verwiesen.

beschränkten Austauschbarkeit der beiden Sorten aus. Sie sehen einen Imperativ, das Naturkapital in seiner jetzigen Form als Hinterlassenschaft zu erhalten: Gemäß dieser „*constant natural capital rule*“, d.h. der natürliche Kapitalstock darf nicht schrumpfen, soll nicht von der Substanz selbst, sondern von den Erträgen gelebt werden (vgl. Littig/Grießler 2004: 23). Ein Austausch innerhalb der Kapitalarten ist dabei nur insofern möglich, als dass etwa die Rodung einer Waldfläche durch ein Wiederaufforsten kompensiert wird oder als Ausgleich für den Verbrauch fossiler Energieträger entsprechend in regenerative Energiequellen investiert wird. Radikale Positionierungen im Spektrum starker Nachhaltigkeit, beispielsweise die „*deep ecologists*“, lehnen hingegen jegliche Form der Substitution ab und propagieren die alleinige Nutzung regenerativer Ressourcen (vgl. Kopfmüller 2001: 61).

Ansätze aus dem Spektrum *schwacher Nachhaltigkeitsansätze* gehen davon aus, dass natürliches und künstliches Kapital miteinander weitgehend substituierbar sind. Das intergenerative Gerechtigkeitspostulat wird diesem Verständnis nach insofern erfüllt, als dass lediglich darauf geachtet werden müsse, die Gesamtkapitalmenge als Summe von natürlichem und künstlichen Kapital für künftige Generationen nicht zu vermindern (Kleinhückelkotten 2005: 37). Im Vordergrund steht der instrumentelle Wert der Natur, dementsprechend ist in schwachen Nachhaltigkeitskonzeptionen die These verbreitet, dass Umweltprobleme und begrenzte Ressourcenbestände vorrangig durch technologischen Fortschritt zu bewältigen seien (vgl. Schneider 2010: 36). Schwache Nachhaltigkeitsansätze befürworten im Zuge dieses Technikoptimismus einen Fortbestand des Wachstumsparadigmas. Eine kontinuierliche Steigerung des Bruttosozialprodukts wird nicht nur als möglich eingeschätzt, sondern im Sinne der „*Environmental Kuznets Curve*“, nach der mit Wirtschaftswachstum eine gesteigerte Nachfrage nach Umweltqualität einhergeht, sogar als erstrebenswert erachtet (vgl. Egan-Krieger 2005: 18). Grundsätzlich kann jedoch davon ausgegangen werden, dass weder die Extremposition der sehr starken noch der sehr schwachen Nachhaltigkeit sich als haltbar erweisen werden. Gerade die Annahme einer vollständigen Ersetzbarkeit von Naturkapital durch künstliches Kapital weist konzeptionelle Schwächen auf, denn sie ignoriert die Tatsache, dass fast jede wirtschaftliche Tätigkeit auf der Beanspruchung des Naturraumes beruht. Grunwald und Kopfmüller identifizieren in der Literatur drei Hauptargumente gegen eine komplette Substituierbarkeit von Naturkapital (vgl. Grunwald/Kopfmüller 2006:38):

- Angesichts eines technisch begrenzten Recyclingpotentials kann nahezu ausgeschlossen werden, dass die Generierung künstlichen Kapitals vollständig auf die Verwendung natürlicher Ressourcen zu verzichten imstande ist.
- Natürliche Kapitalsorten erfüllen oftmals ökologisch unentbehrlicher Funktionen, wie etwa die Photosynthese oder biochemische Kreisläufe, die prinzipiell nicht durch künstliches Kapital ersetzbar sind.
- Es ist zwar vorstellbar, dass für einzelne ökologische Funktionen ein artifizieller Ersatz gefunden werden kann, nicht jedoch für die komplexe Funktionalität natürlicher Ökosysteme wie den Wäldern oder Ozeanen.

Der vollständige Verzicht auf eine Naturnutzung abseits der Erneuerungszyklen regenerativer Rohstoffquellen hingegen würde das Gerechtigkeitsparadigma insofern außen vor lassen, als dass die Ressourcen weder der heutigen noch den kommenden Generationen zur Bedürfnisbefriedigung zur Verfügung stehen (vgl. Kopfmüller 2001:62). Nach Ott (2004) besteht beim Konzept starker Nachhaltigkeit zudem das Dilemma, dass bei einer strikten Operationalisierung die verschiedenen Naturkapitalarten in definitive physische oder gar monetäre Messgrößen fassen und somit homogenisieren werden müssten. Das bereits erwähnte Konzept des Umweltraumes oder das weiter unten besprochene Modell des Ökologischen Fußabdrucks tun dies zwar mittels der Umrechnung des durch ein Konsumniveau bedingten Ressourcenverbrauchs in die dazu benötigte biologisch produktive Fläche. Daran wurde jedoch sowohl die Annahme einer exakten Umrechnungsmöglichkeit kritisiert, als auch der Einwand vorgebracht, das Modell sei zu statisch und vernachlässige technische Entwicklungspotentiale (vgl. Ott 2004: 176,177).

der „safe minimum standard“

Konsequenz einer Ablehnung der beiden Perspektiven ist die Einnahme einer mittleren, verbindenden Position. Diese geht davon aus, dass unter der Voraussetzung einer Sicherstellung grundlegender Naturfunktionen eine begrenzte Substitution von natürlichem Kapital statthaft wäre. Der Auffassung zufolge wären jene Umweltgüter, die der Mensch zum essentiellen Überleben braucht (Wasser, Luft, fruchtbare Böden),

unantastbar und unveräußerlich. Kriterium für den Ge- oder Verbrauch eines Naturgutes wäre dann vielmehr, ob dadurch die Handlungsoptionen und Nutzungsmöglichkeiten künftiger Generationen vermindert werden. Solchermaßen müssten für die einzelnen natürlichen Kapitalarten kritische Werte definiert werden, die eine nachhaltige Entwicklung nicht unterschreiten darf. Durch die Unmöglichkeit einer solchen exakten Festlegung wären die Belastungsgrenzen am Vorsorgeprinzip zu orientieren, also an einer generellen Zurückhaltung bei der Ressourcennutzung. Diesem so genannten Konzept des „safe minimum standard“ wird das Potential zugesprochen, eine irreversible Schädigung des Naturkapitals und seiner ökologischen Funktionen verhindern zu können: eine strenge Befolgung des Vorsorgeprinzips würde die „*constant natural capital rule*“ zur Richtlinie dieses Ansatzes erheben (vgl. Kleinhüchelkotten 2005: 37,38). Solchermaßen würde sich diese vermittelnden Nachhaltigkeitsauffassung nicht elementar von den meisten starken Nachhaltigkeitskonzepten unterscheiden, da auch eine starke Nachhaltigkeit „Spielräume zulässiger oder sogar wünschenswerter Substitutionsvorgänge einräumen“ (Ott 2001: 46, zit. nach Kleinhüchelkotten 2004: 38) muss.

2.2.3. Erarbeitung und Umsetzung des Nachhaltigkeitskonzepts

Einen weiteren Diskussionspunkt stellt die Frage nach der Erarbeitungsweise gesellschaftlich verbindlicher Richtlinien zur Verwirklichung von Nachhaltigkeit, danach welche konkreten Umsetzungswege beschritten werden und von welchen Akteuren der Implementationsprozess getragen werden soll.

Bezogen auf die Entwicklung von Richtlinien kann einerseits die Position eingenommen werden, dass allgemeine Zielvorstellungen und Handlungsstrategien aus übergeordneten Prinzipien, wie dem weiter oben thematisierten Gebot der intra- und intergenerativen Gerechtigkeit, gefolgert werden können und müssen (vgl. Kopfmüller et al. 2001: 29). Nachhaltigkeit wird in diesem Fall klar normativ begründet und ist die Konsequenz einer Verantwortungsethik, welche der Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU, 1994), ein Beratungsgremium der deutschen Bundesregierung, als dreifache Verantwortung des Menschen interpretiert hat (vgl. Kleinhüchelkotten 2005: 30ff.): Erstens habe der Mensch, in seiner Eigenart als Vernunftwesen, eine Verantwortung für

seine natürliche Umwelt zu übernehmen. Nur durch die Vernetzung aller gesellschaftlichen Systeme mit der Natur, auch als Retinität bezeichnet, der Anerkennung des Eigenwerts der Natur und der Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen des Menschen könne er dieser gerecht werden. Zweitens stelle neben der Umweltverträglichkeit die Sozialverträglichkeit ein weiteres Kriterium nachhaltigen Handelns dar. Begründet durch die Annahme, dass umfassende Solidarität die Voraussetzung für die Herstellung sozialer Gerechtigkeit ist, schließe diese Verantwortung für die soziale Mitwelt sowohl die eigene Gesellschaft als auch die Menschheit an sich und künftige Generationen mit ein. Drittens schließlich trage der Mensch eine Verantwortung gegenüber sich selbst. Durch seine Bestimmung als Wesen der Freiheit ergäbe sich der Imperativ, sowohl die freie Persönlichkeitsentfaltung des Einzelnen als auch ein gerechtes Miteinander und die Wahrung der natürlichen Lebensgrundlagen zu Maximen zu erheben. Individuelle Freiheit müsse als „Freiheit in Verantwortung für die natürliche Umwelt und die soziale Mitwelt“ (vgl. Kleinhüchelkotten 2005:31) begriffen werden.

Andererseits besteht die Ansicht, dass eine zur Anordnung derart kohärenter und allgemeingültiger Handlungsrichtlinien befähigte, moralisch übergeordnete Instanz nicht mehr vorhanden sei. Der Fixierungsprozess allgemeiner Ziele nachhaltiger Entwicklung wird in dieser Perspektive vielmehr als prinzipiell offen betrachtet, der Gedanke der Partizipation und eines unter Einbeziehung aller gesellschaftlichen Gruppen stattfindenden Diskurses höher bewertet als die Argumentation anhand normativer Prinzipien (vgl. Kopfmüller 2001: 29).

Substanzielle versus prozedurale Nachhaltigkeit

Dem Dualismus dieser Positionen entsprechend herrscht in der Nachhaltigkeitsdebatte Uneinigkeit über die Umsetzungsweise des Leitbilds in politisches und gesellschaftliches Handeln und die Beschaffenheit eines dazu geeigneten Steuerungskonzepts. Ein Aspekt der Auseinandersetzung ist dabei die Möglichkeit und Sinnhaftigkeit konkreter Zielvorgaben. Grunwald und Kopfmüller unterscheiden diesbezüglich zwischen einem substanziellen und einem prozeduralen Nachhaltigkeitsverständnis (vgl. Grunwald/Kopfmüller 2006: 40ff.).

Einem *substanziellen* Nachhaltigkeitsverständnis zufolge sollte das Leitbild nachhaltiger Entwicklung mittels klassischer politischer Steuerungsmechanismen

realisiert werden: Nach einer Zieldefinierung anhand normativer Prinzipien durch Politik und Gesellschaft käme es demnach zur Ausarbeitung adäquater Handlungsstrategien. Für diesen Ansatz ist die Erarbeitung von messbaren Indikatoren, kontrollierbaren Zielwerten und konkreten Maßnahmen unabdingbar, da nur so Planungssicherheit für die beteiligten Akteure und eine Evaluierung gesellschaftlicher Entwicklungszustände ermöglicht werden kann (vgl. Kopfmüller et al. 2001: 30).

BefürworterInnen eines *prozeduralen* Nachhaltigkeitsverständnisses verweisen jedoch auf die Vielschichtigkeit des Nachhaltigkeitsbegriffes und die Komplexität der durch Individualisierung und Globalisierung gekennzeichneten, gesellschaftlichen Entwicklungstendenzen. Ein im substanziellen Nachhaltigkeitsverständnis postuliertes Ausmaß an Konkretisierung sei demnach nicht realisierbar, statt langfristiger Handlungsziele wäre vielmehr ein verbindlicher Konsens über potentielle Gefahren anzustreben: „Die Bestimmung legitimer und praktikabler Ziele sollte – weitgehend ergebnisoffen – vorwiegend durch geeignete institutionelle Arrangements und Verfahrensregeln erfolgen“ (Grunwald/Kopfmüller 2006: 40).

Ein weiterer Aspekt dieser Kontroverse ist die Frage, welche Akteure die praktische Umsetzung nachhaltiger Entwicklung vorantreiben. In so genannten „*top-down-approaches*“ wird die Initiativekraft bei offiziellen Institutionen und Personen verortet. Diese Akteure, zu denen beispielsweise Ministerien, IGOs, Behörden, oder auch wirtschaftlichen EntscheidungsträgerInnen oder die Sozialpartner gezählt werden können, agieren auf einer hohen Hierarchieebene und verfügen in der Regel über die nötigen finanziellen und politischen Mittel um Entscheidungen durchzusetzen (vgl. Littig/Grießler 2004: 23). Das dazu konträre Konzept der „*bottom-up-approaches*“ beschreibt hingegen Aktionen, die sich am Subsidiaritätsprinzip orientieren und dezentral auf niedrigem Hierarchieniveau ablaufen. Akteure sind dabei oft Bürgerinitiativen, Vereine oder Privatpersonen, vor allem aber die kommunale Verwaltung (ebd.: 24). Die Agenda 21 hebt in ihrem Kapitel 28 explizit die Bedeutung lokaler Handlungsräume hervor:

“Da so viele der in der Agenda 21 angesprochenen Probleme und Lösungen ihre Wurzeln in Aktivitäten auf örtlicher Ebene haben, ist die Beteiligung und Mitwirkung der Kommunen ein entscheidender Faktor bei der Verwirklichung der Agendaziele“ (http://www.un.org/Depts/german/conf/agenda21/agenda_21.pdf).

Des Weiteren werden die Kommunalverwaltungen aller Länder dazu aufgefordert, im Dialog mit den Bürgern, der Privatwirtschaft und regionalen Organisationen eine so

genannte „lokale Agenda 21“ zu entwickeln. Gerade für die Kommunikation und Verankerung des Leitbilds Nachhaltiger Entwicklung in der Bevölkerung betont die Agenda 21 das Potential von *bottom-up-approaches*: „Als Politik- und Verwaltungsebene, die den Bürgern am nächsten ist, spielen sie eine entscheidende Rolle dabei, die Öffentlichkeit aufzuklären und zu mobilisieren und im Hinblick auf die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung auf ihre Anliegen einzugehen“ (ebd.).

2.3. Dimensionen nachhaltiger Entwicklung

In der Nachhaltigkeitsdebatte besteht sowohl in politischer als auch wissenschaftlicher Hinsicht ein Konsens darüber, dass zu einer holistischen Umsetzung des Leitbilds „Nachhaltige Entwicklung“ eine Integration der diversen Dimensionen gesellschaftlicher Entwicklung unabdingbar ist. Hinsichtlich der Frage nach der Gewichtung der zu berücksichtigen Dimensionen bestehen sehr unterschiedliche Auffassungen. Zusätzlich zu den drei im Brundtland-Bericht erstmals umrissenen und in nahezu allen folgenden Studien aufgegriffenen Dimensionen Ökologie, Ökonomie und Soziales, werden von Fall zu Fall auch eine kulturelle und eine institutionell-politische Dimension als konstitutiv bewertet.

2.3.1. Kultur: eine eigenständige Dimension ?

Bezogen auf kulturelle Aspekte der Nachhaltigkeit unterscheiden sich die verschiedenen Ansätze vor allem darin, ob die kulturelle Dimension als der sozialen Dimension inhärent gesehen wird, oder diese als eigenständig und die übrigen Dimensionen umschließend. Kleinhüchelkotten führt diese Distinktion auf das jeweils spezifische Verständnis des Begriffs Kultur zurück und nähert sich der vielschichtigen Bedeutung des Terminus in Referenz auf den Eintrag in Meyers großem Taschenlexikon. Dieser Definition nach kann Kultur zum einen als „das von Menschen zu bestimmten Zeiten in abgrenzbaren Regionen in Auseinandersetzung mit der Umwelt in ihrem Handeln hervorgebrachte“ (Meyers 1990: 257, zit. nach Kleinhüchelkotten 2005: 35) bestimmt

werden, umfasst also den Bereich der Kunst, der Wissenschaft, der Sprache, der Musik, der Religion, der Philosophie, usw. Andererseits beschreibt der Begriff aber zugleich den „Prozeß des Hervorbringens der Kulturinhalte und -modelle (Normensysteme und Zielvorstellungen) und entsprechender individueller und gesellschaftlicher Lebens- und Handlungsformen“ (ebd.).

Wird beim Kulturbegriff nun der Fokus auf die darin enthaltenen Normen, Werte und Weltbilder gelegt, welche als Rahmenbedingungen gesellschaftlicher Entwicklung das soziale Zusammenleben, die praktizierte Ökonomie und auch das kollektive Verhältnis zu Natur prägen, kommt hinsichtlich des Nachhaltigkeitsleitbildes der Kultur ein eigenständiger, übergreifender Charakter hinzu (vgl. Kleinhückelkotten 2005: 35). Ansätze wie das „Tutzing Manifest“, das Abschlusspublikation der 2001 abgehaltenen Tagung „Ästhetik der Nachhaltigkeit“ in der Evangelischen Akademie Tutzing, postulieren eine dementsprechende Modifizierung des Leitbilds:

„Das Konzept Nachhaltige Entwicklung kann und muss in der Weise vertieft und weiterentwickelt werden, dass es gleichberechtigt mit Ökonomie, Ökologie und Sozialem auch Kultur als quer liegende Dimension umfasst. Es geht darum, die auf Vielfalt, Offenheit und wechselseitigem Austausch basierende Gestaltung der Dimensionen Ökonomie, Ökologie und Soziales als kulturell-ästhetische Ausformung von Nachhaltigkeit zu verstehen und zu verwirklichen.“ (Tutzing Manifest 2001)

In der folgenden Erläuterung der Diskussionen in den verschiedenen Dimensionen schließe ich mich jedoch der Position von Silke Kleinhückelkotten an, welche die kulturellen Aspekte unter dem Gesichtspunkt des Hervorbringens individueller und gesellschaftlicher Lebensformen betrachtet und sie damit als Teil der sozialen Dimension einordnet (vgl. Kleinhückelkotten 2005: 35).

2.3.2. Die Rolle der Institutionen

Einige AutorInnen vertreten die Auffassung, dass eine institutionell-politische Dimension der Nachhaltigkeit besteht, welche einen Querschnittcharakter hat und damit Bedingung und Voraussetzung für die anderen Dimensionen ist. Diese bezieht sich auf die Steuerungsfähigkeit gesellschaftlicher Transformationsprozesse und hat damit eine qualitativ andere Funktion: „Während bei den übrigen Dimensionen die Frage im

Mittelpunkt steht, *was* nachhaltige Entwicklung aus ökologischer, ökonomischer, sozialer und kultureller Sicht bedeutet, geht es bei der institutionellen Dimension um die Frage, *wie* eine nachhaltige Entwicklung umgesetzt werden könnte bzw. welche Qualitäten Institutionen haben müssen, um dieser Aufgabe gerecht zu werden.“ (Kopfmüller et al. 2001: 49, Hervorhebungen im Original)

Der Konzeption einer institutionell-politischen Dimension liegt meist ein umfassendes Verständnis von Institutionen zugrunde, das in zwei Kategorien gegliedert werden kann. In der ersten Kategorie werden damit bereits existente oder sich herausbildende Institutionen erfasst, die äußerlich erkennbar und organisatorisch beschreibbar sind, wie etwa staatliche Strukturen, Verwaltungseinheiten oder NGOs. Die zweite Kategorie orientiert sich eher an einer soziologischen Begriffsbestimmung und umfasst sowohl interne Institutionen, wie Konventionen, Normen, Gewohnheiten, oder die Vereinbarungen privater Akteure, als auch externe Institutionen in Form von rechtlichen Rahmenbedingungen. Die institutionell-politische Dimension fokussiert demnach einerseits die Verfasstheit von Organisationen, also wie diese gestaltet sein müssen um die Realisierung einer nachhaltigen Entwicklung fördern zu können. Andererseits fragt sie danach, durch welche Regeln, Normen und Prinzipien eine symmetrische Beteiligung aller gesellschaftlichen Akteure am Nachhaltigkeitsdiskurs sichergestellt werden kann (vgl. ebd. :112, 113). Solchermaßen hat die institutionelle Dimension im Vergleich zu den anderen Dimensionen eher einen instrumentellen und keinen inhaltlichen Charakter. Zudem kann durch die Zielformulierung von Integration, Partizipation und Geschlechtergerechtigkeit eine Überschneidung mit der sozialen Dimension konstatiert werden (vgl. Kleinhüchelkotten 2005:36). Im Folgenden wird daher der Schwerpunkt auf die inhaltliche Dimensionen Ökologie, Ökonomie und Soziales gelegt.

2.3.3. Ökologische Dimension

Wie bereits im oberen Abschnitt zur unterschiedlichen Konzeption von schwacher bzw. starker Nachhaltigkeit angesprochen wurde, ist die Frage nach dem möglichen Ausmaß menschlicher Naturnutzung, wie auch nach dem Verhältnis des Menschen zur Natur, zentraler Gegenstand der Diskussion um die ökologische Dimension nachhaltiger

Entwicklung. Zwar besteht in Anbetracht globaler ökologischer Problemlagen über die Notwendigkeit der Umweltverträglichkeit des menschlichen Handelns als allgemein akzeptiertes Kriterium ökologischer Nachhaltigkeit ein allgemeiner Konsens (vgl. Kleinhüchelkotten 2005: 36), in Bezug auf das Naturverständnis divergieren die Perspektiven jedoch.

Die Tragekapazitäten der Natur

Eine antropogene Naturaneignung findet seit dem Beginn der menschlichen Zivilisation statt, sei es durch Agrarwirtschaft, Siedlungsaktivitäten, der Gewinnung von Rohstoffen oder der Schaffung von Infrastruktur. Der Mensch ist zwar wie alle anderen Lebewesen Teil der Natur und damit von ihrer Funktionsfähigkeit abhängig, in seiner Eigenart als „kulturschaffendes Wesen“ (Kopfmüller et al. 2001: 51) ist er aber zu seinem Überleben auf die Anpassung der natürlichen Umwelt an seine Bedürfnisse angewiesen. Diese Eingriffe in die Natur haben seit jeher die Ökosysteme der Erde beeinflusst und geformt, wobei es immer wieder zu mehr oder weniger gravierenden Umweltveränderungen wie Verkarstung oder Bodenerosion gekommen ist (vgl. ebd.). Umweltkrisen sind demnach keine neuartige Erscheinung, neu ist jedoch der globale Charakter der ökologischen Dilemmata, der sich durch das heutige systemische Ausmaß der Naturveränderung ergibt: „Viele dieser Veränderungen sind inzwischen so groß, dass sie die derzeitigen und noch mehr die zukünftigen Nutzungsmöglichkeiten beeinträchtigen und damit das Ziel der nachhaltig zukunftsverträglichen Nutzung gefährden oder praktisch sogar unmöglich machen“ (Enquete-Kommission 1998: 45).

Demnach kommt den Belastungsgrenzen ökologischer Systeme eine Schlüsselrolle zu: wie sehr kann die Natur in Anspruch genommen werden, bevor es zu einer irreversiblen Schädigung kommt? Neben einer notwendigen Konkretisierung der Qualität und Dauer der Belastung, die von menschlichen Aktivitäten ausgeht, ist dabei die „Resilienz“, also die Widerstandsfähigkeit des betroffenen Ökosystems relevant. In der ökologischen Literatur wird dieser Terminus in zweierlei Hinsicht rezipiert. Einerseits ist damit das Tempo gemeint, mit dem das System nach einer Störung von Außen wieder in seinen originären Gleichgewichtszustand zurückkehrt. Andererseits wird mit dem Terminus

jene Grenze beschrieben, ab der ein System anfallende Störungen nicht mehr kompensieren kann und nach einem Zeitraum der Instabilität in einen veränderten Gleichgewichtszustand wechselt (vgl. Kopfmüller et al. 2001:53). Kopfmüller et al. führen unter Verweis auf Arrow (1995) drei Argumente für die Verwendung des Begriffs Resilienz als entscheidendes Nachhaltigkeitskriterium an: Erstens bedeutet der Übergang eines Ökosystems in einen anderen Gleichgewichtszustand fast zwangsläufig einen Verlust an biologischer Produktivität und damit eine Reduktion der natürlichen Lebensgrundlagen. Zweitens würde sich dadurch aller Wahrscheinlichkeit nach der Handlungsspielraum heutiger wie kommender Generationen empfindlich einschränken. Drittens schließlich mache ein solcher Wechsel von einem bekannten in einen unbekannten Zustand eine Prognose über die ökologischen Konsequenzen menschlicher Naturaneignung überaus schwierig (vgl. ebd.).

Physiozentrisches versus anthropozentrisches Naturverständnis

Der Frage nach der Art der Zielvorstellungen und dem normativen Ursprung ökologisch vertretbaren Handelns wird je nach dem zugrunde liegenden Naturverständnis verschieden beantwortet. Generell lassen sich zwei unterschiedliche Perspektiven benennen, die sich jeweils nochmals untergliedern lassen und hier im Folgenden erläutert werden. Ich beziehe mich im Wesentlichen auf die Arbeiten von Littig/Grießler (2004) Kopfmüller et al. (2001) und Ott (2000). Dabei stehen auf der einen Seite physiozentrischen Sichtweisen, nach denen der Natur als Ganzes bzw. einzelnen natürlichen Objekten ein Eigenwert zuzuschreiben ist, aus welchem sich bereits der Imperativ des umweltverträglichen menschlichen Handelns ableiten lasse. Naturerhalt ist in diesem Verständnis ein Selbstzweck und kann in Opposition zu menschlichen Interessen und Bedürfnissen stehen (vgl. Kleinhüchelkotten 2005:36). Demgegenüber ist in anthropozentrischen Perspektiven der Umweltschutz durch menschlichen Eigennutzen motiviert. Das Verhältnis von Mensch und Natur hat hier einen funktionalen Charakter, auf den im anschließenden Unterpunkt näher eingegangen wird (vgl. ebd.).

Konrad Ott differenziert das physiozentrische Naturverständnis anhand des moralischen Objektbereichs, auf den sich die einzelnen Ansätze beziehen (vgl. Ott 2000: 13ff.): er unterscheidet zwischen pathozentrischen, biozentrischen, ökozentrischen und holistischen Ansätze. Allen gemein ist die Annahme, dass bestimmten natürlichen Objekten Eigenschaften innewohnen, die der Mensch als schützenswert anerkennen muss.

Pathozentrische Ansätze sprechen allen empfindungsfähigen Wesen einen moralischen Eigenwert zu. Dies fußt auf dem Gedanken, dass Lebewesen, welche über ein Bewusstsein verfügen, auch Interessen im weitesten Sinne verfolgen. Weniger komplexe Tiere, Pflanzen sowie über die individuelle Ebene hinausgehende Einheiten“ (z.B. Ökosysteme) werden jedoch nicht dazugerechnet.

Biozentrische Ansätze erheben die Belebtheit zum Kriterium moralischer Achtungswürdigkeit, attestieren dabei aber allen Lebewesen, also auch Pflanzen und niederen Organismen, das Ziel der Interessenswahrnehmung, sei es auch lediglich unbewusst oder auf die Erfüllung basaler Tätigkeiten wie Atmung oder Wachstum ausgerichtet. Während egalitäre biozentrische Ansätze von der Gleichwertigkeit der Interessen aller Lebewesen ausgehen, propagieren andere eine Hierarchie der moralischen Relevanz entsprechend der Organisationshöhe der Organismen.

Ökozentrische Ansätze unterscheiden sich von den beiden erstgenannten insofern, als dass sie nicht mehr Einzelwesen einen Eigenwert zugestehen, sondern „überindividuellen Ganzheiten“ ,wie z.B. Ökosystemen oder der Biosphäre selbst, eine Schutzwürdigkeit attestieren. Nach dieser Auffassung richtet sich der Wert eines Individuums nach seiner Relevanz für das Ganze. Auch die Interessen und Bedürfnisse des Menschen sind im Vergleich zur Funktionalität der Ökosysteme zweitrangig.

Holistische Ansätze integrieren sowohl bio- als auch ökozentrische Perspektiven und schreiben darüber hinaus auch der unbelebten Materie einen moralischen Eigenwert zu. Ein Dualismus zwischen Mensch und Natur wird demzufolge abgelehnt, vielmehr wird eine ökologische Gemeinschaft alles „Seienden“ angenommen, bei der kein Mitglied eine instrumentelle Funktion für ein anderes übernimmt. Littig und Griebler führen in diesem Zusammenhang das sogenannte „Konvivalitäts“- Paradigma an, nach dem ein Vorrang des Menschen gegenüber der Natur nicht begründbar ist, und verweisen im Speziellen auf den Ansatz der „*deep ecology*“. VertreterInnen dieser Theorie sind dem Spektrum der sehr starken Nachhaltigkeitskonzeptionen zuzuordnen und fordern in

ihrem holistischen Verständnis eine ökologische Selbstbeschränkung des Menschen, die auf einen radikalen Umbau der Produktions- und Konsummuster und eine strikte Befolgung der natürlichen „*carrying capacity*“ hinausläuft (vgl. Littig/Grießler 2004: 21,22).

In der gesellschaftlichen Realität scheint eine politische Umsetzung des Nachhaltigkeitsleitbilds aus physiozentrischer Perspektive jedoch kaum machbar, da sich dadurch die bestehenden Schwierigkeiten bei der Konkretisierung von Zielen und Handlungsrichtlinien vervielfachen würden. Kopfmüller et al. weisen berechtigterweise darauf hin, dass

„neben den Zielkonflikten zwischen ökologisch, sozial oder ökonomisch motivierten Nachhaltigkeitsforderungen und der Frage, wie die Pflichten gegenüber heutigen Menschen mit den Pflichten gegenüber zukünftigen in Einklang gebracht werden können, [...] noch die Ansprüche des Menschen mit den Ansprüchen anderer natürlicher Entitäten zum Ausgleich gebracht werden“ (Kopfmüller et al. 2001:159) müssten.

Ihrer Auffassung nach spielen physiozentristische Perspektiven in den meisten Nachhaltigkeitskonzeptionen keine Rolle. Als Orientierung bedeutsamer sei stattdessen ein „aufgeklärter Anthropozentrismus“, bei dem der Naturschutz im menschlichen Eigeninteresse jedoch nicht als egoistische Naturausbeutung, sondern als Funktionserhalt gesehen wird. Für diesen Ansatz werden zwei zentrale Arten von Argumenten ins Feld geführt (vgl. ebd.: 160ff.):

Zum einen hat die Natur als Basis für die Abdeckung grundlegender menschlicher Bedürfnisse einen *instrumentellen Wert*. Ohne sie ist eine Erfüllung der sogenannten „*basic needs*“ (wie z.B. Nahrung, Kleidung, Obdach) nicht zu bewerkstelligen. Der Mensch hat demnach im Sinne einer intra- und intergenerativen Gerechtigkeit die Pflicht, seine Naturnutzung so ressourcenschonend wie möglich zu gestalten. Auch das sogenannte „Lebensraumargument“, das die Unentbehrlichkeit ökologischer Funktionen wie der Ozonschicht oder dem Klima betont, folgt dieser Logik.

Zum anderen kann der Natur ein *eudämonistischer Wert* zugeschrieben werden. Dem Argument der „ästhetischen Kontemplation“ folgend hat die Natur insofern einen schützenswerte Bedeutung für den Menschen, als dass die sinnliche, glücksstiftende Wahrnehmung von Natur einen einzigartigen und unersetzlichen Eigenwert darstellt. Auch wenn die ästhetische Qualität der Natur im Vergleich zu ihrem instrumentellen

Wert nicht für alle Menschen verallgemeinerbar ist, wird sie dennoch als „eine allgemein zugängliche wesentliche Option des 'guten menschlichen Lebens' betrachtet (Krebs 1997, S.368)“ (Kopfmüller et al. 2001: 161). Solchermaßen ist dieses Argument ein Beleg dafür, dass anthropozentrische Ansätze und ein Eigenwert der Natur nicht von vornherein unvereinbar sind.

Das funktionale Verhältnis des Menschen zur Natur

Wie bereits im Abschnitt über die Genese des Nachhaltigkeitskonzepts im internationalen Diskurs dargestellt wurde, ist eine anthropozentrische Interpretation der ökologischen Dimension nachhaltiger Entwicklung, die auf das Wohlergehen und die Bedürfnisbefriedigung des Menschen fokussiert, sowohl im Brundtland-Bericht als auch in der Rio-Deklaration verankert. Beide Dokumente sind zentrale Referenzpunkte der Nachhaltigkeitsdebatte, wodurch sich auch die von Kopfmüller et al. konstatierte geringe Relevanz physiozentristischer Ansätze in bestehenden Nachhaltigkeitsmodellen erklären lässt. Bereits der erste Grundsatz der Rio-Deklaration erhebt das Primat der menschlichen Interessen zur Basis eines nachhaltigen Entwicklungsprozesses:

„Die Menschen stehen im Mittelpunkt der Bemühungen um eine nachhaltige Entwicklung. Sie haben das Recht auf ein gesundes und produktives Leben im Einklang mit der Natur“ (<http://www.un.org/depts/german/conf/agenda21/rio.pdf>).

Der zweite Grundsatz folgt ebenso dieser Prämisse und legitimiert die Naturaneignung der Nationen, das Recht „ihre eigenen Ressourcen entsprechend ihrer eigenen Umwelt- und Entwicklungspolitik auszubeuten“ (ebd.). Auch der Brundtland-Bericht definiert Umweltschutz als Mittel zum Zweck der Entwicklung, nicht-anthropozentrische Begründungen werden nicht angeführt: „Entscheidend für die Entwicklung ist die Erhaltung der natürlichen Ressourcen – Pflanzen, Tiere und Mikroorganismen und die nichtlebenden Elemente der Umwelt, von denen sie abhängen“ (Hauff 1987: 149).

Für die Frage, wie sich der Nutzen der Natur für den Menschen klassifizieren lassen könnte, sind in der Literatur diverse Ansätze vorhanden. Ein oft rezipiertes Modell ist jenes von de Groot et. al. (2002). Umweltfunktionen werden dabei unter Bezug auf frühere Arbeiten de Groots als „the capacity of natural processes and components to provide goods and services that satisfy human needs, directly or indirectly“

(Groot et al. 2002: 394) aufgefasst. Es werden vier verschiedene zentrale Funktionen der Natur unterschieden:

- die *regulation functions* betreffen die Fähigkeit der Natur, alle für das menschliche Leben essentiellen ökologischen Prozesse durch biochemische Kreisläufe und biosphärische Prozesse aufrecht zu erhalten und dabei anthropogene Störungen zu absorbieren. Zu diesen Funktionen wird z.B. das globale Klima, die Ozonschicht, die Regeneration von Gewässern oder der biologische Abbau von Schadstoffen gezählt.
- die *habitat functions* sorgen für den Fortbestand genetischer Vielfalt und des Evolutionsprozesses und beziehen sich daher auf das Zurverfügungstellen von Lebensraum zum Schutz und zur Reproduktion wildlebender Tiere und Pflanzen.
- die *production functions* meinen die Bereitstellung aller erneuerbaren und nicht erneuerbaren natürlichen Ressourcen wie Sauerstoff, Wasser, Rohstoffe, Nahrungsmittel oder Energieträger.
- die *information functions* könnten auch als Referenzfunktion bezeichnet werden. Sie beziehen sich auf die Fähigkeit der Umwelt, dem Menschen die Möglichkeit ästhetischer und spiritueller Erfahrung sowie kognitiver und wissenschaftlicher Entfaltung zu bieten.

Handlungsrichtlinien ökologischer Nachhaltigkeit

Vor dem Hintergrund der vielfältigen funktionalen Relevanz der Natur für den Menschen und der begrenzten Tragkapazitäten der Ökosysteme wurden 1990 von den Politökonomen Pearce und Turner ein erstes Set an praktischen Naturnutzungsrichtlinien aufgestellt, das für spätere Studien Vorbildcharakter hatte. Zusammenfassend fordern die Autoren eine Beachtung der Regenerationsfähigkeit erneuerbarer Ressourcen, eine adäquate Nutzung nicht-erneuerbarer Ressourcen, sowie

die Achtung ökologischer Aufnahmekapazitäten bei Emissionen in die Umwelt (vgl. Kopfmüller et al. 2001:63).

Auch die von der Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ des 13. Deutschen Bundestages empfohlenen Regeln zur Naturnutzung beziehen sich auf diese Richtlinien, gehen aber in manchen Aspekten noch darüber hinaus.:

1. „Die Abbaurate erneuerbarer Ressourcen soll deren Regenerationsrate nicht überschreiten. Dies entspricht der Forderung nach Aufrechterhaltung der ökologischen Leistungsfähigkeit, d.h. (mindestens) nach Erhaltung des von den Funktionen her definierten ökologischen Realkapitals.
2. Nicht-erneuerbare Ressourcen sollen nur in dem Umfang genutzt werden, in dem ein physisch und funktionell gleichwertiger Ersatz in Form erneuerbarer Ressourcen oder höherer Produktivität der erneuerbaren sowie der nicht-erneuerbaren Ressourcen geschaffen wird.
3. Stoffeinträge in die Umwelt sollen sich an der Belastbarkeit der Umweltmedien orientieren, wobei alle Funktionen zu berücksichtigen sind, nicht zuletzt auch die „stille“ und empfindliche Regelungsfunktion.
4. Das Zeitausmaß anthropogener Einträge bzw. Eingriffe in die Umwelt muß in ausgewogenem Verhältnis zum Zeitmaß der für die Reaktionsvermögen der Umwelt relevanten natürlichen Prozesse entstehen.
5. Gefahren und unvertretbare Risiken für die menschliche Gesundheit durch anthropogene Einwirkungen sind zu vermeiden.“ (Enquete-Kommission 1998: 46)

In Hinblick auf de Groots Kategorisierungsmodell scheinen in diesem Regelwerk nur ein Teil der Umweltfunktionen berücksichtigt worden zu sein. Die ersten beiden Prinzipien beziehen sich klar auf die produktiven Funktionen der Umwelt und haben ressourcenökonomischen Charakter, die Ressourcennutzung hat sich ganz im Sinne einer intergenerativen Gerechtigkeit an der „*constant capital rule*“ zu orientieren. Die

dritte Regel spricht explizit die Regelungsfunktion der Umwelt an und thematisiert dabei auch implizit das Kriterium der Resilienz: nur durch die Achtung der Belastungsgrenzen kann eine Instabilität der Ökosysteme und ihr Wechsel in einen neuen, unbekannten Gleichgewichtszustand verhindert werden. Die vierte Regel bezieht sich ebenfalls auf die „*productive functions*“ und die „*regulative functions*“, ergäbe sich jedoch nach Ansicht von Kopfmüller et. al. eigentlich bereits durch eine strikte Befolgung der ersten drei Regeln (vgl. Kopfmüller et al. 2001:64). Sie unterstreicht jedoch die Tatsache, „dass die Umwelt kein statisches System ist und dass es sich bei der Unterscheidung zwischen erneuerbaren und nicht erneuerbaren Ressourcen häufig nur um die grobe Vereinfachung eines sehr komplexen Sachverhalts handelt“ (ebd.). Die fünfte Regel bezieht sich ebenfalls auf die beiden gerade genannten Funktionen.

Es entsteht der Eindruck, dass die „*habitat functions*“ und der Eigenwert der Natur in Form der „*information functions*“ keinerlei Beachtung der Kommission finden, in einem Zusatz wird jedoch die Existenz weiterer Ziele, „etwa das, die Natur so zu schützen, zu pflegen und zu entwickeln, daß die Pflanzen- und Tierwelt sowie die Vielfalt, Eigenart und Schönheit von Natur und Landschaft als Lebensgrundlagen des Menschen nachträglich gesichert sind“ (Enquete-Kommission 1998: 46), erwähnt. Eine ausdrückliche Formulierung als eigene Prinzipien erfahren diese Funktionen jedoch nicht.

2.3.4. Soziale Dimension

Die soziale Dimension des Leitbilds nachhaltiger Entwicklung dreht sich im wesentlichen um gerechte Gestaltungsprinzipien sozialer Verhältnisse. Nach Kopfmüller et al. wird dabei eine gerechte Verteilung von sozialen Grundgütern fokussiert. Dazu gehören einerseits individuelle Güter im Sinne der bereits erwähnten „*basic needs*“, also Nahrung, Wohnung, Kleidung und in diesem Fall auch politische Grundrechte, andererseits werden mit dem Begriff auch soziale Ressourcen beschrieben, die sich auf die Kohärenz gesellschaftlicher Teilsysteme oder der Gesellschaft in ihrer Gesamtheit beziehen: Solidarität, Toleranz, oder die Orientierung am Gemeinwohl (vgl. Kopfmüller et al. 2001: 67).

Konzeptionelle Unschärfen in Politik und Wissenschaft

Wie dargelegt wurde, besteht in der ökologischen Dimension abseits der geschilderten Differenzen zumindest ein relativer Konsens über die Notwendigkeit umweltgerechten Handelns und das allgemeine Ziel einer Erhaltung der für den Menschen so wichtigen Umweltfunktionen. Für den politischen wie auch wissenschaftlichen Diskurs ist jedoch hinsichtlich der Zielsetzungen der sozialen Dimension eine derartige, Kohärenz schaffende Übereinstimmung nur in wesentlich geringerem Ausmaß festzustellen.

Beate Littig und Erich Grießler analysieren in ihrer 2004 publizierte Studie „Soziale Nachhaltigkeit“ verschiedene Mehrkomponentenmodelle nachhaltiger Entwicklung hinsichtlich ihrer Gewichtung und Definition sozialer Aspekte, unter anderem die „UN-Sustainable Development Indicators“, die Nachhaltigkeitsstrategie der Europäischen Union, die Nachhaltigkeitsstrategie der Republik Österreich, den „Environmental Sustainability Index“ des World Economic Forum sowie der „Nachhaltigkeits-Tatenbank“, einer Sammeldatenbank zur Erfassung österreichischer Projekte und Initiativen zu nachhaltiger Entwicklung. Die AutorInnen kommen dabei zu dem Ergebnis, dass in der politischen Praxis wenig Einigkeit und Klarheit bei der Bestimmung sozialer Leitziele von Nachhaltigkeit herrscht. Stattdessen würden sowohl die Zielformulierungen als auch die Auswahl an Indikatoren zur Evaluierung des Fortschritts sozialer Nachhaltigkeit von Fallbeispiel zu Fallbeispiel divergieren, sich größtenteils durch eine Absenz theoretischer Argumentation auszeichnen und stattdessen „oftmals auf einer Alltagsverständnis beruhender Plausibilität [...] basieren“ (Littig/Grießler 2004: 67).

Auch für den wissenschaftlichen Expertendiskurs kann ein Forschungsdefizit konstatiert werden, denn obwohl seit dem Weltgipfel in Rio de Janeiro diverse Ansätze zur sozialen Dimension entstanden sind⁹, besteht noch „keine überzeugende, theoretisch fundierte und verallgemeinerbare Begründung der Kriterien und Zielebenen sozialer Nachhaltigkeit“ (Empacher/Wehling 2002: 13, zit. nach Kleinhüchelkotten 2005: 39). Auch Kopfmüller et al. stellen in ihrer vergleichenden Perspektive der bestehenden Ansätze fest, dass diese in ihren Versuchen einer Kriterienoperationalisierung wenig präzise und systematisch vorgehen: Ziele in Richtung der individuellen Lebensbedingungen wie Chancengleichheit, Bedürfnisbefriedigung und Gesundheit,

9 Eine detaillierte Übersicht dazu findet sich u.a. bei Kopfmüller et al. 2001: 72ff.

stünden mehr oder weniger erklärungs- und zusammenhangslos neben Zielen wie der Sicherung der sozialen Stabilität oder dem Erhalt des sozialen Friedens, die sich auf das soziale System als Ganzes beziehen. Zudem bleibe es unklar, ob die angeführten Kriterien eigenständige Ziele sozialer Nachhaltigkeit seien oder „nur“ als notwendige soziale Voraussetzungen des ökologischen Transformationsprozesses aufgefasst würden (vgl. Kopfmüller et al. 2001:75).

Die wissenschaftlichen Ansätze zu sozialer Nachhaltigkeit weisen jedoch auch Gemeinsamkeiten und Überschneidungen auf, vor allem orientieren sie sich durchgehend am Leitbild einer inter- und intragenerativ interpretierten sozialen Gerechtigkeit. Sie thematisieren dementsprechend eine anzustrebende Verteilungsgerechtigkeit an Gütern, Rechten und Pflichten zwischen den heute Lebenden, sei es innerhalb eines Staates oder im internationalen Kontext, als auch zwischen verschiedenen Generationen (vgl. Kapitel 2.2.2). Gerade die Relevanz einer internationalen Gerechtigkeit an Rechten und Lasten wird oftmals hervorgehoben, sind es gegenwärtig doch die Entwicklungsländer, die bisher am wenigsten Vorteile aus der globalen Nutzung fossiler und regenerativer Ressourcen gezogen haben, dafür aber überproportional mit ökologischen Problemen konfrontiert sind. Manche Ansätze wie z.B. der des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt und Energie fordern daher die Festlegung eines weltweiten Pro-Kopf-Rechts an Naturnutzung. In der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ wird ein solches Recht anhand des weiter oben bereits angesprochenen Konzept des Umweltraums argumentiert. Demzufolge ergibt sich das im globalen Durchschnitt maximal vertretbare Nutzungs- bzw. Verschmutzungsrecht eines Individuums durch die Division des gesamten Umweltraumes durch die Zahl der NutzerInnen (vgl. Wuppertal Institut 1996: 33). Diese Rechnung führt zur an sich evidenten Schlussfolgerung, dass ein Lebensstandard nach Vorbild der Industrienationen, angesichts der begrenzten ökologischen Tragekapazitäten der Erde, keinesfalls global verallgemeinerbar ist. Verteilungsgerechtigkeit kann daher keine generelle Gütergleichheit bedeuten, genauso wenig ist von einer Gleichartigkeit der Bedürfnisse auszugehen, da diese je nach kulturellem und klimatischem Kontext anders ausgeprägt sind. Eher ist eine Gleichverteilung der Entwicklungs- und Lebenschancen anzustreben: die Bedürfnisse aller Menschen sind damit nicht gleichartig, sondern gleichwertig (vgl. Kleinhüchelkotten 2005: 40,41).

Die Schwierigkeit einer Konzeptualisierung sozialer Nachhaltigkeit äußert sich vor allem in der unklaren Unterscheidung zwischen politischen, analytischen und normativen Aspekten des Begriffs. Es wird darauf verwiesen, dass dies bereits in der ambivalenten Bedeutung des Wortes „sozial“ begründet ist. (vgl. Littig/Grießler 2004:68). Das Duden-Fremdwörterbuch versteht unter „sozial“ sowohl „die menschliche Gesellschaft, Gemeinschaft betreffend“ als auch „auf das Wohl der Allgemeinheit bedacht; gemeinnützig, menschlich wohltätig, hilfsbereit“ (Duden-Fremdwörterbuch 1990: 730), schreibt dem Begriff also sowohl eine analytische als auch eine normative Komponente zu. Laut Littig/Grießler muss ein Konzept der Sozialen Nachhaltigkeit ebenfalls in dieser Dichotomie verstanden werden da einerseits eine Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse in ihrem Verhältnis zur Natur, andererseits eine Erarbeitung von Idealen gesellschaftlicher Entwicklung von Nöten sei:

„Die Frage, ob soziale Nachhaltigkeit ein analytisches oder ein normatives Konzept ist, kann nicht mit einem 'entweder - oder', sondern nur mit einem 'sowohl als auch' beantwortet werden. Sozialwissenschaftliche Analyse darüber, wie wichtige Werte unserer Gesellschaft wie Partizipation, Chancengleichheit, Gerechtigkeit Nachhaltigkeit positiv beeinflussen stärken den Kampf für diese Rechte innerhalb der Nachhaltigkeitsdebatte. [...] Daneben sollte soziale Nachhaltigkeit von einem analytischen Konzept geleitet sein, das eine Theorie über die gesellschaftlichen Naturverhältnisse liefert.“ (Littig/Grießler 2004: 69)

Sozialwissenschaftliche Erfassung sozialer Nachhaltigkeit

Die AutorInnen Natalie Mutlak und Reimund Schwarze greifen in ihrem Aufsatz „Bausteine einer Theorie sozialer Nachhaltigkeit“ (2007) ebenfalls die Diskrepanz zwischen den mannigfaltigen politischen Aktionsprogrammen unter dem Slogan der sozialen Nachhaltigkeit und der diesbezüglich geringen theoretischen Stringenz des wissenschaftlichen Diskurses auf. In Hinblick auf ihren kohärenzschaffenden Überblick über relevante Theorieelemente (vgl. Mutlak/Schwarze 2007: 13-34), auf den sich der hier folgende Abschnitt zum größten Teil stützt, propagieren die AutorInnen eine interdisziplinäre Perspektive, welche sowohl originär soziologische als auch politik- und wirtschaftswissenschaftliche Ansätze umfasst:

„Die disziplinäre Grenzziehung zwischen der Soziologie und einer an sozialen Fragen ausgerichteter Wirtschaftswissenschaft wird im Rahmen einer Theorie sozialer Nachhaltigkeit bedeutungslos. Sie spiegelt allenfalls begriffliche Konventionen und die unterschiedliche Bedeutung von Methoden (z.B. der Messung und Verifizierung von Theorien) wieder.“ (Mutlak/Schwarze 2007: 14)

Unter Verweis auf die Arbeiten von Empacher/Wehling (2002) vom Frankfurter Institut für sozial-ökologische Forschung (ISOE) werden von Mutlak/Schwarze für eine Theorie sozialer Nachhaltigkeit besonders drei Konzepte als relevant eingestuft:

- 1) der sozialwissenschaftliche Strukturfunktionalismus
- 2) das Grundbedürfniskonzept
- 3) das Konzept des Sozialkapitals

1) Der *Strukturfunktionalismus*, als soziologische Theorie in der Mitte des 20. Jahrhunderts entstanden, fragt nach den funktionellen Grundvoraussetzungen für den dauerhaften Fortbestand von Gesellschaften. Ein bekanntes Modell stellt das AGIL-Schema (vgl. Tabelle 1) von Talcott Parsons (1951) dar, welches „sich über externe und interne Bezüge in einer Ziel-Mittel-Beziehung definiert“ (ebd.: 16) und bei dem jeder Buchstabe des Akronymes eine Grundfunktion des Systems beschreibt.

	Mittel	Ziele
Externer Bezug	Adaption (Umweltanpassung)	Goal attainment (Zielverwirklichung)
Interner Bezug	Latent pattern maintainence (Mustererhaltung)	Integration

Tabelle 1: Das AGIL-Schema nach Parsons (1951)
Quelle: Darstellung nach Mutlak/Schwarze (2007:16)

Soziale Systeme greifen demnach zur externen Zielverwirklichung auf das Mittel der Umweltanpassung zurück, während die innere Systemstabilität durch die Reproduktion sozialer Muster gewährleistet wird. Zur Wahrnehmung dieser vier Funktionen verfügt ein System über charakteristische Subsysteme, welche die jeweilige Aufgabe übernehmen.

Im Falle des Handlungssystem, des „*general action systems*“, sind dies das Verhaltenssystem (Adaptation, beruht auf Bedürfnissen), das Persönliche System (Goal attainment, beruht auf Motiven), das soziale System (Integration, beruht auf Normen), sowie das kulturelle System (Latent pattern maintenance, beruht auf Werten).

Diese Subsysteme sind in sich wiederum nach dem AGIL-Schema gegliedert, bezogen auf das soziale System sind dies:

- das Wirtschaftssystem (Funktion der Adaption),
- das politische System (Funktion des Goal attainment),
- das System des Gemeinwesens (Funktion der Integration), und
- das Kulturelle System (Funktion der Latent pattern maintenance)

Dieser Ansatz wurde wie auch andere systemtheoretische Modelle vor allem wegen seiner Überbewertung von sozialer Stabilität und normativer Integration und seiner sogenannten „Sollwertproblematik“, also der ungeklärten Frage was als Normalfunktion eines Systems definiert wird, kritisiert.

Für die theoretische Konzeption sozialer Nachhaltigkeit ist jedoch die duale Perspektive von großer Relevanz: Nach außen verfolgt soziale Nachhaltigkeit das Ziel der Aufrechterhaltung der Gesellschaft als soziales System, innerhalb der Gesellschaft wird die soziale Integration durch Solidarität und das Rechtssystem gewährleistet. Kopfmüller et al. erläutern diesen Aspekt unter dem Begriff der „Bipolarität“. Ihnen zufolge besteht zwischen den Individuen, die sich z.B. Selbstverwirklichung und Autonomie erwarten, und den gesellschaftlichen Anforderungen von Integration und Konformität ein potentiell, bipolares Spannungsverhältnis. Soziale Nachhaltigkeit hat dabei die Aufgabe diese Diskrepanz auszugleichen (vgl. Kopfmüller et al. 2001: 69)

2) Das *Grundbedürfniskonzept* nimmt anders als der Strukturfunktionalismus eine individuell-psychologische Sichtweise ein und sieht in der Befriedigung von basalen Bedürfnissen die Voraussetzung für höhere Bedürfnisse. Theoretischer Ausgangspunkt dieses Ansatzes ist die prominente Bedürfnispyramide nach Abraham Maslow (Maslow 1943), bei der fünf Grundbedürfnisse unterschieden werden (vgl. Abbildung 1):

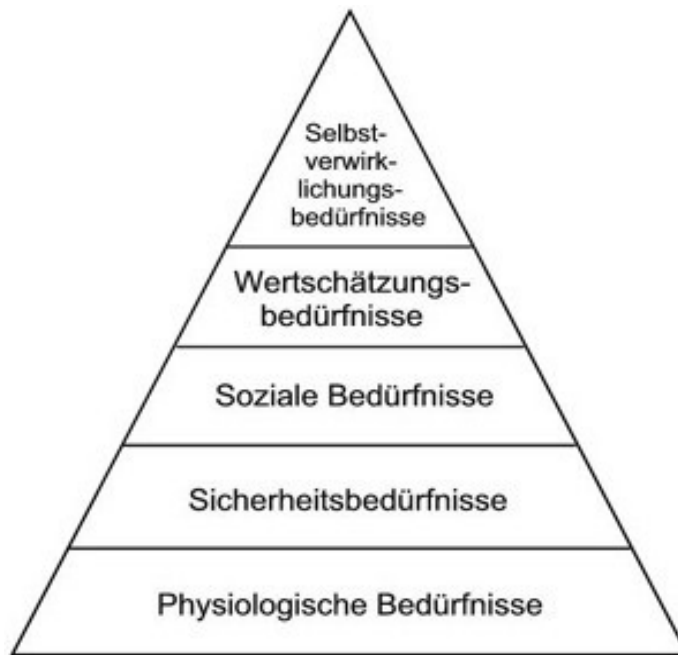


Abbildung 1: Bedürfnispyramide nach Maslow (1943)

Quelle: Darstellung nach Bauer 1998

- Auf unterster Stufe stehen physiologische Bedürfnisse, welche die Funktionen des Organismus aufrechterhalten
- auf der zweiten Ebene stehen Sicherheitsbedürfnisse, der Wunsch nach Absicherung und Beständigkeit
- an dritter Stelle stehen soziale Bedürfnisse, das Verlangen nach Gemeinschaft und Kommunikation
- viertens folgen Wertschätzungsbedürfnisse, das Streben nach sozialer Anerkennung,
- zuoberst steht das Bedürfnis nach Selbstverwirklichung

Das Grundbedürfniskonzept erfuhr vor allem im Kontext der Entwicklungspolitik eine neue Rezeption, die Erfüllung von Grundbedürfnissen wird seit dem Brundtland-Bericht als Voraussetzung einer nachhaltigen Entwicklung angesehen: “Dauerhafte Entwicklung erfordert, die Bedürfnisse aller zu befriedigen und für alle die Möglichkeit zu schaffen,

ihren Wunsch nach einem besseren Leben zu befriedigen“ (Hauff 1987: 47). Dennoch gibt es bis heute keine allgemeingültige qualitative oder quantitative Definition von Grundbedürfnissen (vgl. Kleinhüchelkotten 2005: 42). Einigkeit besteht nur über den Kern der Grundbedürfnisse, die „*core basic needs*“ (Nagel 1985: 35): Ernährung, Unterkunft, Kleidung, Versorgung mit sauberem Trinkwasser, sanitäre Einrichtungen, Gesundheitsvorsorge sowie Bildung. Darüber hinausgehende Listen von Grundbedürfnisse sind insofern umstritten, als dass sie sich nicht mehr auf das unmittelbare Überleben beziehen sondern die Forderung nach einem „guten Leben“ implizieren (vgl. Kleinhüchelkotten 2005: 42). Solche erweiterten Bedürfniskataloge umfassen (vgl. Nagel 1985: 35ff.):

- materielle Grundbedürfnisse wie öffentliche Verkehrsmittel, die Versorgung mit Brenn- und Betriebsstoffen, kulturelle Einrichtungen, Kontrazeptiva, Erholungsmöglichkeiten, sowie Haushaltsausstattung
- immaterielle Grundbedürfnisse wie zufriedenstellende Beschäftigungsmöglichkeiten, Partizipation an individuell relevanten Entscheidungen auf lokaler Ebene, Partizipation an politischer Macht, politische Freiheiten und die Sicherung grundlegender Menschenrechte.

Mutlak und Schwarze verweisen ebenfalls dezidiert auf eine wesentliche Weiterentwicklung des Grundbedürfniskonzepts, welche sich von einem engen Verständnis der Bedürfnisbefriedigung durch materielle Dinge abgrenzt: Amartya Sen's „Capability-Konzept“ (1987) fokussiert zwar ebenfalls die Befriedigung der individuellen Grundbedürfnisse, fordert aber zudem die Erweiterung der Handlungsspielräume gerade sozial marginalisierter Gesellschaftsmitglieder. Ziel ist demnach das Schaffen von Verwirklichungschancen, um ein über einen „passiven Empfängerstatus“ (Mutlak/Schwarze 2007: 20) hinausgehendes Leben auf Basis eigener Entscheidungen zu ermöglichen. Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass das Grundbedürfniskonzept vor allem mit seiner ethischen Formulierung politischer und sozialer Minimalstandards für die theoretische Erfassung der sozialen Dimension von Nachhaltigkeit von Relevanz ist.

3) Das *Sozialkapital-Konzept*, bei Mutlak/Schwarze als dritter Baustein für eine sozialwissenschaftliche Theorie sozialer Nachhaltigkeit behandelt, beschreibt mit dem Begriff des Sozialkapitals den „Bestand an sozialen Netzwerken, Vertrauen und kooperationsfördernden Werten und Normen einer Gesellschaft“ (ebd.:21). Es können zwei verschiedene Theorieströmungen unterschieden werden: einem sozio-ökonomischen Rational-Choice-Ansatz (Putnam 1993, Coleman 1988) steht dabei die Klassentheorie Bourdieus (Bourdieu 1983) gegenüber. Letztere wird in der hier vorliegenden Arbeit im Kapitel der Practice Theories detaillierter behandelt.

Das Sozialkonzept von Putnam fußt, simplifizierend dargestellt, auf der Annahme, dass sich Sozialkapital auf der Ebene horizontal organisierter sozialer Verbindungen bildet und die Koordination und Kooperation zwischen den Mitgliedern entscheidend vereinfacht bzw. überhaupt erst möglich macht. In Colemans Verständnis ist Sozialkapital dadurch charakterisiert, dass Individuen ihre sozialen Kontakte zur Erreichung von Zielen instrumentalisieren und neben horizontalen auch vertikale Kontakte zu überindividuellen Akteuren relevant sind. Bourdieu hingegen betont, dass Sozialkapital sich in Abhängigkeit von anderen Kapitalarten (dem symbolischen, kulturellen und ökonomischen Kapital) bildet und nicht zwangsläufig der Verwirklichung von Eigeninteressen dienen muss.

Einerseits bietet das Sozialkapital-Konzept wichtige Anknüpfungspunkte für eine Theorie der sozialen Nachhaltigkeit, da es sich als praktikables Instrument zur Analyse gesellschaftlicher Entwicklungsprozesse erwiesen hat und zudem eine übergreifende Fragestellung nach den strukturellen Voraussetzungen der Problemlösungsfähigkeit von Gesellschaften miteinbezieht. Andererseits ist das Konzept insofern von eingeschränktem Nutzen, als dass es für eine konkrete Indikatorenbildung zur Messung von Sozialkapital zu vage bleibt und durch das Fehlen einer intergenerativen Perspektive in seinem Zeithorizont zu begrenzt ist (vgl. Mutlak/Schwarze 2007: 23).

In ihrem Fazit kommen Mutlak/Schwarze zu dem Ergebnis, dass sich die drei erläuterten Konzepte vor allem hinsichtlich ihres ethischen Bezugs und im Fokus auf die individuelle oder gesellschaftliche Ebene unterscheiden. Der Strukturfunktionalismus nimmt eine Makroperspektive ein und zielt auf die Erhaltung eines gesellschaftlichen Status quo ab, vernachlässigt also die für das Leitbild nachhaltiger Entwicklung wesentliche Frage nach anzustrebenden

Transformationsprozessen. Das Grundbedürfniskonzept setzt dezidiert einen verengenden Schwerpunkt auf die individuellen Bedürfnisse, neuere Rezeptionen wie das Capability-Konzept postulieren dabei ein ethisch begründetes Recht aller Menschen auf Selbstbestimmung und Partizipation. Sozialkapital-Ansätze fokussieren das individuelle Verhalten, nehmen dabei aber „im Sinne einer 'mikrobasierten Makrosoziologie'“ (ebd.: 25) die gesellschaftlichen Gesamtverhältnisse ins Blickfeld. Die Konzeptionen von Coleman, Putnam und Bourdieu wurden dabei ohne explizite ethische Basis entwickelt. Zusammenfassend stellen die AutorInnen fest, dass jeder der drei Ansätze wichtige Elemente für eine holistische theoretischen Erfassung der sozialen Dimension von Nachhaltigkeit bereitstelle, die Aufgabe einer konzeptionellen Integration jedoch noch ausstünde (vgl. ebd.: 26).

Operationalisierung der sozialen Dimension

Obschon nun eben keine kohärente sozialwissenschaftliche Theorie sozialer Nachhaltigkeit besteht, ja von einem „grundlegende[n] Theoriedefizit in der Bestimmung der Inhalte und Regeln für soziale Nachhaltigkeit“ (Meyerhoff/Schwarze 2007: 8) gesprochen werden kann und die meisten politischen Programmatiken in ihrer Argumentation streitbar sind, ist es für die hier vorliegende Arbeit sinnvoll wenigstens ein Modell sozialer Nachhaltigkeit als Referenzpunkt vorzustellen. Dazu wird auf den Ansatz der Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ des 12. Deutschen Bundestages (1994) zurückgegriffen, der in seiner Zielformulierung einerseits die individuelle Ebene der Bedürfnisbefriedigung berücksichtigt, andererseits auch Nachhaltigkeitsmerkmale für das soziale System in seiner Gesamtheit definiert und damit das Kriterium einer bipolaren Perspektive erfüllt. Die Darstellung und Verortung des Ansatzes stützt sich dabei im Wesentlichen auf die Ausführungen Kleinhückelkottens (2005: 46ff.).

Die Enquete-Kommission operationalisiert die Ziele der sozialen Dimension von Nachhaltigkeit auf der Ebene

- der Sicherung der Gesundheit,
- der Sicherung der sozialen Stabilität,
- der Sicherung der Entwicklungs- und Funktionsfähigkeit einer Gesellschaft.

Der menschlichen Gesundheit wird insofern Priorität zugesprochen, als dass ihre Gewährleistung als Grundbedingung der anderen beiden Ziele gesehen wird. „Gesundheit“ wird dabei sehr umfassend verstanden und übernimmt die Definition der Weltgesundheitsorganisation WHO, welche in ihrer Verfassung den Begriff folgendermaßen bestimmt:

„Die Gesundheit ist ein Zustand des vollständigen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlergehens und nicht nur das Fehlen von Krankheit oder Gebrechen.“
(Verfassung der WHO 1946, <http://www.admin.ch/ch/d/sr/i8/0.810.1.de.pdf>)

Ziele sind demnach nicht nur die Erfüllung „*basic core needs*“ im Sinne von Nagel (1985), sondern auch Soziale Würde und die Möglichkeit zur Entfaltung individueller Lebensentwürfe. Hinsichtlich der Sicherung der sozialen Stabilität wird „nicht der Erhalt des Status quo angestrebt, sondern ein Zustand der möglichst große Spielräume für eine nachhaltig zukunftsverträgliche Entwicklung bietet, ohne soziale Spannungen hervorzurufen“ (Enquete-Kommission 1994: 494). Von Relevanz sind dafür eine intra- wie internationale Verteilungsgerechtigkeit und eine Chancengleichheit bei Einkommen, Arbeit und Bildungszugang. Die Sicherung der Entwicklungs- und Funktionsfähigkeit wird von der Demokratiefähigkeit einer Gesellschaft und der Fähigkeit zu sozialer Kohärenz abhängig gemacht.

Bezogen auf die Trias theoretischer Elemente sozialer Nachhaltigkeit nach Mutlak/Schwarze vermeidet die Enquete-Kommission damit die am Strukturfunktionalismus bemängelte Tendenz zum Strukturkonservatismus, stattdessen betont sie wie wichtig für Soziale Systeme die Möglichkeit zur Veränderung ist. Dennoch berücksichtigt der Ansatz zugleich die soziale Stabilität und thematisiert damit das Spannungsverhältnis zwischen nötiger Kontinuität und anzustrebender Veränderung. Auch das umfassende Verständnis von menschlicher Gesundheit und die damit verbundenen Zielsetzungen sind hervorzuheben, greifen sie doch das Grundbedürfniskonzept und dessen Erweiterung im Sinne von Sens Capability-Ansatz auf.

Tabelle 2 bietet eine detaillierte Zusammenstellung der im Ansatz der Enquete-Kommission formulierten Schutz- und Gestaltungsziele und deren Indikatoren:

Schutz- und Gestaltungsziele	Bewertungskriterien/Indikatoren
Sicherung der Gesundheit	
<ul style="list-style-type: none"> • Physische Gesundheit • Soziale Voraussetzungen für psychische Gesundheit: • Materielle Grundsicherung <p>Qualität der Arbeit</p> <p>Gesellschaftliche Anerkennung und Soziale Würde</p> <p>Möglichkeiten zur Entfaltung individueller Lebensentwürfe</p> <ul style="list-style-type: none"> • Grundbedürfnisbefriedigung 	<p>Gesundheitszustand des Menschen (public health, individuelle Gesundheit)</p> <p>Arbeit bzw. Einkommen</p> <p>Arbeitssicherheit/Arbeitsplatzbelastung; Entfaltungsmöglichkeiten; den Fähigkeiten entsprechende Beschäftigung</p> <p>Sinnstiftung, Anerkennung</p> <p>Selbstbestimmungsgrad (Veränderungen des sozialen und ökonomischen Umfeldes in menschenverträglichem Tempo; Erhalt der Lern- und Kommunikationsmöglichkeit etc.); Gleichberechtigung von Alt und Jung, Mann und Frau</p> <p>Wohnen, Nahrung und Kleidung</p>
Sicherung der sozialen Stabilität	
<ul style="list-style-type: none"> • Friedenssicherung • Verteilungsgerechtigkeit und Chancengleichheit • Soziale Sicherung • Partizipationsmöglichkeiten 	<p>Krisenanfälligkeit (dual use etc.)</p> <p>Soziale Spannungen; Bildungszugang</p> <p>Versorgungssicherheit (Krankheit, Alter, Notlagen)</p> <p>Partizipationsgrad (Teilhabe- und Gestaltungsmöglichkeiten auf staatlicher Ebene, Tarifrechte, innerbetriebliche Mitbestimmungsmöglichkeiten)</p>
Sicherung der Entwicklungs- und Funktionsfähigkeit einer Gesellschaft	
<ul style="list-style-type: none"> • Kulturelle Vielfalt • Vielfalt sozialer Strukturen • Sozialer Zusammenhalt • Bildungs- und Informationsangebot 	<p>Toleranz, Religionsfreiheit (Fähigkeit zur Integration von Minderheiten etc.)</p> <p>Freiräume für unterschiedliche Lebensformen; Möglichkeiten, sich gesellschaftlich zu organisieren</p> <p>Kommunikationsqualität; Polarisierungsgrad (unüberwindbare Interessengegensätze, unvereinbare Ideologien, mangelnde Kompromissfähigkeit); Generationenvertrag; Solidaritätsprinzip</p> <p>Lernfähigkeit, Lernbereitschaft</p>

Tabelle 2: Soziale Schutz und Gestaltungsziele (Enquete-Kommission 1994: 495ff.)
Quelle: Darstellung nach Kleinhüchelkotten (2005: 48)

Prinzipien sozialer Nachhaltigkeit

Zusammenfassend formuliert Kleinhüchelkotten, unter Berücksichtigung des Ansatzes der Enquete-Kommission und der Arbeiten von Empacher/Wehling (2002) bzw. Kopfmüller et al (2001), vier Prinzipien sozialer Nachhaltigkeit, die jedoch als kulturspezifische Konkretisierung für westliche Gesellschaften zu verstehen sind und keinen universellen Charakter haben (vgl. Kleinhüchelkotten 2005:49):

- Die Befriedigung materieller wie immaterieller Grundbedürfnisse ist ebenso wie die Absicherung gegen Krankheit und Not Voraussetzung für das Ziel, allen Mitgliedern einer Gesellschaft ein Leben in physischer und psychischer Gesundheit zu ermöglichen. Dazu gehört auch die Chance zur Existenzsicherung durch bezahlte Erwerbsarbeit oder selbstständige Tätigkeit.
- Alle Gesellschaftsmitglieder sollen eine Chancengleichheit hinsichtlich des Zugangs zu fundamentalen gesellschaftlichen Ressourcen und Einrichtungen haben, dazu zählen u.a.: Bildung, Kultur, Arbeit, Mobilität und soziale oder politische Ämter. Solchermaßen müssen Diskriminierungen einzelner gesellschaftlicher Gruppen verhindert werden, was z.B. Geschlechtergerechtigkeit mit einschließt.
- Alle Mitglieder einer Gesellschaft sollen die Möglichkeit zur Partizipation an relevanten gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen haben.
- Sozialressourcen, womit im Verständnis von Empacher/Wehling (2002) Beziehungsnetze, kulturelle Vielfalt und gesellschaftliches Wissen gemeint sind, stellen Handlungspotentiale gegenwärtiger und künftiger Gesellschaftsmitglieder dar und müssen als solche erhalten und qualitativ weiterentwickelt werden. Um die soziale Kohärenz einer Gesellschaft sicherzustellen sind Toleranz, Solidarität und Gemeinwohlorientierung, Rechts- und Gerechtigkeitssinn und Potentiale gewaltfreier Konfliktbearbeitung zu stärken.

2.3.5. Ökonomische Dimension

Die Diskussion um die ökonomische Dimension der Nachhaltigkeit dreht sich im Wesentlichen um den Erhalt funktionsfähiger ökonomischer Systeme und die Gestaltung menschlicher Wirtschaftsaktivitäten in ihrer Bedeutung für die Realisierung einer nachhaltigen Entwicklung.

Die Qualität und Quantität anthropogener Naturaneignung spielt hierbei eine zentrale Rolle. Entsprechend der Unterscheidung zwischen starker und schwacher Nachhaltigkeit lassen sich in den Wirtschaftswissenschaften vereinfacht zwei divergierende Positionen unterscheiden. Uneinigkeit herrscht vor allem in der Frage nach der Ausgestaltung und nach der ökologischen Notwendigkeit wirtschaftlicher Regulierungen.

Das Nachhaltigkeitsverständnis in der neoklassischen Ökonomie

VertreterInnen einer neoklassischen Position sind dem bereits erläuterten Spektrum schwacher Nachhaltigkeitsansätze zuzuordnen und versuchen das Gerechtigkeitspostulat der nachhaltigen Entwicklung mit dem wohlfahrtsökonomischen Paradigma der Nutzensmaximierung zu verbinden. Entsprechend des „'Non-Declining-Welfare'-Kriteriums“ (Kopfmüller et al. 2001:91), nach dem das Wohlfahrtsniveau einer Gesellschaft langfristig nicht sinken darf, müssen bei einer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung die vorhandenen Produktions- und Konsumkapazitäten erhalten werden, um so einen Fortbestand des gesellschaftlichen Kapitalstocks zu sichern. Dieser setzt sich wie dargestellt aus verschiedenen Kapitalsorten zusammen (Natur- Sach-, Wissens-, Human- und Sozialkapital), die aus neoklassischer Perspektive jedoch miteinander substituierbar sind: was zählt, ist lediglich die Konstanz der Gesamtkapitalmenge. Dieses schwache Nachhaltigkeitsverständnis fußt zentral auf der bereits im Brundtland-Bericht formulierten Annahme, dass Wirtschaftswachstum automatisch eine Mehrung der Handlungsoptionen bedeutet und so auch den Schlüssel zur Bearbeitung sozialer wie ökologischer Problemfelder darstellt (vgl. Kleinhüchelkotten 2005: 50).

Die Festlegung von Umsetzungswegen oder konkreten Zielen einer nachhaltigen Entwicklung wird in der neoklassischen Position mit dem Verweis auf die limitierte Steuerungsfähigkeit komplexer Systeme und Prozesse abgelehnt, eine entsprechende Einschränkung der wirtschaftlichen Entwicklung infolge dessen negiert. Anstelle einer Begrenzung der Ökonomie wird daher die Schaffung von Freiräumen und Stimuli für die wirtschaftlichen Akteure propagiert, damit diese ihre Potentiale möglichst ungehindert entfalten können. Eine Beeinflussung der ökonomischen Sphäre soll lediglich in Form von marktwirtschaftlichen Regulierungsprinzipien und generellen Richtlinien erfolgen: diese werden im Sinne der Sicherung einer gerechten und ausgeglichenen wirtschaftlichen Entwicklung oft als ausreichende Kriterien ökonomischer Nachhaltigkeit betrachtet (vgl. ebd). Die gemeinhin genannten Regeln sind (vgl. Kopfmüller et al. 2001: 96ff.): ein funktionsfähiges Preissystem, ein funktionsfähiger, freier Wettbewerb, die Sicherung von Privateigentum, die Gewährleistung von Haftungsregeln, wie auch ein stabiler Geldwert. Zur Verwirklichung des damit beschriebenen Ordnungsrahmens ist es im neoklassischen Verständnis nötig, die als per se ineffizient bewerteten staatlichen Tätigkeiten auf ein zur Erreichung der Kriterien notwendiges Minimum zu reduzieren.

Die Kritik an der neoklassischen Position bezieht sich sowohl auf die angeführten Ordnungsregeln als auch das inhärente Naturverständnis. Zum einen sind die bereits weiter oben erläuterten Argumente gegen eine komplette Austauschbarkeit der Kapitalarten anzuführen, nach denen „man-made-Kapital“ niemals die ökologischen Funktionen des Naturkapitals erfüllen kann und eine angenommene Totalsubstitution schlicht die Tragekapazitäten der Biosphäre ignoriert. Zum anderen wird die Prämisse einer selbstregulierenden Wirtschaft und das Ausreichen der marktwirtschaftlichen Regulative angezweifelt, Kritiker betonen im Gegenteil die Notwendigkeit zeitlich befristeter Staatsinterventionen zur Vermeidung von ökonomischen Fehlentwicklungen (vgl. Kleinhüchelkotten 2005: 50). So wird zum Beispiel ein idealtypisch funktionierendes Preissystem, in dem der Preis „unter den restriktiven Bedingungen klar definierter Eigentumsrechte, vollkommener Kapitalmärkte oder vollständiger Konkurrenz [...] stets die Knappheit der Güter reflektieren“ (Kopfmüller et al. 2001:96) würde, als illusorisch angesehen. Dabei wird darauf hingewiesen, dass der „wahre“ Preis eines Gutes aufgrund der stets unvollständigen Informationen über die vielschichtigen Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge nicht zu bestimmen ist und ein

Preissystem zwar in Hinblick auf die Produktionsprozesse eine effiziente Ressourcenallokation ermöglichen kann, ein intergenerativ ungerechter Verbrauch einer Ressource damit aber nicht ausgeschlossen ist (vgl. ebd.:98). Solchermaßen müsse zuerst eine gesellschaftspolitische Entscheidung über die Nutzung von Ressourcen getroffen werden, bevor für deren Umsetzung auf das Instrument des Preismechanismus zurückgegriffen werden könne. Bezüglich der eingeforderten Priorität von Privateigentum wird bemängelt, dass dies alternative Eigentums- und kollektive Nutzungsformen von Gebrauchsgütern wie z.B. Car-Sharing, Tauschringe oder Waschküchen marginalisiere. Gleichermäßen wird das Haftungsprinzip als unzureichend kritisiert, da bei gewissen Umweltschäden entweder keine konkreten VerursacherInnen ausgemacht werden könnten, wie z.B. bei Waldschäden, oder problematische Effekte etwa im Zuge der anthropogenen Klimaveränderung erst in ferner Zukunft auftreten und dann keine VerursacherInnen mehr dafür verantwortlich gemacht werden könnten (vgl. ebd.: 51).

Das Nachhaltigkeitsverständnis der ökologischen Ökonomie

Als Gegenpol zu neoklassischen Ansätzen lässt sich die Position der ökologischen Ökonomie anführen, die sich, einem starken Nachhaltigkeitsverständnis entsprechend, am Ziel eines langfristigen Erhalt des Naturkapitals orientiert. Grundlegend ist dabei die Annahme, dass das Wirtschaftssystem als Subsystem des begrenzten und materiell geschlossenen Ökosystems von dessen Funktionsbedingungen, Kreisläufen und natürlichen Grenzen abhängig ist. Ziel ist dementsprechend eine strukturelle Ökologisierung der Ökonomie, bei der sich das Ausmaß der Wirtschaftsaktivitäten an die Leistungsgrenzen anpasst. (vgl. Kleinhüchelkotten 2005: 51). Gemäß der „*constant nature capital rule*“ ist dabei nicht nur die relative, sondern auch die absolute Knappheit der Naturgüter von Relevanz, was bei der Bedrohung des natürlichen Kapitalstocks die Reduktion von Sachkapital erforderlich machen kann. Anders als in neoklassischen Ansätzen ist damit ein Absinken des materiellen Wohlfahrtsniveaus durchaus im Bereich des Möglichen. Statt eines exponentiellen Wachstums wird ein qualitatives Wachstum forciert (vgl. Kopfmüller et al. 95).

„Qualitatives Wachstum“ ist als Begriff nicht unumstritten, da er eine Entkoppelung des wirtschaftlichen Wachstum von der damit verbundenen Naturaneignung als möglich ansieht. Dies bedeutet, dass der Ressourcenverbrauch weniger zunimmt als die Wirtschaftsleistung zunimmt, relative Entkoppelung genannt, im Optimalfall sogar trotz eines Wirtschaftswachstums schrumpft, als absolute Entkoppelung bezeichnet (vgl. Wuppertal 2008: 100ff.). KritikerInnen befinden, dass „damit [...] der Begriff Nachhaltigkeit teilweise bis zur Unkenntlichkeit verwässert und eine transparente Befassung mit den möglichen realen Widersprüchen zwischen sozialen, ökonomischen und ökologischen Dimensionen von Nachhaltigkeit behindert“ (ebd.: 92) werden würde. Wie in Abbildung 2 ersichtlich, besteht in den EU-15-Ländern seit mehreren Jahrzehnten die Tendenz zur einer relativen Entkoppelung.

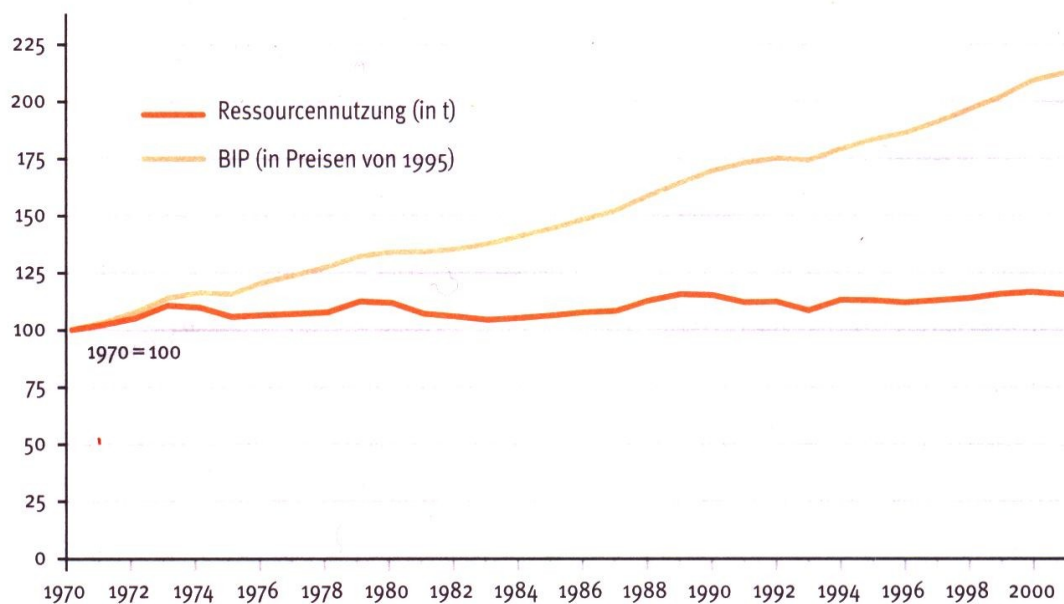


Abbildung 2: Ressourcennutzung und Bruttoinlandsprodukt in der EU-15
Quelle: Darstellung nach Wuppertal Institut (2008: 101)

Diese Entwicklung ist zwar im Sinne einer ökonomischen wie auch ökologischen Nachhaltigkeit begrüßenswert, ist jedoch insofern unzureichend, als dass der Ressourcenverbrauch auf einem ökologisch unverträglich hohen Niveau stagniert. Wenngleich es noch keine kohärente Theorie der ökologischen Ökonomie gibt, lassen sich dennoch konsensuale Positionen benennen. Rogall (2008: 103ff.) versucht dies anhand der Formulierung von zehn „Kernaussagen der neuen Umweltökonomie“ :

- 1) *Starke Nachhaltigkeit als theoretisches Leitbild*: Dies bedeutet neben einem komplementären Verständnis der Kapitalarten ein Befolgen der „*constant nature capital rule*“ und eine Betonung der ökologischen Nachhaltigkeitsdimension. Im Mittelpunkt steht also der Erhalt und nicht der möglichst optimale Verbrauch der natürlichen Ressourcen.
- 2) *Ersetzung des Wachstumsparadigmas durch ein Nachhaltigkeitsparadigma*: Ein auf dem Verbrauch natürlicher Ressourcen beruhendes, exponentielles Wachstum ist aufgrund der begrenzten ökologischen Tragekapazitäten nicht zukunftsfähig. Daher muss es zu einer Ökologisierung der Ökonomie kommen, was untrennbar mit einem Paradigmenwechsel verbunden ist: „Dies bedeutet zwingend eine Umkehrung der Zielprioritäten im wirtschaftlichen System von Wachstum zur Nachhaltigkeit und damit zur optimalen Substanzerhaltung und -entwicklung der natürlichen Potentiale statt individueller Einkommens- und Gewinnmaximierung als Oberziel“ (Busch-Lüty 1995: 120, zit. nach Kleinhüchelkotten 2005:51).
- 3) *Ökologische Ökonomie als Methodenpluralismus*: Einerseits werden z.B. sozio-ökonomische Erklärungsansätze der Ressourcenübernutzung übernommen und weiterentwickelt, andererseits wird von bestimmten neoklassischen Positionen – wie der Diskontierung künftiger Umweltkosten und der Substituierbarkeit aller natürlichen Ressourcen – deutlich Abstand genommen.
- 4) *Prinzip der ständigen Diskussion und Weiterentwicklung*: Die ökologische Ökonomie ist demnach nicht als statische Theorie aufzufassen, sondern bedarf weiterer Diskussionen und in Hinblick auf globale Entwicklungsprozesse auch eines erweiterten Erkenntnisinteresses.
- 5) *Anerkennung der Bedeutung ethischer Prinzipien für das Leitbild nachhaltiger Entwicklung*: mit dieser Kernaussage sind die bereits erläuterten Prinzipien wie das intra- und intergenerativen Gerechtigkeitspostulat, das Vorsorgeprinzip oder die Forderung eines durch Partizipation und Pluralismus geprägten Nachhaltigkeitsdiskurses gemeint.

- 6) *Transdisziplinärer Ansatz*: Die Ökologische Ökonomie strebt an, eine rein ökonomische Perspektive zu überwinden und wirtschaftliche Prozesse in ihrem sozio-ökonomischen Kontext und unter Einbeziehung der Wechselbeziehung zwischen Mensch und der übrigen Natur zu analysieren. Dabei versucht sie Ansätze und Erkenntnisse aus anderen Disziplinen, z.B. der Politik-, Rechts-, Natur- und Ingenieurwissenschaften zu integrieren.
- 7) *Notwendigkeit der Operationalisierung des Nachhaltigkeitsbegriffs*: Um die „Leerformel- Falle“ (Brand 1999: 20) eines abstrakten und unscharfen Nachhaltigkeitsbegriffs zu vermeiden, hat die ökologische Ökonomie den Anspruch neue Managementregeln und Messindikatoren für den Nachhaltigkeitsgrad und Lebensqualität zu entwickeln.
- 8) *Notwendigkeit der Änderung der Rahmenbedingungen mittels politisch-rechtlicher Instrumente*: Die meisten Ansätze der ökologischen Ökonomie befürworten das staatliche Setzen „ökologischer Leitplanken“ um eventuelles Marktversagen auszugleichen. Sie fordern die Schaffung von Rahmenbedingungen, welche nachhaltige Verhaltensweisen für Produzenten wie auch Konsumenten attraktiv machen.
- 9) *Sozial-ökologische Markt- oder Gemischtwirtschaft*: Oftmals wird in der ökologischen Ökonomie eine intermediäre Wirtschaftsform gefordert, die in ihrer Konzeption zwischen den Polen einer liberalen Marktwirtschaft und einer zentralen Verwaltungswirtschaft liegt.
- 10) *Anerkennung besonderer globaler Voraussetzungen für eine nachhaltige Entwicklung*: In der ökologischen Ökonomie wird davon ausgegangen, dass durch die bisherigen Globalisierungsprozesse besondere Bedingungen und Hemmnisse für das Leitbild nachhaltiger Entwicklung entstanden sind, welche fürderhin Berücksichtigung finden müssen. Dazu gehört erstens eine ungleiche Austauschbeziehung zwischen dem globalen Norden und dem globalen Süden, sowohl in Hinblick auf die Verteilung von Wohlstand, als auch von Umweltproblemen. Zweitens erfordert eine intragenerative Gerechtigkeit

die Anerkennung des Verursacherprinzips und der gesteigerten Verantwortung der Industrienationen. Drittens bedarf es eines globalen Ordnungsrahmens, der z.B. eine verpflichtende Senkung des Pro-Kopf-Ressourcenverbrauchs beinhaltet.

2.4. Nachhaltigkeitsstrategien

Im Folgenden werden mögliche Umsetzungswege für das Leitbild nachhaltiger Entwicklung erläutert, wobei der Fokus auf den drei in der Literatur am häufigsten diskutierten Strategien Effizienz, Konsistenz und Suffizienz liegt. Während unter Effizienzstrategien eine Steigerung der Ressourcenproduktivität verstanden wird, also die ergiebigere Nutzung von Materie und Energie, konzentrieren sich Konsistenzstrategien auf naturverträgliche Technologien, also auf ein symbiotisches Verhältnis zwischen industriellen Metabolismen und der Regenerationsfähigkeit der Ökosysteme. Suffizienzstrategien schließlich richten sich auf eine verringerte Nachfrage an Gütern und die Einschränkung ressourcenintensiver Praktiken (vgl. Linz 2004: 10): Sie zielen demnach auf eine Verhaltensänderung ab und thematisieren unausweichlich die Frage nach dem „rechten Maß“ und was ein „gutes Leben“ (ebd.: 10) ausmacht.

Im wissenschaftlichen und politischen Nachhaltigkeitsdiskurs lag der Schwerpunkt bislang meist auf Effizienz und Konsistenzstrategien, da sich diese relativ gut mit einem wie auch immer interpretierten Wachstumsparadigma vereinbaren lassen. Suffizienz hingegen, als „kleine, moralisch aufgeladene und sozial harmlose Schwester des großen Bruders Effizienz“ (von Winterfeld 2002: 27) bezeichnet, bricht mit der Logik eines grenzenlosen Wirtschaftswachstums und strahlt, wie im Weiteren zu zeigen ist, mit ihrem ethisch fundierten Appell zur reflektierten Selbstbegrenzung wesentlich weniger Attraktivität aus. Im Vergleich zu den anderen beiden Strategien erfordert Suffizienz in weitaus größerem Ausmaß ein Infragestellen der dominierenden Denkmuster, weshalb sie tendenziell seltener rezipiert wurde. Seitens von Umweltverbänden und entwicklungspolitischen Organisationen wird jedoch schon seit längerem eine Aufwertung von Suffizienzstrategien eingefordert (vgl. Kleinhüchelkotten 2005: 54), in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften gingen diesbezügliche Initiativen vor allem vom Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie aus, dessen Publikationen auch in der folgenden Darstellung einen zentralen Referenzpunkt darstellen.

2.4.1. Ökologische Effizienz

Effizienz kann als allgemeine Leitorientierung der modernen Industriegesellschaft charakterisiert werden. Das Ziel eines möglichst günstigen Verhältnisses zwischen aufgewandten Mitteln und den damit erzielten Ergebnissen durchzieht als „*hegemonic principle*“ nahezu alle Bereiche des menschlichen Lebens (vgl. Linz 2004: 8).

Aus ökonomischer Perspektive bedeutet Effizienz eine monetäre Ertragssteigerung, die entweder durch eine Verringerung des aufgewendeten Materials, der Vorleistungen bzw. der Löhne, also eine Kostensenkung, oder durch eine Steigerung der erzeugten Menge erreicht werden kann. Per se gleichsam zielführend, ist in der Industriegesellschaft jedoch in der Regel die Produktionssteigerung der attraktivere Weg, da durch Größendegression eine Kostensenkung mit einer Mengensteigerung einhergeht und auch die Möglichkeiten zur Externalisierung von Umweltkosten steigen. Ein solcher Effizienzbegriff ist auf Ertrag und Wachstum verengt und berücksichtigt die soziale wie natürliche Umwelt nicht mehr (vgl. Scherhorn 2008 :21,22).

Ökologische Effizienz hingegen ist auf eine Verringerung des Stoff- und Energieumsatzes pro erzeugter Produkt- oder Dienstleistungseinheit und damit auf eine erhöhte Ressourcenproduktivität ausgerichtet. Dies wird vor allem durch verbesserte Technik und Organisation ebenso wie durch die Verringerung und Wiederverwertung von Abfallstoffen erreicht. (vgl. Linz 2004: 8) Die Effizienzstrategie scheint einen reduzierten Ressourcenverbrauch und eine Verminderung der Umweltbelastungen zu ermöglichen, ohne dabei automatisch eine Beschränkung des Wirtschaftswachstums zu erfordern. Da sie sich damit innerhalb einer kapitalistischen Akkumulationslogik bewegt, ist sie besonders aus der Sicht der Wirtschaft attraktiv, wird jedoch auch von Umweltverbänden als Königsweg zur Transformation bestehender Produktionsmuster in eine ressourcenleichte Ökonomie angesehen und ist als Leitorientierung allgemein akzeptiert (vgl. Kleinhüchelkotten 2005: 54). Unter dem Schlagwort der Dematerialisierung vollzieht sich eine ökologische Effizienz auf verschiedenen Ebenen, ihre Strategien konzentrieren sich vor allem auf

„das Design der Produkte, um deren Lebensdauer und Rezyklierbarkeit voranzubringen, dann auf den Produktionsprozess, um Energie- und Stoffflüsse zu verringern, sowie schließlich auf die Unternehmensstrategie, um den Verkauf von Hardware zugunsten des Verkaufs von Dienstleistungen zurückzufahren.“ (Sachs 2002: 52).

Gerade neuartige, effiziente Produkte begeistern oft durch technische Innovation, seien es besonders leichte Digitalkameras, elektronische Datenträger mit immer größeren Speicherkapazitäten oder PKWs, die dank moderner Einspritzanlagen und Hybridantrieb nur noch einen Bruchteil bisheriger Schadstoffemissionen verursachen (vgl. Wuppertal 2008: 219). Alle genannten Beispiele tragen durch verringerten Material- und Energieaufwand sicherlich zu einer Ressourcen- und Umweltschonung bei. Es wäre jedoch ein Fehlschluss, Effizienzgewinnen auf der Mikroebene der einzelnen Produkte auf eine abnehmende Ressourcenintensität des Wirtschaftssystems in seiner Gesamtheit gleichzusetzen. Die „Achillesferse“ (Linz 2004: 8) der ökologischen Effizienz besteht insofern im Wachstumsparadigma, als dass erreichte Ressourceneinsparungen und verminderte Umweltbelastungen durch eine Intensivierung der Wirtschaftsaktivitäten ausgeglichen oder sogar überkompensiert werden. Es können drei verschiedene Effekte unterschieden werden, bei denen Einsparungen auf der makroökonomischen Ebene wieder „aufgefressen“ werden (vgl. Sachs 2002: 52ff.):

Sogenannte „Rebound-Effekte“ entstehen als direkte Folge von Effizienzgewinnen, sie äußern sich durch ein Reinvestieren der erzielten Einsparungen an Zeit, Kapital oder Ressourcen. Ein verbesserter Wirkungsgrad eines Produktes oder bei der Nutzung einer Ressource hat dann paradoxerweise einen erhöhten Gesamtressourcenverbrauch zur Folge, etwa wenn effizientere Motoren zu einer erhöhten Automobilität führen. Ein anderes bestechendes Beispiel ist „*paperless office*“: durch die vereinfachte Möglichkeit Dokumente auszudrucken oder zu kopieren wird letztendlich mehr Papier verbraucht als zuvor. Von indirekten Rebound-Effekten ist die Rede, wenn die in einem Bereich erzielte Kostenersparnis zu problematischen Auswirkungen in anderen Bereichen führt, also beispielsweise das im Zuge einer Wärmedämmung eingesparte Geld für eine Flugreise ausgegeben wird (vgl. Wuppertal 2008: 105). Rebound-Effekte sind jedoch kein kürzlich entstandenes Phänomen: schon Mitte des 19. Jahrhunderts prognostizierte der britische Ökonom William Stanley Jevons, dass eine effizientere Nutzung von Kohle zu einem steigenden Verbrauch und so zu einer rascheren Ausbeutung des damals zentralen Energieträgers führen würde (vgl. ebd.).

Von „Mengen-Effekten“ wird gesprochen, wenn ein öko-effizientes Produkt vermehrt nachgefragt wird. Rebound-Effekte sind stets zugleich Mengen-Effekte, der Umkehrschluss ist jedoch nicht zutreffend, da eine Nachfrage auch unabhängig von

einer Effizienzsteigerung wachsen kann. Beispielsweise ist der Heizenergieverbrauch in den letzten Jahren trotz verbesserter thermischer Effizienz nicht zurückgegangen, da die Quadratmeterzahl an zu beheizender Wohnfläche pro Kopf zugenommen hat.

„Wachstumseffekte“ ergeben sich durch Expansionstendenzen der Wirtschaft und führen abseits von Effizienzentwicklungen zu einem erhöhten Energie- und Materialverbrauch. Ein Beispiel dafür ist die wachsende Palette an elektronischen Geräten in privaten Haushalten: die massenhafte Verbreitung von Großbildschirmen, DVD-Playern oder Smartphones wiegt die bei Kühlschränken und Waschmaschinen erzielten Effizienzgewinne zu einem großen Teil wieder auf.

Abseits der angeführten Effekte sind der Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch auch grundlegende, technische Grenzen gesetzt, da jede Art von Produktion, auch die von Wissenskapital oder Dienstleistungen, eine materielle Basis hat: „Aus heutiger Sicht ist es unmöglich, etwas aus nichts zu produzieren – und es spricht nichts dafür, dass dies einmal anders sein wird“ (Wuppertal 2008: 107).

2.4.2. Konsistenz

Konsistenzstrategien zielen auf eine Vereinbarkeit von Natur und Technik ab und forcieren eine neue industrielle Revolution, bei der mittels technischer Basisinnovationen die Naturentfremdung gegenwärtiger Ökonomien überwunden und so ein symbiotisches Verhältnis von Natur und Kultur erreicht werden soll. Sie werden auch unter dem Namen „Öko-Effektivität“ oder „*industrial ecology*“ rezipiert, letzterer Begriff meint einen Aufbau ganzer Produktionsketten nach dem Vorbild der Ökosysteme (vgl. Linz 2002: 9). Industrielle Metabolismen sollen dabei in Harmonie mit den natürlichen Kreisläufen stehen und sich wechselseitig ergänzen:

„Konsistente Stoffströme sind solche, die einerseits weitgehend störicher im abgeschlossenen technischen Eigenkreislauf geführt werden, und andererseits - an den Schnittstellen zwischen Anthro- und Biosphäre – mit den Stoffwechselprozessen der umgebenden Natur so übereinstimmen, dass sie sich, auch in großen Volumina, relativ problemlos darin einfügen“ (Huber 1999: 206: zit. nach Kleinhüchelkotten 2005: 55).

Stoffe, die sich weder in die Ökosysteme integrieren lassen noch von diesen in sogenannten „*closed loops*“ (Scherhorn 2008:25) getrennt zirkulieren können, müssen

demnach aus dem Wirtschaftsprozess ausgegliedert werden. Prinzipiell sollte es jedoch wie in der Natur keine Abfälle im eigentlichen Sinn geben, sondern nur weiterverwertbare Produkte: eine emissionsfreie Kreislaufwirtschaft¹⁰ wäre dann so aufgebaut, dass die nächste Nutzungsstufe gleich- oder sogar höherwertig als die Vorangegangene ist (vgl. Linz 2004: 9). Konsistenzstrategien richten sich somit gegen den Substanzverzehr in Form von Ausbeutung nicht-erneuerbarer Ressourcen, gegen die Externalisierung von Kosten im Produktionsprozess. Sie streben stattdessen eine Externalisierung von Nutzen nach dem Vorbild der Natur an (vgl. Scherhorn 2008: 26). Ein Beispiel für die Realisierung von Konsistenzstrategien ist der Ersatz fossiler Energieträger durch die Nutzung regenerativer Energiequellen wie Windkraft, Solarenergie oder Geothermie.

Konsistenzstrategien fokussieren demnach weniger eine Verringerung des Ressourcen- und Energieverbrauchs als dessen naturverträgliche Ausgestaltung. Im Falle einer konsistenten Bewirtschaftung natürlicher Stoffströme könnten diese auch in großem Umfang genutzt werden, BefürworterInnen sehen darin einen Schlüssel zu globalem Wohlstand (vgl. Kleinhüchelkotten 2005: 55). Konsistenzstrategien lassen sich demnach ebenso wie Effizienzstrategien mit einem Wachstumsparadigma vereinbaren und stoßen dementsprechend auf breite Zustimmung, stellen sie doch eine Lösung der ökologischen Probleme bei gleichzeitiger Mehrung der materiellen Wohlfahrt in Aussicht. In Hinblick auf eine weiter wachsende Weltbevölkerung wird die Erforschung konsistenter Energienutzungsformen und naturverträglicher Technologien unabdingbar sein, da ökologische Effizienz für sich genommen eine Überlastung der Biosphäre nicht verhindern wird können (vgl. Linz 2002: 9)

Die Notwendigkeit von Konsistenzstrategien und die mit ihnen verbundenen Hoffnungen sollte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die elementaren Konsistenz-Technologien mit wenigen Ausnahmen noch Zukunftsprojekte sind und in den bevorstehenden Jahrzehnten nicht zur Verfügung stehen werden. Ebenso ist unklar, ob die Innovationen die in sie gesetzten Erwartungen wirklich erfüllen können und eine symbiotische Naturaneignung tatsächlich so störfrei und ungefährlich realisierbar ist wie angenommen (vgl. ebd.: 21). Eine vorzeitige und übertriebene Technik- und Fortschrittsgläubigkeit wäre daher fehl am Platz, zumal das bereits bei den Effizienzstrategien angeführte Argument der benötigten materiellen Grundlagen auch

¹⁰ Für Details zu diesem Modell vgl. Pauli, Gunter (1999): UpCycling. Wirtschaften nach dem Vorbild der Natur für mehr Arbeitsplätze und eine saubere Umwelt, München

auf die Konsistenzstrategien zutrifft:

„Es kann in der Wirtschaft wie in den Lebensvollzügen keine vollständige Unschädlichkeit der Eingriffe in die Natur geben, und es sind auch keine vollständig geschlossenen Kreisläufe vorstellbar. Auch bei Konsistenz-Strategien wird Materie verbraucht, werden Schadstoffe emittiert, werden Mengenprobleme entstehen“ (Linz 2002: 9)“

Auch die Hoffnung, dass sich im Zuge der Konsistenzstrategien eine intragenerative Gerechtigkeit einstellt und es zu einem globalen Wohlstand kommt, ist anzuzweifeln. Obschon Energiequellen wie Sonne oder Wind keine EigentümerInnen haben, wird zur Erforschung und teilweise auch Realisierung der Konsistenz-Technologien ein erheblicher Kapitaleaufwand nötig sein, als Beispiel kann die regenerative Wasserstofferzeugung genannt werden. Falls aber Finanzierungsmöglichkeiten über die Verfügbarkeit und Anwendung innovativer Technologien entscheiden, werden bestehende sozio-ökonomische Ungleichheiten fortgeschrieben. Wenn schon die erste industriellen Revolution keine intrinsische Wohlstandsproduktion aufwies, wird dies von der zweiten ebenfalls nicht zu erwarten sein (vgl. ebd.).

2.4.3. Suffizienz

Wie bereits erläutert, führt aufgrund von Mengen- und Wachstumseffekten eine verbesserte Ressourceneffizienz nicht zwangsläufig zu einer absoluten Verringerung des Ressourcenverbrauchs und der Umweltbelastungen. Effizienz wird erst dann zur ökologischen Effizienz, wenn die Ressourceneinsparungen nicht durch eine gestiegene Produktnachfrage kompensiert wird. Suffizienz richtet sich in seinen ökologischen wie sozialen Aspekten auf Einschränkungen bei der Produktion und dem Konsum von Gütern und wird als dritte Nachhaltigkeitsstrategie daher in der Regel als komplementäre Strategie zur Effizienz verstanden: „Ökoeffizienz scheitert, wenn sie nicht mit Suffizienz verbunden wird.“ (Scherhorn 2008: 21).

Doch auch für Konsistenzstrategien hat Suffizienz den Charakter eines ergänzenden Regulativs. Mit am deutlichsten zeigt sich dies in Hinblick auf die Gewinnung von Agrokraftstoffen auf Basis von nachwachsenden und damit CO²-armen Rohstoffen. Einerseits wird durch die Substitution fossiler Energieträger ein wichtiger Beitrag zur

Naturverträglichkeit der Ökonomien geleistet, andererseits hat diese Konsistenzstrategie durch die ungebrochene Nachfrage nach Treibstoffen mitunter verheerende Auswirkungen auf den Waldbestand und die globale Ernährungssicherheit und trägt auch zur Reproduktion intragenerativer Ungerechtigkeit bei. Der Anbau der zur Herstellung von „Biosprit“ benötigten Pflanzen geschieht vor allem in Ländern des globalen Südens, doch während die damit verbundenen Probleme wie Abholzung, Bodenerosion und Belegung von Agrarflächen die Erzeugerländer betreffen, wird der Großteil der Agrokraftstoffe in den Industrienationen verbraucht (vgl. von Winterfeld 2007: 49).

In diesem Zusammenhang muss jedoch betont werden, dass die meisten Forschungsansätze eine Hierarchie der Nachhaltigkeitsstrategien negieren und Suffizienz nicht als Rettungsanker für den Fall eines Versagens der anderen beiden Strategien ansehen. Suffizienz wird stattdessen als nicht-substituierbares Umsetzungselement der Nachhaltigkeit begriffen, welches ebenso wie Konsistenz und Effizienz seinen Eigenwert und seine Grenzen hat (vgl. Linz 2002: 10).

Enges Suffizienzverständnis

Suffizienz wird von seinen BefürworterInnen oftmals in einer engen Auffassung auf den Bereich des persönlichen Lebens bezogen, thematisiert dann also die Verhaltensweisen von Individuen und den Konsum privater Haushalte. In dieser Perspektive bedeutet Suffizienz einen geringeren Pro-Kopf-Verbrauch von Gütern, einen Konsumverzicht, der das Resultat einer reflektierten Selbstbeschränkung, einer Orientierung an Bescheidenheit und Genügsamkeit oder einer Kultur des Verzichts ist (vgl. Linz 2004:10). Radikalere Positionen leiten im Sinne einer Kritik der Überflussgesellschaft aus dem Begriff ein Imperativ eines asketischen Lebens ab: „Grundsätzlich jeder Kauf muss zu einer spezifisch ethischen Frage werden; jeder Konsumartikel ist ein Mosaiksteinchen in dem Moloch Umweltverschmutzung.“ (Schmidbauer 1997: 259, zit. nach Linz 2002: 9).

KritikerInnen verbinden daher mit Suffizienz oft Begriffe wie Mangel und Einschränkung und stellen sie als Gegenteil von Wohlfahrt und Wunscherfüllung dar (vgl. ebd.). Auf die moralische Pflicht zum Verzicht des Einzelnen reduziert, erhält die

Strategie damit jenseits jeder Argumente eine negative Konnotation, wird als fortschrittsfeindlich apostrophiert und als reaktionäres Paradigma von „kirchlichen Altkonservativen, christlichen Nächstenliebe-Idealisten, vitalistischen Naturromantikern, kommunitären Sozialdemokraten und überhaupt herkömmlichen Sozialstaatspartisanen“ (Huber 1995: 125, zit. nach Kleinhüchelkotten 2005: 57) verunglimpft. Suffizienz wird von SkeptikerInnen als Minderheitenkonzept angesehen, welches in seiner Opposition zu dominierenden Konsummustern kein resonanzfähiges Leitbild für die Gesellschaft als Ganzes darstellen könne. Dabei wird zum einen auf die Abhängigkeit des Alltags von der materiellen Kultur verwiesen, darauf, wie sehr die einzelnen Lebensbereiche durch technische Vernetzung geprägt und die Haushalte durch ihre Einbindung in Ver- und Entsorgungssysteme auf die Inanspruchnahme von Gütern und Dienstleistungen angewiesen sind. Abseits des praktischen Nutzens wird zum anderen auf die Funktion von Konsum als Mittel zur sozialen Distinktion und Selbstverwirklichung hingewiesen, welcher die Tendenz zu einer umfassenden Individualisierung und Privatisierung innewohnt: die Abhängigkeit von Konsum wird dann zugleich als Freiheit und Autonomie erlebt, während Suffizienz mit sozialem Abstieg verbunden wird (vgl. Kleinhüchelkotten 2005:57).

Erweitertes Suffizienzverständnis

Einer Verengung des Begriffs Suffizienz kann ein erweitertes Verständnis entgegengesetzt werden. Dieses behält zwar einerseits die Notwendigkeit der Veränderung von Lebensstilen und einer Redefinition des Wohlstands begriff als Kernstück der Suffizienz bei, propagiert aber eine Interpretation dieser Aspekte als Teil eines fördernden Prinzips: entsprechend dem Wortsinn des Adjektivs „suffizient“, welches die Bedeutung von genügend oder ausreichend trägt (vgl. WAHRIG 1999: 939), zielt Suffizienz demnach nicht auf Mangel und Einschränkung, sondern auf eine Optimierung des Konsums und eine adäquate Bedürfnisbefriedigung ab. Das Verständnis ist insofern systemisch, als dass es die ausschließlich individuelle Perspektive überwindet und Suffizienz als Prozess begreift, dessen Umsetzung die Berücksichtigung der sozialen und politischen Bedingungen erfordert (vgl. Linz 2004: 11). Suffizienz ist dabei nicht eindimensional, sondern enthält in seiner Komplexität

verschiedene Zugänge, welche zwar das erweiterte Suffizienzverständnis als Ausgangsannahme teilen, jedoch unterschiedliche Schwerpunkte und Fragestellungen aufweisen (vgl. ebd.: 12ff):

Ein praxisbezogener Zugang definiert Suffizienz als ein ressourcensparendes Verhalten beim Erwerb und der Nutzung von Gütern und Energie. Dies impliziert zwar Verzicht, jedoch keine finanzielle Belastung und bedeutet auch keinen zwangsläufigen Verlust an Lebensqualität. In einem erweiterten Sinn ist Suffizienz dann auch mit Wertentscheidungen und Lebensstilen verbunden und umfasst nicht nur ökologische Aspekte, sondern auch die Förderung des Gemeinwohls und intragenerative Gerechtigkeit.

Ein anderer Zugang greift Alan Durnings Frage des „Wieviel ist genug?“ (Durning 1992, vgl. Linz 2004: 12) auf und fokussiert nicht Belastungen im Jetzt, sondern fragt nach den Kriterien eines ausbalancierten Lebens. Eine Diskussion in diesem Kontext führt zur Annahme, dass Suffizienz eine Aufwertung künftiger statt gegenwärtiger Bedürfnisse bedeutet und Zeitwohlstand bzw. die Qualität des menschlichen Lebensraums nicht dem Güterwohlstand untergeordnet werden darf. Diese These gilt einerseits für die individuelle Lebensführung und das kollektive Zusammenleben, kann jedoch auch auf den Wirtschaftsbereich umgelegt werden, wenn etwa Unternehmen nicht mehr die Ertragssteigerung als alleinige Maxime betrachten, sondern sie zugunsten von Mitarbeiterpartizipation oder Umweltverträglichkeit beschränken (vgl. Scherhorn 2002: 15-24).

Ein dritter Zugang formuliert Suffizienz als Schutzrecht: „Niemand soll immer mehr haben wollen müssen“ (von Winterfeld 2002: 27). Suffizienz wird damit nicht als Verzicht oder moralische bzw. ökologische Verpflichtung begriffen, sondern als das zu schützende Recht, sich nicht dem Wachstumsparadigma und dem Imperativ der Güterakkumulation unterordnen zu müssen. Dieser Zugang entfaltet insofern eine politische Dimension, als dass er es als staatliche Aufgabe ansieht, alternative Lebens- und Wirtschaftsformen zu ermöglichen.

Implementierungsformen der Suffizienz

Dem erweiterten Suffizienzverständnis und der Vielschichtigkeit der Zugänge entsprechend hat die Umsetzung von Suffizienzstrategien sowohl auf der Ebene der einzelnen Haushalte, als auch auf der Ebene der Wirtschaft und der gesellschaftlichen Institutionen stattzufinden (vgl. Linz 2004: 16ff.):

- Auf gesellschaftlicher Ebene werden Suffizienzstrategien sowohl durch gesellschaftliche Übereinkünfte mittels „*coercion by consent*“, also der kollektiven Zustimmung zu sozial akzeptierten Verhaltensweisen, als auch durch staatliche Regelungen implementiert. Politische Maßnahmen um Suffizienz verbindlich oder möglich zu machen umfassen unterschiedliche Instrumente wie Mineralölsteuern, den Ausbau öffentlicher Verkehrsnetze, die Förderung der Naherholung oder die Aufwertung ehrenamtlicher Tätigkeiten.
- Suffizienzmaßnahmen in der Wirtschaft betreffen drei Bereiche: erstens eine Verbesserung der unternehmerischen Umweltbilanz, zweitens eine Ausrichtung der Produktpalette anhand der Kriterien Umweltverträglichkeit, Haltbarkeit und Reparierbarkeit, sowie drittens eine Relativierung der Gewinnmaximierung. Letzteres umfasst sowohl die Einbeziehung von Stakeholder-Values, also der Interessen aller mit dem Unternehmen in Verbindung Stehenden, als auch die Übernahme von Verantwortung für das Gemeinwohl. Suffizienzstrategien finden im Wirtschaftsbereich besonders dann Anklang, wenn durch ihre Umsetzung Wettbewerbsvorteile zu erwarten sind.
- Auch für private Haushalte bestehen realisierbare Suffizienzmaßnahmen, z.B. der sparsame Verbrauch von Energie, der Kauf von vorzugsweise fair gehandelten, langlebigen Produkten, die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel, ein Reduzieren des Fleischkonsums oder das Mieten anstelle von Kaufen. Linz führt als weitere Suffizienz- Schritte den Bezug von regenerativem Strom oder die Investitionen in Wärme- Dämmungen und Solaranlagen an (vgl. Linz 2004:17), wobei diese Maßnahmen meiner Meinung nach eher in den Bereich der Konsistenz- und Effizienzstrategien fallen.

3. Theorien sozialer Praktiken

Einen fruchtbaren sozialwissenschaftlichen Zugang zur Untersuchung von Energieverbrauch und den ökologischen Konsequenzen von Konsum stellen die *theories of practice* dar, welche auch bei der Durchführung des Projekts NELA eine Orientierungsfunktion erlangten und in dieser Arbeit nun als forschungsleitende Theorien vertieft und als Instrument zur Analyse der Interviews verwendet werden. In seiner Einführung des Sammelbandes „The Practice turn in contemporary theory“ betont der Soziologe Theodore Schatzki, dass es kein allgemein gültiges Verständnis „einer“ *theory of practice* gäbe. Vielmehr bestünden dazu viele Perspektiven aus den Bereichen der Soziologie, der Philosophie, der Kultur- und Sozialanthropologie oder der Wissenschafts- und Technikforschung. Alle diese Perspektiven hätten jedoch gemein, dass sie nicht etwa individuelles Handeln, Sprache oder Strukturen als Zentrum des Sozialen betrachten, sondern diese im Kontext sozialer Praktiken als ontologische Analyseeinheit ansehen (vgl. Schatzki 2001: 2). Diese Auffassung übernehmend wird im Folgenden von den *theories of practice* im Plural die Rede sein.

Das Potential und die Intention der *theories of practice* lässt sich am besten anhand des Grundkonflikts zwischen handlungs- und strukturtheoretischen Zugängen in der soziologischen Theorie nachzeichnen.

Sozialwissenschaftliche Erklärungsmöglichkeiten für gesellschaftliche Ordnung, Organisationsmuster und der Konstruktion sozialen Zusammenlebens hängen eng mit dem unterschiedlich interpretierten Verhältnis von Individuum und Gesellschaft zusammen. Vereinfacht lassen sich zwei in Konkurrenz zueinander stehende Theorieströmungen benennen.

Auf der einen Seite positioniert sich eine strukturalistische Perspektive, aus der betrachtet Handlungen und Interaktionen von Individuen weitgehend durch institutionelle Strukturen und deren Entwicklungsdynamik geprägt sind. Menschliches Agieren bewegt sich in diesem Modell also innerhalb eines systemgeprägten Kontextes, welcher eine gewisse Bandbreite von Handlungsmöglichkeiten vorgibt und somit präformierend und reglementierend wirkt.

Auf der anderen Seite hingegen wird die Gesellschaft als Summe der einzelnen

Individuen gesehen, die handlungstheoretische Perspektive erklärt das Entstehen von sozialen Ordnungen und die strukturelle Ausbildung sozialer Muster demnach durch spezifische oder kollektive Aktionen von selbstbestimmten Einzelpersonen (vgl. Brand 2011: 173ff.)

Diese als Konkurrenz verstandene Dichotomie der Erklärungsansätze lässt sich bis in die Gründungsphase der Soziologie nachzeichnen und prägt auch die modernere Theoriediskussion der Disziplin. Ihr zufolge steht bereits die „verstehende Soziologie“ Max Webers, welche die verschiedenen möglichen Sinngehalte sozialen Handelns betont, in Opposition zu Emile Durkheims Ansätzen zu funktionalen Integrationsmechanismen von Gesellschaften. Die theoretischen Neuerungen der 1970er und 1980er Jahre, wie z.B. die Schule des symbolischen Interaktionismus oder die aus der Ökonomie stammenden Rational-Choice-Ansätze, sind laut Brand ebenso wie die Methoden der Netzwerkanalyse handlungstheoretisch orientiert und fokussieren die Mikro- und Meso-Ebene sozialer Beziehungen. Als Gegenstück kann hier die funktionale Systemtheorie Niklas Luhmanns und ihre Variationen angeführt werden (vgl. Brand 2011: 173).

Die hier skizzierte Gegensätzlichkeit verweist auf die Notwendigkeit eines Ansatzes, welcher handlungs- und strukturtheoretische Perspektiven gleichermaßen berücksichtigt und durch die Schaffung einer Synthese weiterführendes Erklärungspotential erreicht. Entsprechende Zugänge, zu denen auch die verschiedenen Ausprägungen der theories of practice gezählt werden können, negieren daher eine einseitige Dominanz von Akteur oder Struktur und betrachten das Verhältnis vielmehr als dialektisches Wechselspiel: Strukturen können sich erst durch das Handeln von Individuen etablieren, welches wiederum zugleich durch bestehende Strukturen vorgeformt wird (vgl. Røpke 2009: 2491).

Im Folgenden werden zunächst die praxistheoretischen Arbeiten von Pierre Bourdieu und Anthony Giddens skizziert, welche die Grundlage für weiterführende Theoriemodelle bilden und sich gerade dadurch auszeichnen, dass sie „den 'Ort des Sozialen' nicht in individuellen Handlungen, normativen Ordnungen, mentalen Strukturen oder rekursiven kommunikativen Prozessen, sondern in 'sozialen Praktiken'“ verorteten (Brand 2011: 174). Für die Annäherung an die daran anknüpfenden Frage,

aus welchen Elementen sich eine soziale Praktik konstituiert und worin dabei die Verbindung zwischen der Meta-Ebene der Gesellschaft und der Mikro-Ebene des handelnden Individuums besteht, wird auf den Zugang von Theodore Schatzki verwiesen. Dieser hat den Theoriediskurs der letzten fünfzehn Jahre maßgeblich geprägt, ihm wird im heterogenen Feld praxistheoretischer Ideengänge eine Kohärenz schaffende Sichtweise zugeschrieben. Darauf aufbauend wird die Frage nach dem Verhältnis von materieller Kultur und praxistheoretischen Ansätzen erörtert, um schließlich ein Analysemodell sozialer Praktiken nach Shove/Pantzar vorzustellen, welches in der hier vorliegenden Arbeit zur exemplarischen Neuauswertung der NELA-Projektdaten verwendet wird.

3.1. Pierre Bourdieu: Habitus, der soziale Raum, das Praxisfeld

Bourdieus Unternehmen, den Dualismus von handlungs- und strukturorientierter Perspektive, welchen er auch als Gegensatzpaar von Subjektivismus und Objektivismus bezeichnet, aufzulösen, ist nur unter Bezugnahme auf seine Begriffe des „sozialen Raums“, „des „Habitus“, der „Praxisfelder“ und der verschiedenen Arten von Kapital nachzuvollziehen. Generell ist Praxis bei Bourdieu durch einen sogenannten „praktischen Sinn“ beeinflusst, der keinen kognitiven, rationalen Prozess darstellt, sondern sich tendenziell auf einer unbewussten Ebene entfaltet. Er ist eine Art intuitive Instanz, die den Einzelnen in seinem Handeln anleitet (vgl. Brand 2011:179).

Basis dieser Vorstellung ist das Verständnis der sozialen Realität als „sozialer Raum“, in welchem die soziale Situation eines Individuums in der Gesellschaft und ihr jeweiliger Lebensstil verortet ist und in Relation zur Lage der anderen Individuen steht. Der soziale Raum ist per se jedoch nicht abgeschlossen, sondern ein offener Rahmen, der einerseits durch die unterschiedliche Positionierung von Menschen anhand der divergierenden Verteilung von kulturellem, sozialem, symbolischem und ökonomischem Kapital, andererseits durch die Ausdifferenzierung von Praxisfeldern (wie der Politik, der Wirtschaft, der Wissenschaft, etc.) charakterisiert ist (vgl. ebd.: 180) Christian Schilcher betont in der Erörterung Bourdieus Sozialstrukturanalyse, dass der soziale Raum dreidimensional zu begreifen ist und vor allem zwei Kapitalarten bei seiner Konstruktion relevant sind:

„In der vertikalen Dimension ist der soziale Raum durch das Gesamtvolumen an kulturellem und ökonomischem Kapital bestimmt. In der horizontalen Dimension wird eine Differenzierung nach der Zusammensetzung des Kapitals vorgenommen, was einen intellektuellen und einen ökonomischen Pol des sozialen Raums nach sich zieht“ (Schilcher 2005: 10).

Die zeitliche Komponente eröffnet in diesem Modell dabei die dritte Dimension des sozialen Raums und impliziert das Potential zur Veränderung der sozialen Position.

Das Agieren von Individuen innerhalb der verschiedenen Praxisfelder orientiert sich in Bourdieus Verständnis am Ziel der Kapitalakkumulation und der Verbesserung der eigenen Machtposition im Feld. Jedes Feld als Arena des Handelns weist dabei spezifische Normen auf, welche die Teilnehmenden als Voraussetzung internalisiert haben müssen. Nur wenn die Regeln und der Sinn eines Feldes vom Individuum akzeptiert werden, kann es mit den anderen Partizipierenden interagieren und konkurrieren und wird von diesen anerkannt. Zum Reglement gehört u.a. eine dem Feld eigene Hierarchisierung der Kapitalarten. Jeder Mensch verfügt über ein unterschiedliches Ausmaß der vier erwähnten Sorten an Kapital, deren Wertigkeit aber von Feld zu Feld unterschiedlich ist. Die soziale Position eines Individuums kann also beispielsweise im Praxisfeld der Kultur sehr vorteilhaft sein, im Feld der Wirtschaft hingegen könnte dieselbe Kapitalkonfiguration einen vollkommen anderen Stellenwert haben.

Der „Habitus“ eines Menschen stellt in Bourdieus Theorie das vermittelnde Element zwischen sozialer Position und Praxis dar und generiert im Wechselspiel mit den objektiven Strukturen eines Feldes den erwähnten „praktischen Sinn“. Er kann als permanentes und relativ stabiles Set an durch Sozialisation erworbenen Dispositionen beschrieben werden, welches die im Alltag benötigten Wahrnehmungs-, Denk- und Handlungsmuster bereitstellt. Der Habitus spiegelt zugleich die von einem Individuum gemachten Erfahrungen wider, er ist Resultat von durchlebten Entwicklungen und schreibt sich in den Körper ein, ist „inkorporierte Kultur“ (Schilcher 2005:16). Rein äußerlich lässt sich der Habitus somit am Verhalten und Auftreten einer Person festmachen, er manifestiert sich in Gewohnheiten und Ausdrucksformen. Entscheidend ist jedoch sein Doppelcharakter: einerseits ist er etwas Hervorgebrachtes, ein „opus operatum“, zugleich jedoch auch als „modus operandi“ eine strukturierende Struktur (vgl. ebd.).

3.2. Anthony Giddens: theory of structuration

Auch für Antony Giddens kann der zentrale Aufgabenbereich sozialwissenschaftlicher Analyse weder auf handlungs- noch auf strukturtheoretische Ansätze verengt sein. In seiner Strukturationstheorie fokussiert er stattdessen die Bedingungen für die Reproduktion sozialer Handlungsmuster:

„The basic domain of study to the social sciences, according to the theory of structuration, is neither the experience of the individual actor, nor the existence of any form of societal totality, but social practices ordered across space and time“ (Giddens 1984:2, zit. nach Röpke 2009: 2491).

Giddens sieht soziale Praktiken in körperlichen Routinen verankert und in Analogie zu Bourdieus „praktischem Sinn“ durch ein "praktisches Bewusstsein“ angeleitet. Dieses beinhaltet auch ein ständig ablaufendes „monitoring of action“, durch welches ein angemessenes situatives Befolgen der alltäglichen Normen und Regeln sichergestellt wird. Die meisten routiniert vollzogenen Handlungen bedürfen daher keiner bewussten Reflexion, nach Giddens' Konzept sind sie nicht als Einzelereignisse, sondern als prozessualer Fluss von Aktivitäten zu verstehen (vgl. Brand 2011: 181). Anders als Bourdieu, der mit seinem Habitus-Konzept vorrangig das Unbewusste und Determinierte in den Vordergrund stellt, betont Giddens jedoch auch die gestaltende Rolle von Akteuren bei der Reproduktion sozialer Normen und Codes. Seiner Ansicht nach sind sich die Menschen über die Bedingungen und Konsequenzen ihres alltäglichen Handelns bewusst und können ihre Taten auch begründen (vgl. Giddens 2005: 140). Der Grund dafür liegt in ihrem „diskursiven Bewusstsein“, welches die Akteure zu einer Reflexion über eine eventuell notwendige Modifikation ihrer sozialen Praktiken ermächtigt. Damit ist nicht die alltägliche, situationsadäquate Regelbefolgung gemeint, sondern ein Nachdenken über die zur Krisenbewältigung oder zur Anpassung an veränderte Handlungskontexte erforderlichen Veränderungen. Dies umfasst auch eine reflektierte Erfolgskontrolle und bewusstes Lernen (vgl. Brand 2010: 182).

Der Strukturationstheorie nach sind nun soziale Praktiken und soziale Strukturen rekursiv aufeinander bezogen, was Giddens als „*duality of structure*“ bezeichnet: die sozialen Systeme sind demnach einerseits durch die Reproduktion sozialer Praktiken durch die Akteure strukturiert, andererseits machen sie soziales Handeln überhaupt erst möglich und bestimmen dessen Rahmenbedingungen, sie sind Medium und Ergebnis

zugleich (vgl. Giddens 2005:121). Die strukturellen Eigenschaften sozialer Systeme haben dabei sowohl eine stabilisierende als auch eine hierarchisierende Funktion, denn sie umfassen

„zum einen sinnstiftende und normative 'Regeln', zum anderen autoritative und allokativen 'Ressourcen', die den sozialen Akteuren die (ungleich verteilte) Macht verleihen, durch ihr Handeln 'Spuren in der Welt zu hinterlassen'“ (Brand 2011: 182).

Das schließt die Folgerung mit ein, dass diese Machtstrukturen und Regeln auch im praktischen Bewusstsein und den körperlichen Routinen verwurzelt sind.

3.3. Theodor Schatzki: the site of social

Der Sozialtheoretiker Theodore Schatzki entwickelte in Anlehnung, aber auch in Kritik an die dargestellten Ansätze Bourdieus und Giddens ein eigenes Theoriemodell der social practices, welches er 1996 unter dem Titel „Social Practices: a Wittgensteinian Approach to Human Activity“ und 2002 in einer überarbeiteten Version „The Site of the Social“ publizierte.

Im Folgenden werden die darin enthaltenen Kernpunkte seiner Reflexionen über den Charakter von Praktiken und ihrer Bedeutung für die Ausbildung sozialer Ordnungssysteme in den Vordergrund gestellt (vgl. Schatzki 2002: 70ff.), da diesen nicht nur in Bezug auf das heterogene Feld praxistheoretischer Ansätze Kohärenz schaffende Wirkungskraft zugesprochen wird (vgl. Röpke (2009): 2491), sondern sie auch das abstrakte Gerüst des in dieser Arbeit verwendeten, konkreteren Analysemodells von Shove/Pantzar darstellen.

Ausgangspunkt ist dabei zunächst ein zusammenfassendes Zitat Schatzkis zur Definition von Praktiken, dessen Inhalt schrittweise unter Bezugnahme auf weitere Begrifflichkeiten erläutert wird. Dabei soll der Versuch unternommen werden, die verwendeten Termini zur besseren Verständlichkeit fallweise anhand von Beispielen aus dem Bereich von Haushaltspraktiken, wie etwa Heizen, Kochen oder Waschen, zu veranschaulichen¹¹.

11 Die verwendeten Beispiele sind teils selbst gewählt, teils von Gram-Hanssen (2007) übernommen

Schatzki sieht Praktiken als Bündel von Aktivitäten, die als „organized nexus of actions“ (Schatzki 2002: 71), also als organisierte Verknüpfung von Aktionen, das soziale Leben in vielfältiger Weise durchziehen: in Form politischer Praktiken, religiöser Praktiken, Kochpraktiken, Verhandlungspraktiken, Erziehungspraktiken, etc. Jede Praktik umfasst solchermassen zwei Dimensionen, nämlich Aktivität und Organisation. Dies wird auch in Schatzkis zusammenfassender Definition von Praktiken deutlich:

„[...] practices are organized nexuses of actions. This means that the doings and sayings composing them hang together. More specifically, the doings and sayings that compose a given practice are linked through (1) practical understandings, (2) rules, (3) a teleoaffective structure, and (4) general understandings. Together, the understandings, rules and teleoaffective structure that link the doings and sayings of a practice form its organization.“ (ebd.:77)

3.3.1. Doings and sayings

Als Basis können demnach die *doings&sayings* angesehen werden, bei denen Schatzki wie auch andere Vertreter praxistheoretischer Ansätze durch das Attribut „bodily“ auf die grundlegende Körperlichkeit von Praktiken verweist. Im Fall der *doings* scheint dies laut Schatzki offensichtlich, ja geradezu banal: wenn Menschen laufen, greifen, jemandem winken oder etwas aufheben, geschieht dies unter Verwendung von Körperteilen, respektive Körperextensionen oder Prothesen. Doch auch die *sayings* können ihm zufolge ohne verbale Sprachlichkeit auskommen, denn einer Kopf- oder Handbewegung wird unter Umständen ebenfalls eine kommunikative Funktion zugeschrieben. Eine winkende Handbewegung kann zudem je nach Situation als Gruß oder als Aufforderung interpretiert werden. Solchermassen sind nach Schatzki *sayings* eine Unterkategorie von *doings*, denn sie sind „doings that say something (usually about something)“ (Schatzki 2002:72). Die zentrale Aussage ist hier jedoch, dass *doings&sayings* als „basic actions“¹² in multiplen Kontexten verwendet werden können, dabei weitere Aktionen hervorrufen und somit konstitutiv für komplexere Handlungen sind.

12 Schatzkis übernimmt diesen Begriff aus Danto, Arthur (1965): Basic Actions. In: American Philosophical Quarterly 2, S.145-148

Um ein besseres Verständnis einer Praktik als „*set of doings and sayings*“ zu schaffen, geht Schatzki von einer hierarchischen Zusammensetzung dieses Sets aus. Auf der untersten Stufe stehen dabei *doings&sayings*, welche sich zu sogenannten *tasks*, also Aufgaben, verdichten. Dabei können verschiedene doings and sayings dieselbe Aufgabe erfüllen. Die *tasks* wiederum setzen sich auf der dritten Stufe zu *projects* zusammen. Laut Schatzki vollzieht in der Regel eine an einer Praktik teilnehmende Person Aktionen auf allen drei Ebenen. Dieser Gedankengang kann am Beispiel von „Waschpraktiken“ veranschaulicht werden. Ein mögliches Projekt wäre dabei das Wäschewaschen, welches sich in mehrere tasks gliedern lässt: das Sammeln zu waschender Kleidungsstücke, der Vorgang des Reinigens, oder das Trocknen nasser Textilien. Die task des Trocknens wiederum kann durch verschiedene *doings&sayings* erledigt werden, etwa durch das Aufhängen der Kleidung auf einer Wäscheleine oder durch die Verwendung eines elektrischen Wäschetrockners – beide Aktionen führen auf unterschiedlichem Weg zur Erfüllung der Aufgabe (vgl. Gram Hanssen 2007: 3).

3.3.2. Governance of action: individuelles Handeln und kollektive Praktik

Handlungen von Individuen sind nach Schatzki durch eine „*practical intelligibility*“, also eine praktische Sinnverständlichkeit, angeleitet. Die Auffassung über die Sinnhaftigkeit und den Zweck eines Tuns ist dabei eine sehr persönliche, individuelle Konstruktion und entzieht sich daher unter Umständen rationalen oder normative Bewertungskategorien, obschon es kaum ein Handeln außerhalb jedweden normativen Kontextes gibt. *Practical intelligibility*, Brand bezeichnet diese auch als „inkorporierten praktischen Sinn“ (Brand 2011:187), ist also eine mentale Instanz, welche für das handelnde Subjekt bei der Einschätzung der vollzogenen und zu vollziehenden Tätigkeiten eine wichtige Orientierungsfunktion übernimmt und Sinn stiftet. Gram-Hanssen illustriert die *practical intelligibility* am Beispiel der Praktik „Heizen“. Wie auch in der hier vorliegenden Arbeit gezeigt werden soll, haben Individuen teilweise sehr unterschiedliche Vorstellungen über die Funktionsweise ihrer Heizung und die angemessene Raumtemperatur ihrer Wohnungen. Es werden etwa hohe Innentemperaturen als gesundheitsschädlich angesehen, oder aber als essentielle Bedingung zu körperlichem Wohlbefinden. Ebenso kann stundenlanges Lüften, unter

dem Aspekt der Heizkosten betrachtet ein kontraproduktives Verhalten, im individuellen Sinnverständnis als Zeichen persönlicher Kontrollkompetenz aufgefasst werden (vgl. Gram-Hannsen 2007: 3).

Im Gegensatz zur *practical intelligibility* und ihrem ausdrücklich individuellen Charakter werden die eine Praktik konstituierenden Sets von *doings&sayings* durch kollektiv geteilte Verknüpfungen gesteuert. Wie am einführenden Zitat ersichtlich, identifiziert Schatzki vier verschiedene Arten der Verknüpfung, nach denen sich der *nexus of actions* organisiert:

- mit dem „*practical understanding*“ sind Fähigkeiten gemeint, die es den an einer Praktik Partizipierenden ermöglichen eine Praktik als solche auszumachen, die dazugehörigen *doings&sayings*, *tasks* und *projects* zu identifizieren und anderen TeilnehmerInnen anzuzeigen. Es handelt sich dabei nicht um eine Sinnzuschreibung wie bei der *practical intelligibility*, sondern um einen Prozess des Erkennens (vgl. Stock 2011:14): „knowing how to X, knowing how to identify X-ings, and knowing how to prompt as well as respond to X- ings“ (Schatzki 2002:77). Schatzki grenzt *practical understanding* aber dennoch von Begriffen anderer Theoretiker ab, die eine Art von Know-How als handlungsleitend betrachten. Im Gegensatz zu Bourdieus Termini des „Habitus“ und des „praktischen Sinns“ oder Giddens' „praktischem Bewusstsein“ wirkt das *practical understanding* fast nie determinierend auf die Aktivitäten von Menschen, wenngleich es ihnen zugrunde liegt.
- mit „*rules*“ meint Schatzki Sets expliziter Regeln, Prinzipien, Anleitungen und Anweisungen, welche den Partizipierenden einer Praktik die Durchführung spezifischer Aktionen vorschreiben. *Rules* als Verknüpfungselement von *doings&sayings* anzusehen bedeutet demnach, dass Akteure dasselbe Regelwerk als bindend anerkennen und es bei ihrem Tun einhalten. Sie bestimmen den Ablauf von Aktivitäten und werden typischerweise von Instanzen formuliert, die auch das Potential haben sie durchzusetzen. Schatzki interpretiert *rules* dementsprechend als eine Möglichkeit, durch Normativität auf menschliches Handeln Einfluss zu nehmen. Dabei schließt er jedoch in seiner Definition

implizite Regeln und „ungeschriebene Gesetze“ aus. Als Beispiel aus dem Bereich der privaten Haushalte könnte die gesetzlich vorgeschriebene jährliche Wartung von Gasthermen angeführt werden.

- „*teleoaffective structures*“ ist ein Kofferbegriff aus teleologisch und affektiv und beschreibt nach Schatzkis Verständnis „a range of normativized and hierarchically ordered ends, projects, and tasks, to varying degrees allied with normativized emotions and even moods.“ (ebd.:80). Partizipierenden einer Praktik sind also ein gewisses Spektrum an normativ geprägten Zielen und Zwecken vorgegeben, die sie mittels einer definierten Auswahl an *projects* und *tasks* erreichen können oder dürfen. Normativität umfasst in diesem Zusammenhang sowohl den Aspekt der Erwünschtheit als auch der Erwartbarkeit und wirkt auf zwei Bereiche: zum einen auf die Art der Durchführung von Handlungskomplexen zur Erreichung des Ziels, zum anderen auf die damit verbundenen Emotionen (vgl. Stock 2011:15). Laut Schatzki variiert die Gewichtung von Zielgerichtetheit und Affektivität in den verschiedenen Praktiken mitunter deutlich: während beispielsweise in westlichen Gesellschaften Kochpraktiken eindeutig teleologische Strukturen fokussiert werden, dominieren in Praktiken der Kindererziehung eher affektive Strukturen.

Es muss betont werden, dass *teleoaffective structures* Teil der Praktik und nicht im Individuum zu verorten sind. Folgt eine Person bei der Ausübung einer Praktik nicht der entsprechenden teleoaffektiven Struktur, wird ihre Performanz von anderen Akteuren nicht als der Praktik zugehörig wahrgenommen (vgl. Stock 2011:15).

- *general understandings* wurden in Schatzkis früherer Konzeption sozialer Praktiken von 1996 noch nicht als eigenständige Verknüpfung angeführt (vgl. Ropeke 2009: 2491). Mit ihnen sind teleoaffektive Strukturen und Wissensbestände gemeint, die sich nicht auf die Durchführung einer einzelnen Praktik beziehen, sondern für mehrere Praktiken Gültigkeit hat oder sie miteinander verbindet (vgl. Jansen 2005: 124).

Bei der Abgrenzung verschiedener Praktiken zu kann es jedoch mitunter zu Schwierigkeiten kommen: „[...] practices can overlap. A particular doing, for instance, might belong to two or more practices by virtue of expressing components of these different practices' organizations“ (Schatzki 2002:87). Für eine präzise Unterscheidung von Praktiken ist daher die Bestimmung der charakteristischen Bündelung von doings and sayings und deren genaue Verknüpfung durch die vier erläuterten Verbindungen wichtig.

Praktiken können laut Schatzki in „*integrative practices*“ oder „*dispersed practices*“ unterteilt werden. *Integrative practices* sind in seinem Verständnis nach überaus komplex, sie verbinden vielfältige Aktivitäten, Projekte, Zwecke und Emotionen und sind jeweils nur für bestimmte Lebensbereiche konstitutiv. Disperse Praktiken sind hingegen wesentlich simpler und stellen basale Tätigkeiten dar, etwa beschreiben, erklären, fragen, gehorchen oder untersuchen. Anders als die integrativen Praktiken, in denen sie oftmals enthalten sind, sind disperse Praktiken weder durch teleoaffektive Strukturen noch durch Regeln charakterisiert. Für ihre Ausübung ist in erster Linie das *practical understanding* relevant: wenn beispielsweise einer Person ein Sachverhalt erklärt werden soll, muss dazu ein Verständnis vorliegen, wie der Akt des Erklärens adäquat ausgeführt wird.

3.4. Materialität und Praktik – das Analysemodell nach Shove/Pantzar

Die Anwendbarkeit der *theories of practice* im hier gewählten Kontext des Energieverbrauchs armer bzw. armutsgefährdeter Haushalte ergibt sich jedoch nicht allein durch ein allgemeines heuristisches Nachvollziehen der Bedeutung sozialer Praktiken, wie es die Arbeiten Schatzkis ermöglichen. Sie bedarf sowohl einer Berücksichtigung der materiellen Aspekte sozialer Praktiken als auch einer Bezugnahme auf den Bereich der Konsumforschung.

Ein Brückenschlag zur Nachhaltigkeitsdebatte fällt dadurch nicht schwer: alle Praktiken, gleich ob sie eher im Bereich der Produktion oder der Konsumtion verortet werden, benötigen Ressourcen. Die menschliche Gesellschaft kann in ökologischer Hinsicht als ein einziger großer Metabolismus beschrieben werden, bei dem sich die Haushalte als Teil dieses Prozesses in erster Linie als Konsumenten Ressourcen

aneignen und verbrauchen. Die Verbindung zwischen Praktiken und der Umwelt besteht demnach in der materiellen Komponente (vgl. Röpke 2009: 2495).

Schatzki selbst gesteht der Materialität in Hinblick auf die Verknüpfungen der *doings & sayings* zwar keinen entscheidenden Stellenwert zu. Er stellt aber fest, dass Dinge einerseits als materielle Arrangements den Kontext darstellen in dem soziale Praktiken vollzogen werden, andererseits aber zugleich je nach Kontext andere Bedeutung erlangen:

“How artifacts (or the parts thereof) enable and constrain one another’s action depends not just on their physical properties, but also on the organization that human activity imposes on them. Artifacts are typically components of arrangements that are extensively set up human activity. As a result, they enable and constrain one another as organized in particular ways, and these relations of enablement and constraint are beholden to the practices of which the organizing activities concerned are moments” (Schatzki 2002: 98,99).

In dieser Perspektive spielen materielle Dinge demnach keine aktive Rolle in der Ausgestaltung von Praktiken. Auch wenn ihre physiologische Beschaffenheit durchaus relevant ist, gründet sich ihre formende Funktion anscheinend vorrangig auf die Bedeutung, die ihnen die handelnden Individuen beimessen. In welcher Weise Praktiken durch Artefakte begrenzt oder ermöglicht werden, bleibt unklar. Schatzki verweist zwar darauf, dass in diesem Zusammenhang die „*mental conditions*“ (ebd. :99, Hervorhebung V.H) der Akteure eine entscheidende Rolle spielen, geht aber nicht näher darauf ein.

Andere VertreterInnen praxistheoretischer Ansätze gehen hingegen davon aus, dass sich soziale Praktiken aus verschiedenen Elementen zusammensetzen, wobei die materielle Dimension als eine eigenständige, konstitutive Komponente begriffen wird. Das Konzept der Verknüpfung, so wie es Schatzki propagiert, wird dabei in der Performance, in der Ausführung sozialer Praktiken durch die handelnden Individuen verortet. Andreas Reckwitz beispielsweise definiert eine Praktik als

„[...] a routinized type of behaviour which consists of several elements, interconnected to one another: forms of bodily activities, forms of mental activities, 'things' and their use, a background knowledge in the form of understanding, know-how, states of emotion and motivational knowledge. A practice [...] forms so to speak a 'block' whose existence necessarily depends on the existence and specific interconnectedness of these elements“ (Reckwitz 2002: 249,250).

Auch Elisabeth Shove und Mika Pantzar strengen in Anlehnung an Reckwitz und Schatzki eine stärkere Berücksichtigung der materiellen Aspekte in praxistheoretischen Konzepten an. Ihrer Auffassung nach werden diese gerade in den frühen *theories of practice* unzureichend einbezogen, die Arbeiten von Bourdieu und Giddens seien „thoroughly social theories in the sense that material artefacts, infrastructures and products feature barely at all“ (Shove/Pantzar 2005: 44).

In ihrem Aufsatz „Consumers, Producers and Practices: Understanding the invention and reinvention of Nordic Walking“ entwickelten die AutorInnen daher ihrem Anspruch gemäß ein Modell, welches auf eine verbesserte Anwendbarkeit der *theories of practice* in der empirischen Forschung abzielt. Da NELA explizit eine „sozialwissenschaftliche Perspektive [verfolgt], die den sozial vermittelten Charakter des Energiekonsums und dessen soziotechnische und infrastrukturelle Einbettung betont“ (NELA 2011: 5), erscheint mir dieses Analysemodell am besten geeignet um eine praxistheoretische Sichtweise auf die im Rahmen des Projekts durchgeführten Interviews einnehmen zu können. Dabei muss natürlich berücksichtigt werden, dass diese Systematik sich nicht Eins zu Eins wird übertragen lassen können und die Kategorien und Termini des Modells in die Systematik des Projekts NELA „übersetzt“ werden müssen. Dies wird bei der diesem Kapitel anschließenden konkreten Anwendung des Modells erfolgen.

Im Folgenden soll das Modell in seiner Grundkonzeption erläutert werden (vgl. Röpke 2009: 2492). Wie an Abbildung 3 ersichtlich, fassen Shove/Pantzar Praktiken als eine Konfiguration aus den Komponenten *material*, *meaning* und *competence* auf, welche jeweils nochmal eine Reihe verschiedener Aspekte beinhalten:

- Die Komponente der *materials* erfasst dabei alle Objekte, Equipments und Körper(teile), die bei der Ausführung einer Praktik involviert sind. Dem Körper kommt dabei im Vergleich zu den anderen beiden Aspekten nicht nur eine instrumentelle Funktion zu, er spielt auch als Träger inkorporierter Fähigkeiten und Emotionen eine Rolle.
- Mit *meanings* sind die Sinnzuschreibungen einer Praktik gemeint: aus welchem Zweck wird eine Praktik vollzogen, welche positiven oder negativen Bedeutungen werden mit der Ausführung verbunden? Die Komponente umfasst also nicht nur Zielsetzungen, sondern auch Emotionen und Überzeugungen.

Meanings können insofern allgemeinen Charakter haben, als dass sie über mehrere Praktiken erstrecken - etwa wenn bestimmten Tätigkeiten gesundheitsfördernde Wirkung zugesprochen wird. Obschon die Akteure beim Vollzug der Praktik zu Trägern der *meanings* werden, sind die erwähnten Aspekte als Teil der Praktik einzustufen und gehen nicht von selbstbestimmten Individuen aus. Bezogen auf Schatzkis Ansatz sind die *meanings* den teleoaffektiven Strukturen und den *general understandings* zuzuordnen.

- Die Komponente der *competences* umfasst sowohl Fähigkeiten als auch Wissen und ist oftmals durch Erfahrungen und Training geprägt. Der Aspekt des Wissens, des *knowledge*, schließt sowohl formale Regeln bzw. Instruktionen als auch *know-how*, also das Wissen, wie man etwas tut, mit ein. In Schatzkis Terminologie ist damit am ehesten das *practical understanding* und die *rules* gemeint

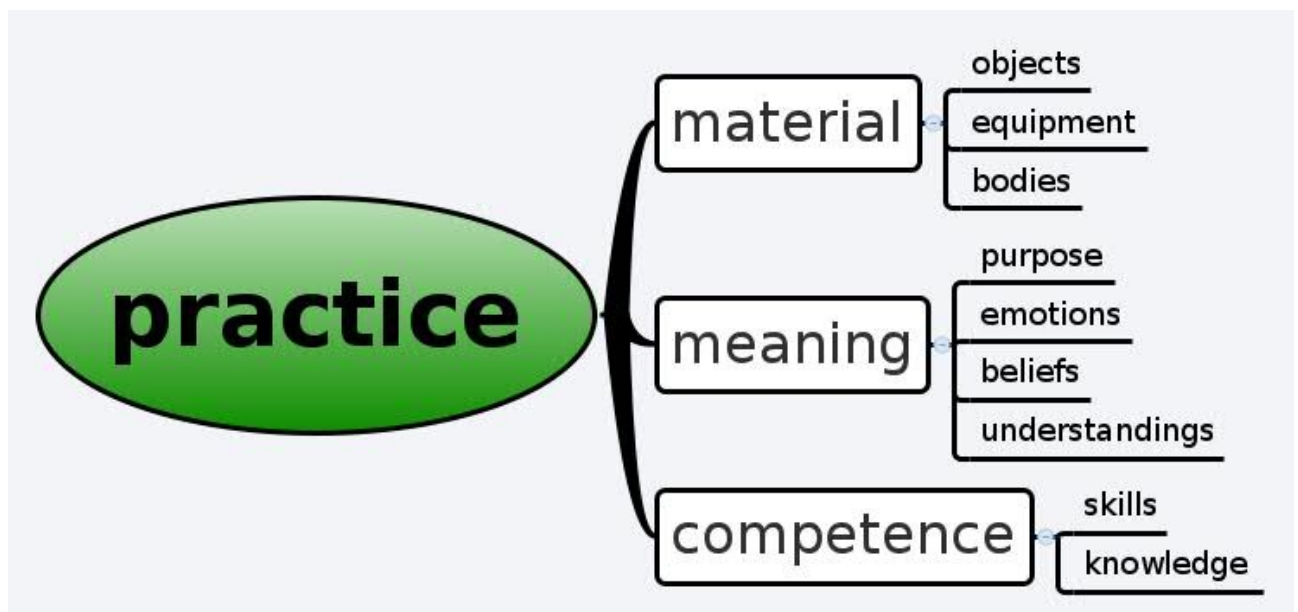


Abbildung 3: Konstitutive Komponenten sozialer Praktiken nach Shove/Pantzar (2005) bzw. Röpke (2009) Quelle: eigene Darstellung

4. Energiekonsum als soziale Praktik

Empirische Forschung mit praxistheoretischen Ansätzen gestaltet sich nicht unproblematisch. Zum einen besteht dabei die Schwierigkeit jeder sozialwissenschaftlichen Theorie, die gesellschaftliche Realität in abstrakten Denkmustern zu ordnen und dabei komplexe Zusammenhänge erklären zu wollen. Diese Herausforderung ist im Falle der Praxistheorie umso größer, als dass der Untersuchungsgegenstand Bereiche der alltäglichen Lebensführung betrifft, die sich durch ihren routinenhaften Charakter der Reflexion der handelnden Individuen entziehen und daher schwer zu erheben sind. Zum anderen stellt sich vom Standpunkt der analysierenden Person aus die Frage, wie eine Praktik als Forschungsgegenstand operationalisiert werden kann: welche *doings&sayings* werden einer Praktik zugeordnet und welche nicht? Wo verlaufen die Grenzen zu anderen Praktiken und in welchem Verhältnis stehen diese zueinander? Hierfür gibt es keine Richtlinien oder vorgegebenen Verfahren, vielmehr hat sich der Prozess der Eingrenzung an der Art der Fragestellung zu orientieren.

Ein weiterer Aspekt in diesem Zusammenhang ist die anzunehmende Ambivalenz zwischen *practices-as-entity* und *practices-as-performance*. Soziale Praktiken werden ihrem Wesen nach von vielen Menschen geteilt und reproduziert und erhalten dadurch eine gewisse Stabilität. Zugleich findet die Reproduktion jedoch auf individueller Ebene statt:

„An organized set of activities is seen as a coordinated entity when it is recognizable across space and time: a practice is a relatively enduring, relatively recognizable entity. Such an entity can only exist when the activities involved are performed by people – not only by a few particular individuals, but by larger groups of people. [...] Individuals face practices-as-entities as these are formed historically as collective achievement; and through their own practices-as-performance, individuals reproduce and transform the entities over time. Individuals are thus 'carriers' of practices“ (Røpke 2009: 2491)

Praxistheoretisches Arbeiten kann demzufolge nur in Form einer Analyse der *practices-as-performance* geschehen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass sich die *performance* einer Praktik sich aller Wahrscheinlichkeit nach von Individuum zu Individuum unterscheidet. Es kann also von einer jeweils speziellen Konfiguration der *materials*, *meanings* und *competences* ausgegangen werden, die im Vergleich sowohl

Ähnlichkeiten als auch Differenzen zu den anderen Einzelfällen aufweist.

Die folgende Anwendung des Analysemodells von Shove/Pantzar auf die im Rahmen von NELA durchgeführten Interviews muss sich in ihrer Konzeption den hier skizzierten Schwierigkeiten stellen und ihren Erklärungsanspruch dementsprechend formulieren. Daher werden in einem ersten Schritt zunächst die Zielsetzung, die Methodik und das Sample des Projekts zusammenfassend dargestellt, um so einen Überblick über den Forschungsansatz zu erlangen und die Bedingungen für eine praxistheoretische Perspektive zu eruieren. Dabei wird auch auf die zur Verwendung gekommenen Auswertungsinstrumente und deren Relevanz für die hier vorliegende Diplomarbeit eingegangen. Anschließend wird exemplarisch die *performance* der sozialen Praktik „Heizen“ in den befragten armen und armutsgefährdeten Haushalten anhand der Komponenten *material*, *meaning* und *competence* und deren Subkomponenten analysiert und mit dem theoretischen Nachhaltigkeitsdiskurs verknüpft.

4.1. Das Projekt NELA: Ziele, Methoden und Sample

4.1.1. Zielsetzungen

Das Projekt „Nachhaltiger Energiekonsum und Lebensstile in armen und armutsgefährdeten Haushalten“, als Akronym „NELA“, wurde vom Österreichischen Institut für Nachhaltige Entwicklung in Kooperation mit dem Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie, auf dessen Forschungstätigkeit zum Feld der Nachhaltigkeit in dieser Diplomarbeit schon mehrmals Bezug genommen wurde, und dem Institut für Soziologie und empirische Sozialforschung der Wirtschaftsuniversität Wien realisiert. Seine Finanzierung erfolgte im Rahmen der Programmlinie „Neue Energien 2020“ des Klima- und Energiefonds und durch die Forschungsförderungsgesellschaft (FFG).

Als Ziel wurde „die Untersuchung des Energiekonsums in armen und armutsgefährdeten Haushalten und eine darauf aufbauende stakeholderbezogene Erarbeitung von datenfundierten Maßnahmen zur Energieverbrauchsreduktion“

(NELA 2011: 1) formuliert, wobei zur Kontrastbildung auch eine geringere Anzahl einkommensstarker Haushalte miteinbezogen wurde. Ausgangspunkt und Triebfeder des Projekts war der Umstand, dass zu den Interdependenzen zwischen Armut und Energiekonsum erhebliche Forschungsdefizite bestehen und kaum auf vorhandene Wissensbestände und belastbare Daten zurückgegriffen werden kann. Arme und armutsgefährdete Haushalte sind jedoch hinsichtlich ihres Energiekonsums besonders verletzlich und angesichts ihrer beschränkten finanziellen Handlungsspielräume überproportional durch steigende Energiepreise betroffen. Im Gegensatz zu anderen Ländern ist Energiearmut und ihre Ausprägungen in Österreich bislang als Thema nicht publik, wenngleich einzelne Problemlagen anerkannt sind.

Die grundlegende Annahme, „dass arme und armutsgefährdete Haushalte keineswegs homogen sind, sondern unterschiedliche Umgangsweisen mit Energie auch unter prekären Lebensbedingungen bestehen“ (NELA 2011:1), bietet einen ersten Anknüpfungspunkt zu einer praxistheoretische Perspektive. Soziale Praktiken, in diesem Fall jene welche mit Energiekonsum zusammenhängen, divergieren in ihrer *performance* durch die Individuen. Auch wenn hinsichtlich der materiellen Restriktionen der Haushalte Ähnlichkeiten bestehen, ist die Verknüpfung der konstituierenden Elemente ein spezifischer und subjektiver Prozess. Zugleich kann jedoch davon ausgegangen werden, dass bei den Energiepraktiken der von Armut bzw. Armutsgefährdung betroffenen Menschen charakteristische Variationen der *practices-as-entity* für diese soziale Gruppe identifizierbar sind: „practices [...] change like chameleons according to the context of the practitioners“ (Röpke 2009: 2494).

4.1.2. Methoden, Form der Datenerhebung und Auswertungsinstrumente

Um dem Anspruch einer Untersuchung der Ausprägungen, Handlungsmotive und determinierende Faktoren des Energiekonsums aus Sichtweise der Betroffenen gerecht zu werden, wurde das Projekt NELA im qualitativen Paradigma verankert. Eine Vorgehensweise durch qualitative Sozialforschung wurde wegen den Prinzipien der Offenheit und Kommunikation als dazu geeignet angesehen, bislang unerforschte Zusammenhänge zu ergründen (vgl. NELA 2011: 16). Dabei wurde vor allem auf die „Grounded Theory“ (Strauss 1991, Strauss/Corbin 1996) als forschungsleitende

Methodologie zurückgegriffen, welche das Ziel einer kontinuierlichen Theoriebildung anhand erhobener Daten propagiert und nach deren Verständnis die Phasen der Erhebung und der Auswertung im Forschungsprozess nicht chronologisch getrennt, sondern zyklisch miteinander verschränkt verlaufen. Dadurch ergibt sich die Möglichkeit jene Aspekte, die sich erst während des Arbeitsverlaufs als relevant herausstellen, im weiteren Forschungsprozess gezielt zu vertiefen. Daher wird die Auswahl der zu untersuchenden Fälle nicht nur anhand vordefinierter Kriterien wie etwa soziodemographischen Faktoren getroffen, sondern es spielt auch die Bedeutsamkeit hinsichtlich der theoretischen Weiterentwicklung eine Rolle.

In diesem Sinne wurde bei NELA die Erhebung in zwei Stufen gegliedert, wobei Erhebung und Auswertung ineinander übergingen. Zur Datenerhebung wurden insgesamt 60 qualitative Interviews geführt, in einer ersten Erhebungsphase wurden zunächst 30 Personen aus verschiedensten einkommensschwachen Wiener Haushalten befragt. In der zweiten Erhebungsphase wurden weitere 20 arme bzw. armutsgefährdete Haushalte sowie 10 Personen aus einkommensstarken Haushalten interviewt, wobei bei der Auswahl darauf geachtet wurde, dass das Sample alle wesentlichen Armutsgefährdungsgruppen umfasst. Um eine Vergleichbarkeit zu gewährleisten wurden die Interviews durch einen offenen Gesprächsleitfaden angeleitet, welcher nach der ersten Erhebungsphase optimiert wurde. Inhaltlich waren die Interviews breit gefächert, die „thematischen Schwerpunkte [...] waren u.a. Wohnen und Alltagsorganisation, Energiepraktiken, Energiesparen und Energieeffizienz, Energiekosten und Finanzmanagement sowie Wissen und Mobilität“ (NELA 2011:16). Hierbei muss angemerkt werden, dass der Terminus „Energiepraktiken“ im Projekt nicht im praxistheoretischen Sinn, sondern als Sammelkategorie für alle unmittelbar mit Energieverbrauch in Zusammenhang stehenden *doings&sayings* verwendet wurde. Zusätzlich zu den qualitativen Interviews wurden mit einem gesondertem Fragebogen quantitative Daten wie Haushaltsgröße, Wohnungsgröße, Anzahl und das Alter der im Haushalt vorhandenen Geräte oder der reale Strom- und Gasverbrauch abgefragt. Die Interviews wurden fast ausnahmslos in den Wohnungen der befragten Personen durchgeführt. Dadurch wurde auch ein Einblick in die konkrete Wohn- und Lebenssituation der Menschen ermöglicht, der in Form von Zusatzprotokollen Eingang in die Auswertung fand.

Die Interviews wurden transkribiert und umfassen jeweils etwa 30 bis 50 Seiten. Dabei wurden den Befragten aus Gründen der Anonymisierung fiktive Namen zugeteilt, die im weiteren Projektverlauf, im Endbericht und auch hier im Folgenden verwendet wurden. Bei der Auswertung wurde in erster Linie nach dem Kodierverfahren der „Grounded Theory“ (Strauss/Corbin 1996, Strübing 2004) vorgegangen, der Prozess wurde dabei durch die Verwendung der qualitativen Daten-Software „atlas.ti“ unterstützt. Die so entstandene Codestruktur nimmt für die Anwendung des praxistheoretischen Analysemodells nach Shove/Pantzar auf die Projektdaten ebenfalls eine wichtige Funktion ein, worauf noch an späterer Stelle eingegangen wird. Als weiteres methodisches Auswertungsinstrument wurde bei NELA von jeder Person auf Grundlage der kompletten Interviewtexte ein Einzelporträt erstellt, in dem die biographischen Angaben, die wichtigsten quantitativen Eckdaten des Haushalts, sowie markante Details zu den inhaltlichen Schwerpunkten der Interviews in kompakter Form dargestellt wurden. Neben einer Beschreibung der allgemeinen Wohn- und Lebenssituation wurden also die einzelnen „Energiepraktiken“ (Heizen, Beleuchten, Kochen, Mediennutzung, Waschen, Kaufpraktiken), die Einstellungen und Verhaltensweisen in Hinblick auf Energiesparen, sowie Einzelheiten zum Energieversorger des Haushalts bzw. der Möglichkeit eines Versorgerwechsels und dem Umgang mit Energierechnungen vermerkt. Mit dem Punkt „Versuch einer Einordnung“ wurde als Quintessenz der Porträts eine analytische Beurteilung der befragten Person bezüglich ihrer Umgangsweisen und Einstellungen zum Energiekonsum angestrebt, auch in Relation zu den anderen Interviewten. Den Porträts kam daher im Projekt eine Doppelfunktion zu, welche auch die hier vorliegende Diplomarbeit förderlich war. Einerseits konnte durch sie die schwer überschaubare Datenmenge besser zugänglich gemacht werden und eine Arbeitsgrundlage für den finalen Auswertungsprozess geschaffen werden. Andererseits gehen sie klar über eine reine Beschreibung hinaus und stellen einen ersten analytischen Schritt im Auswertungsprozess dar. Die Porträts waren zudem die Grundlage einer tabellarischen Übersicht, in der nochmals alle relevanten Aussagen der einzelnen InterviewpartnerInnen zusammengestellt wurden.

Zum Zeitpunkt des Beginns meiner eigenen Mitarbeit am Projekt NELA war die Phase der Literaturrecherche und der Datenerhebung bereits abgeschlossen, weshalb mein Wirkungsbereich sich auf die Interviewauswertung und Interviewanalyse konzentrierte. Durch die zyklische Konzeption des Forschungsprozesses fiel der Einstieg in das

Projekt jedoch recht leicht. Nach einer umfassenden Einschulung in die Daten-Software „atlas.ti“ oblag mir als erster Auftrag die Kodierung der Interviews der einkommensstarken Haushalte. Bei dieser zeitaufwändigen Aufgabe wurden die Interviews durch sequenzielles Lesen der betreffenden Transkriptionen kognitiv erschlossen und die einzelnen Passagen mit den entsprechenden Kodes der Gesamtstruktur verlinkt. Ebenso wurden relevante Details gesondert gekennzeichnet und im Sinne der „Grounded Theory“ auch erste Hypothesen zu potentiellen Zusammenhängen und Handlungsmustern im Energieverbrauchsverhalten der Befragten gebildet. Ein weiterer Fokus meiner Einbindung in NELA war die Erstellung von 20 der insgesamt 60 Einzelporträts, wobei die eine Hälfte die einkommensstarken Haushalte betraf, die andere Hälfte die armen und armutsgefährdeten Haushalte. Beide Aufgabenbereiche erforderten eine intensive Vertiefung in die erhobenen Daten und eine fundierte Auseinandersetzung mit den theoretischen Grundlagen des Forschungsvorhabens, ohne die eine praxistheoretische Herangehensweise an die Interviews nicht möglich gewesen wäre. Obschon sich die Anwendung des Analysemodells nach Shove/Pantzar auf die Daten der armen und armutsgefährdeten Haushalte bezieht, sehe ich die paritätische Beteiligung an Auswertung und Analyse beider untersuchter Interviewgruppen als großen Vorteil. Gerade durch die anfängliche Fokussierung auf die vergleichsweise wohlhabenden Haushalte konnte eine Sensibilität für die Spezifika der Energiepraktiken von Menschen in prekären Lebenslagen entwickelt werden.

4.1.3. Samplebeschreibung

Das Sample der armen und armutsgefährdeten Haushalte, auf das sich auch die abschließende Analyse der Heizpraktiken bezieht, besteht aus 50 Personen im Alter von 24 bis 74 Jahren, von denen 28 weiblichen und 22 männlichen Geschlechts sind. Etwa ein Viertel der Befragten war zum Zeitpunkt des Interviews verheiratet oder in einer Partnerschaft, drei Viertel waren ledig, geschieden, oder in seltenen Fällen verwitwet. 52% der Interviewten lebte in einem Einpersonenhaushalt, 46% in einem Mehrpersonenhaushalt. Wie in Abbildung 4 ersichtlich, verfügen knapp drei Viertel der Befragten über eine abgeschlossene Lehre oder einen Pflichtschulabschluss, etwa ein

Viertel über Matura oder eine akademische Ausbildung. Der dabei verhältnismäßig hohe Anteil an AkademikerInnen wurde im NELA-Endbericht durch deren Einstufung als „Working Poor“ erklärt (vgl. NELA 2011:17).

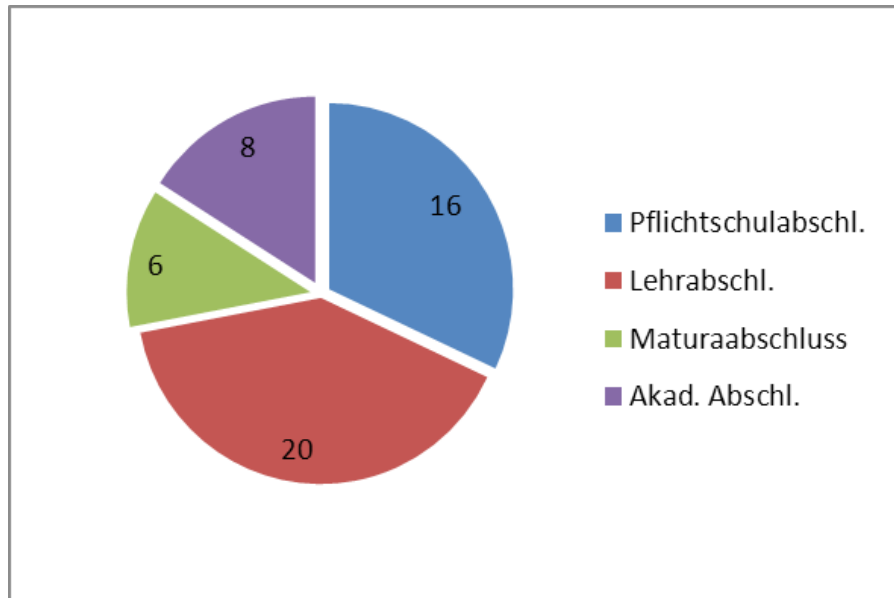


Abbildung 4: Höchste abgeschlossene Ausbildung der 50 armen und armutsgefährdeten Befragten

Quelle: Darstellung nach NELA (2011: 18)

Etwa drei Viertel der befragten Personen sind gebürtige ÖsterreicherInnen, ein Viertel hat Migrationshintergrund. Zum Zeitpunkt der Befragung waren 22 Personen arbeitslos, 18 von ihnen gingen länger als ein Jahr keiner Erwerbsarbeit nach. Die Größe der Wohnung kann als relativ klein bezeichnet werden, die durchschnittliche Wohnfläche pro Person beträgt 25,8 m². Hinsichtlich des Haushaltseinkommens kann festgehalten werden, dass gut die Hälfte der InterviewpartnerInnen über ein Budget bis zu 769 Euro monatlich verfügt, was dem Sozialhilferichtsatz des Jahres 2009 entspricht. Ein Fünftel verfügt über ein Haushaltseinkommen zwischen 769 Euro und 912 Euro, ist also laut der EU-SILC-Definition für Ein-Personen-Haushalte im Bereich der Armutsgefährdung (Statistik Austria 2008). Die verbleibenden 30% der Befragten verfügen über ein Haushaltseinkommen von 913 Euro oder mehr, was in der Regel auf eine höhere Anzahl an Haushaltsmitgliedern und eine entsprechend verschobene Armutsgefährdungsgrenze zurückgeführt werden kann. Vereinzelt wurden Einkommen angegeben, die über der Armutsgefährdungsgrenze liegen. In diesen Fällen verringern sich die bereitstehenden Finanzmittel jedoch durch zu leistende Schuldenabtragungen, Unterhaltszahlungen und

ähnliche Posten, weshalb diese Haushalte im Projekt ebenfalls als armutsgefährdet eingestuft wurden.

Eine Zuordnung der Haushalte entsprechend der Armutsrisikogruppen nach Cames (Cames 1999) zeigt auf, dass manche der Befragten in mehrere Kategorien zugleich fallen (vgl. Abbildung 5). Es ist daher davon auszugehen, dass teilweise multiple Belastungssituationen vorliegen.

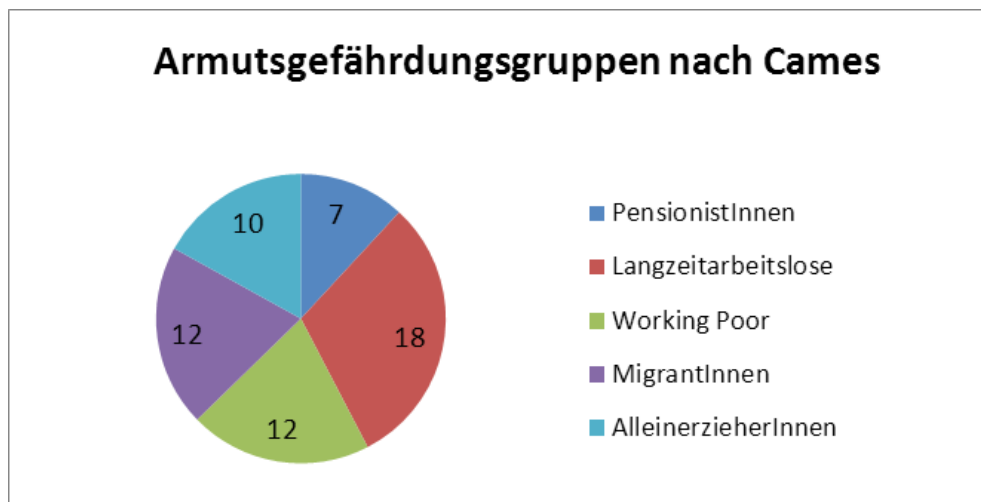


Abbildung 5: Zuordnung der armen und armutsgefährdeten Haushalte nach Armutsgefährdungsgruppen
Quelle: Darstellung nach NELA (2011: 20)

Da nur 22 der 50 Befragten eine vollständige Offenlegung ihres Einkommens und ihrer Jahresenergieverbräuche einreichten, weisen die Ergebnisse im Endbericht in dieser Hinsicht numerische Schwachstellen auf. Zur Einschätzung der Betroffenheit von Energiearmut wurde beim Projekt NELA auf die britische Definition von Energiearmut zurückgegriffen:

„Demnach sind Haushalte energiearm, die mehr als 10% des gesamten Haushaltseinkommens für Energie ausgeben, um den Aufenthaltsraum auf 21 Grad und die Nebenräume auf 18 Grad zu heizen (Boardman 2010)“ (NELA 2011: 20). Anhand der verfügbaren Informationen wurde festgestellt, dass der Mittelwert der Energiekosten bei den 22 zur Gänze dokumentierten Haushalten bei 9,6 % liegt. Wie in Abbildung 6 ersichtlich, gibt es dabei im Sample jedoch eine starke Streuung im Spektrum von 6,2% bis 18,7%.

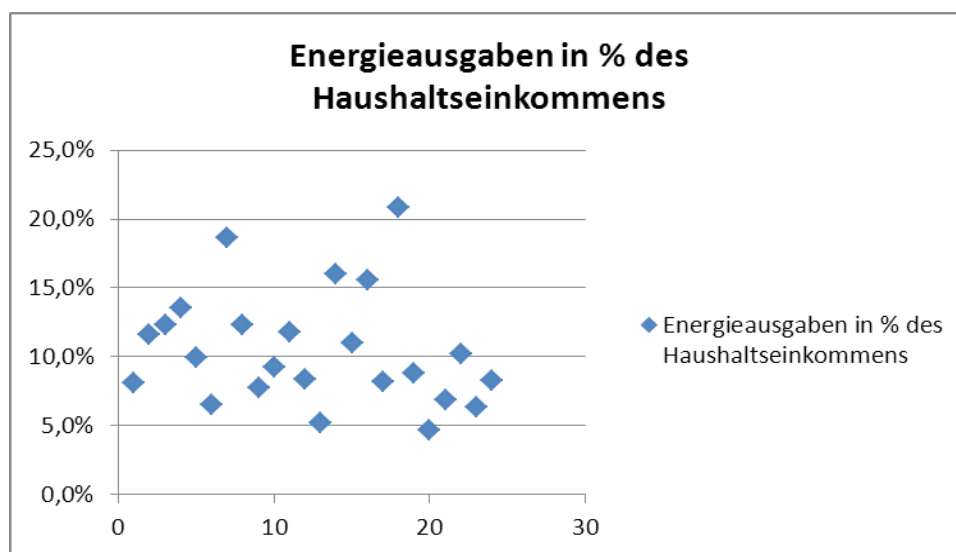


Abbildung 6: Energieausgaben der armen und armutsgefährdeten Befragten in Prozent des Haushaltseinkommens

Quelle: Darstellung nach NELA (2011: 21)

Der durchschnittliche Haushaltsstromverbrauch der armen und armutsgefährdeten Haushalte im Sample liegt im Durchschnitt bei 2385 Kwh/ Jahr und damit kaum unter dem österreichischen Durchschnittswert von 2400 Kwh/Jahr (vgl. Wegscheider-Pichler 2009: 9). Die Unterschiede zwischen den Minimal- und den Maximalwerten der Befragten betragen jedoch, obwohl Personen mit Stromheizung ausgenommen wurden, mehr als das 5-fache. Ein ähnliches Bild zeichnet sich hinsichtlich des Verbrauchs an Heizenergie, auch hier liegt der Durchschnittsverbrauch im Sample mit 6589 Kwh/ Jahr nur geringfügig über dem österreichischen Durchschnitt von 6474 (ebd.). Die Unterschiede zwischen dem geringsten und dem höchsten Heizverbrauch im Sample liegen jedoch auf den Quadratmeter Wohnfläche berechnet bei mehr als dem 5-fachen, bei einer Berechnung pro Person gar bei fast dem 7-fachen. Die großen Verbrauchsunterschiede können zwar durch eine unterschiedliche Energieeffizienz der Gebäude erklärt werden, verweisen jedoch auch auf die Heterogenität im Energieverbrauchsverhalten.

4.2. „Heizen“ aus praxistheoretischer Perspektive

Im Folgenden wird exemplarisch die Heizpraktik armer und armutsgefährdeter Haushalte analysiert. Eine Fokussierung auf diesen Untersuchungsbereich erscheint mit aus mehreren Gründen angebracht.

Erstens stellt der Energieaufwand für Raumwärme in österreichischen Haushalten die bei weitem größte Nutzkategorie dar. Während Warmwasserbereitung und Haushaltsgeräte ungefähr ein Viertel des Energieverbrauchs ausmachen und Beleuchtung bzw. die Nutzung von EDV-Geräten gerade einmal für etwas mehr als 3% des Bedarfs ursächlich sind, werden fast 70% des häuslichen Energiekonsums durch das Temperieren der Wohnräume verursacht (vgl. Wegscheider-Pichler 2009: 34ff.).

Zweitens kann der Heizpraktik auch in Hinblick auf die in Kapitel 3 erörterten Dimensionen von Nachhaltigkeit besondere Relevanz zugesprochen werden. In Wien sind mehr als zwei Drittel der zur Raumheizung verwendeten Energieträger fossilen Ursprungs, es wird also hauptsächlich mit Gas, Öl oder Kohle geheizt (vgl. Statistik Austria 2011:2). Diese Nutzung nicht-erneuerbarer Ressourcen widerspricht den Handlungsrichtlinien ökologischer Nachhaltigkeit: die mit ihr verbundenen CO²-Emissionen implizieren einen Stoffeintrag in die Umwelt, dessen Auswirkungen in Form des globalen Klimawandels unabwägbare Einschränkungen der *regulation functions* der Natur bedeuten. Die Heizpraktik betrifft jedoch auch klar die soziale Dimension von Nachhaltigkeit, insbesondere das Grundbedürfniskonzept. Während die Versorgung mit Brennstoffen in der Literatur einerseits bereits explizit als erweitertes materielles Grundbedürfnis genannt wird (vgl. Nagel 1985: 35ff.), kann andererseits die Erhaltung einer angemessenen Raumtemperatur auch als Teil der *core basic needs* eingestuft werden, da sie ein wesentliches Element einer adäquaten Unterkunft ist und die Befriedigung physiologischer Bedürfnisse betrifft.

Drittens hat sich im Zuge der Mitarbeit an NELA herauskristallisiert, dass die Einnahme einer praxistheoretischen Perspektive auf die Interviews am ehesten durch eine Untersuchung der sozialen Praktik „Heizen“ realisierbar ist. Die im Rahmen des Projekts durchgeführten Erhebungen betrafen zwar auch andere *doings&sayings*, die in direktem Zusammenhang mit Energieverbrauch stehen, wie etwa Wäschewaschen, Duschen, Kochen, Abwaschen oder Mobilität. Ein analytisches Erfassen der konstituierenden *materials*, *meanings* und *competences* dieser Praktiken wäre aufgrund

der Datenlage aber nur rudimentär möglich und wenig aufschlussreich. Es muss betont werden, dass NELA keine praxistheoretische Fragestellung verfolgte und eine solche daher durch den Charakter des Untersuchungsmaterials limitiert ist.

Für die Anwendung des praxistheoretischen Analysemodells nach Shove/Pantzar auf die im Rahmen von NELA erhobenen Interviews konnte auf verschiedene Auswertungsinstrumente zurückgegriffen werden, von denen die besagten Porträts und die aus ihnen hervorgegangene tabellarische Übersicht am wichtigsten waren. Doch auch die bereits erwähnte Kodestruktur stellte sich als bedeutsam heraus, sie umfasst 22 sogenannte *codefamilies*, welche die insgesamt 162 verwendeten Einzelkodes in thematische Gruppen gliedern. Durch die Kodestruktur konnte im Bedarfsfall rasch zu den entsprechenden Interviewpassagen zurückgefunden werden, was eine vertiefende Bezugnahme auf markante Details erheblich erleichterte. Zudem bot sich die Möglichkeit abzuschätzen, inwiefern die Interviews Rückschlüsse auf die *materials*, *meanings* und *competences* der Heizpraktik zulassen.

4.2.1. Materials: objects, equipments and bodies

Die monetäre Situation armer und armutsgefährdeter Menschen kann als ökonomisches *equipment* begriffen werden, welches als finanzieller Kontext jeglicher sozialer Praktiken die alltägliche *performance* dieser sozialen Gruppe limitierend prägt. Durch finanzielle Deprivation begrenzte Handlungsoptionen betreffen den Kernbereich sozialer Nachhaltigkeit, da sie ein deutliches Hindernis für die anzustrebende Erhöhung des individuellen Selbstbestimmungsgrades darstellen (vgl. Kapitel 2.3.4.3). Diese Problemlage trifft auch für die im Sample Befragten zu: „Aufgrund des niedrigen Haushaltseinkommens sind viele Haushalte durch mehr oder weniger große Einschränkungen gekennzeichnet. Leben mit Schulden, Leben ohne Rücklagen und Sparen als Lebensmaxime sind häufig zu finden“ (Brunner/ Spitzer/ Christanell 2011 : 327).

Den finanziellen Gegebenheiten entsprechend wohnen die interviewten Personen fast ausschließlich zur Miete, teils in Gemeindebauten, teils in anderen mehrstöckigen Zinshäusern. Die Energieeffizienz der beheizten *objects* ist in vielen Fällen verbesserungswürdig, da die Domizile meist älteren Erbauungsjahres sind und über eine

schlechte Isolierung verfügen. Gerade bei Menschen in andauernder, manifester Armut kann die Wohnsituation als prekär bezeichnet werden, da in den desolaten Wohnungen manchmal seit vielen Jahren keine Renovierungen oder Reparaturen vorgenommen wurden. Diese Personen (im Sample sind es vor allem MindestpensionistInnen und Langzeitarbeitslose, vgl. NELA 2011: 25) haben zwar den Vorteil eines niedrigen Mietzinses und geben zum Teil mehr Geld für Energierechnungen als für die Miete aus, müssen jedoch oft mit einer eingeschränkt funktionstüchtigen Grundausrüstung zurechtkommen.

Auch Haushalte mit Wohnung im Erdgeschoss sind in ihrer Heizpraktik mit besonders widrigen Bedingungen konfrontiert. Durch die Parterrelage kann wenig bis gar nicht von der Übertragungswärme benachbarter Wohnungen profitiert werden, die kalten Außenwände sind schwer zu erwärmen, oftmals feucht oder schimmeln sogar. Entsprechend stark ist der Wunsch nach einer Verbesserung der Wohnsituation, in den Worten Herrn Mittermayrs:

„Irgendwann, irgendwas was ich verändern täte, dass ich nie mehr eine Wohnung im Parterre möchte. Weil das von unten, ich sagen Ihnen wenn ich sitze, in die Schlapfen ohne Socken, auch wenn geheizt ist, habe ich eiskalte Füße [...] also von da gibt es auch eine, also wenn ich auf die Mauer greife, das ist wie wenn ich auf einen Eiskasten greife. Das kann ich gar nicht so ausheizen. Da müsste ich das ganze Jahr durchheizen.“

Eine andere in den Interviews häufig angesprochene materielle Komponente sind alte oder kaputte Fenster, die etwa von einem Drittel der befragten Personen als problematisch bezeichnet werden. Undichte Fenster werden als einer der Hauptgründe für Energieverschwendung identifiziert, da durch die Zugluft die Raumtemperaturen schneller absinken und so ein erhöhter Heizbedarf besteht.

Vereinzelt wird die vermehrte Luftzirkulation jedoch nicht unbedingt als Nachteil interpretiert, Herrn Pförtner zum Beispiel führt als positiven Nebeneffekt etwa eine verbesserte Luftqualität an.

Wie sehr die Verfassung der Gebäudehülle, der Fensterzustand und die Lage der Wohnung den Verbrauch an Heizenergie mitbestimmen, offenbart sich auch im Blick auf jene Minderheit der InterviewpartnerInnen, die in sanierten oder kürzlich renovierten Wohnungen lebt. Diese hat im Vergleich zu Befragten in prekärer Wohnsituation wesentlich geringere Energieausgaben, was maßgeblich auf eine verbesserte Energieeffizienz der Gebäude und gut abdichtende Fenster zurückgeführt

werden kann. In Einzelfällen bewirken die günstigen thermischen Rahmenbedingungen sogar, dass gar nicht mehr geheizt werden muss. Frau Müller hat beispielsweise seit mehr als 8 Jahren praktisch keine Heizkosten mehr und meldet ihren Fernwärmebezug nur wegen des Gedankens an einen plötzlichen Wintereinbruch nicht ab.

Als Zwischenergebnis kann festgehalten werden, dass die bislang erklärten Aspekte der *materials* große Hindernisse für eine nachhaltige Heizpraktik der InterviewpartnerInnen darstellen können. Eine mangelnde Energieeffizienz der Wohnung führt zwangsläufig zu einem erhöhten Bedarf an Heizenergie, was aus ökologischer Sicht teilweise einen bedenklichen Mehrverbrauch an nicht-erneuerbaren Energieträgern impliziert. Auch hinsichtlich der sozialen Dimension von Nachhaltigkeit ist diese Situation zu kritisieren, da die zusätzlichen Kosten sich negativ auf die bereits schwierige Finanzlage der Haushalte auswirken, von den Betroffenen zur Befriedigung ihres physiologischen Wärmebedürfnisses jedoch in Kauf genommen werden müssen. Wie noch im Teil zu den *meanings* genauer erläutert wird, begegnen viele der Befragten dieser Problematik mit der Entwicklung von Genügsamkeit, passen also ihre eigenen Bedürfnisse ihren materiellen Bedingungen an.

Die Interviewauswertung ergab, dass neben den Charakteristika des bewohnten *objects* auch das *equipment*, also die verwendete Heiztechnologie, für die Ausprägung der Heizpraktik relevant ist.

Gut 40% der interviewten Personen heizen mittels Fernwärme, der Großteil von ihnen ist mit dieser Heizform sehr zufrieden. Einer der größten Vorteile ist, dass die Heizleistung stets in allen Räumen verfügbar ist - eine Erfahrung, die von manchen der Befragten nicht als selbstverständlich empfunden wird (vgl. NELA 2011: 29). Eindeutig negativ werden hingegen die relativ hohen Kosten einer Fernwärmeheizung beurteilt, wobei die monatlich anfallenden Grundkosten gerade bei Personen mit geringem Verbrauch Unmut erregen: sie nehmen relational einen umso höheren Anteil ein, je weniger der Haushalt insgesamt an Heizenergie verbraucht. Frau Müller etwa, die ihre energieeffiziente Wohnung gar nicht mehr beheizt, echauffiert sich über die vermeidbaren Kosten:

„Ich könnte eigentlich die Fernwärme abmelden und ich zahle eigentlich die Fernwärme nur wegen dem Anschluss, und das finde ich auch eine Frechheit. [...] Ja das ist schon heftig, ja. Grundgebühr für nichts eigentlich. Nur weil da jetzt die Heizkörper stehen.“

Ein sparsames Heizen schlägt sich bei einer Fernwärmeheizung demnach nicht automatisch in einer merklich niedrigeren Abrechnung nieder, was bei den InterviewpartnerInnen auf entsprechendes Unverständnis stößt. Damit verringert sich für die Haushalte auch der ökonomisch-rationale Anreiz zu ressourcenschonendem Verhalten. Die Grundkosten decken jedoch alle erforderlichen Wartungsarbeiten und im Falle eines Defekts auch die Reparatur der Geräte ab. Anders als etwa bei einer defekten Gastherme stehen die Haushalte demnach nicht vor überraschenden und kaum kaum zu bewältigenden finanziellen Investitionserfordernissen.

Ein technisches Spezifikum der Fernwärmeheizung ist die Heizkostenabrechnung mittels Verdunstungszähler, deren Funktionsweise unterschiedlich verstanden wird und mitunter für eine ineffiziente *performance* ursächlich ist. Da das individuelle Technikverständnis jedoch als Teil der praxiskonstituierenden *competences* einzuordnen ist, wird dieser Aspekt im entsprechenden Abschnitt weiter unten behandelt.

21 Personen des Samples heizen ihre Wohnung mit Gas, was ebenfalls einem Anteil von etwa 40% entspricht. Von den Befragten werden ähnliche Vorteile wie bei der Fernwärmeheizung genannt: die Wärme ist stetig und in allen Räumen disponibel, wobei die Raumtemperatur dem Bedarf entsprechend auch kurzfristig geregelt werden kann. Da eine Gasheizung im Vergleich zur Fernwärme mit wesentlich geringeren Grundkosten verbunden ist, wird sie auch als relativ preiswerte Heizungsform angesehen. Wie auch im NELA-Endbericht betont wird, zählt besonders die einfache Handhabung und die Kontrollmöglichkeiten eines Thermostats zu den Vorzügen dieses *equipments*: „InterviewpartnerInnen ohne Thermostat in der Wohnung wünschen sich einen solchen vor allem aufgrund der Möglichkeit konstante Wärme zu halten, was als kostengünstiger eingeschätzt wird.“ (NELA 2011: 31).

Eine Schattenseite der Gasheizung besteht jedoch in den hohen Preissteigerungen des Energieträgers, die das Budget der armen- und armutsgefährdeten Haushalte überlasten kann und häufig zu unabschätzbaren Nachzahlungen oder gar Energieabschaltungen führt. Frau Jovanovic zum Beispiel konnte ihre Jahresnachzahlung nur mit Hilfe des Sozialamts begleichen.

Sechs InterviewpartnerInnen heizen mit Strom, wobei sich die betreffenden Personen über die damit verbundenen Kosten meist im Klaren sind, also über das entsprechende *knowledge* verfügen. Diese Heizform wird daher in der Regel nicht aus freien Stücken, sondern aus einer Notlage heraus gewählt und nach Möglichkeit nur als Zusatzheizung genutzt, zumal sie ein Erwärmen der Wohnräume auf eine als angenehm empfundene Temperatur meistens nicht ermöglicht. In drei Fällen des Samples musste nach einem Defekt der altersschwachen Gasheizung auf elektrische Heizstrahler und Elektroradiatoren zurückgegriffen werden, wobei für zwei Befragte die Kosten einer Reparatur nicht leistbar waren. Sie sind daher weiterhin auf ihre Stromheizung angewiesen, die Not- hat hier sich zu einer Dauerlösung gewandelt. Die Nachteile des Heizens mit Strom zeigt sich auch bei zwei anderen Haushalten, die ihre Wohnungen mit Nachtspeicheröfen erwärmen. So klagt Frau Loidolt über die mangelnde Praktikabilität des Heizsystems:

„Wissen Sie, die, die nur in der Nacht aufheizen und dann müsste man mit Ventilator untertags die Wärme raus blasen, was ein Ur-Lärm ist und Staub aufwirbelt. [...] Also ähm so richtig regeln, also was man unter Regeln versteht wie bei einer Gasetagenheizung, dass man das auf- und abdreht und das relativ schnell reagiert, gibts bei dieser Nachtspeicherheizung nicht.“

Als vierte Variante der im Sample vertretenen Heizformen ist das Heizen mit Einzelöfen zu nennen, das jedoch nur in 2 der 50 befragten Haushalte praktiziert wird. Die Vorzüge dieses *equipments* liegen aus Sicht der NutzerInnen vor allem in der guten Kontrolle der Heizkosten und der Preisstabilität der verfeuerten Energieträger. Nachteilig ist jedoch, dass das Erwärmen der Räume aufwändiger ist, die Temperaturen in der Nacht zwangsläufig absinken und die Versorgung mit Brennstoffen einen erheblichen Arbeitsaufwand darstellt.

Hinsichtlich des *equipments* der Heizpraktik in armen und armutsgefährdeten Haushalten stellt sich heraus, dass jede der besprochenen Heizformen unterschiedliche Chancen und Hindernisse zu einem sozial wie ökologisch nachhaltigen Energieverbrauch beinhalten.

Mit das größte Potential lässt sich meiner Ansicht nach beim Heizen mit Einzelöfen verorten, besonders wenn dazu der biogene Energieträger Holz verwendet wird. Da Menschen in prekären Lebens- und Wohnsituationen meist über sehr begrenzte finanzielle Spielräume verfügen, ist das Argument der geringen Brennstoffkosten und

der guten Kostenkontrolle nicht zu unterschätzen. Gleichzeitig findet beim Verbrennen von Holz kein gesteigerter Stoffeintrag in die natürlichen Ökosysteme statt, da nur soviel CO² emittiert wird, wie zuvor durch den Wuchs der Bäume gebunden wurde. Auch seitens des Lebensministeriums wird das Heizen mit Holz als kostengünstige und klimaneutrale Heizform propagiert, die zudem einen Beitrag zur Energieautarkie Österreichs leiste. Dabei wird jedoch berechtigterweise auf die Relevanz der *competences* verwiesen, da ein unsachgemäßer Gebrauch von Einzelöfen ökologische wie gesundheitliche Probleme aufwirft:

„Die Belastung der Umgebungsluft mit Feinstaub führt zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen, welche die Lebenserwartung signifikant herabsetzen können. [...] So führen beim Heizen mit Holz veraltete Öfen, schlechte Wartung, falsche Bedienung und das Mitverbrennen von Abfällen zu beträchtlichen Schadstoffemissionen.“ (<http://www.lebensministerium.at/umwelt/luft-laerm-verkehr/richtig-heizen.html>).

Auch die Heizung per Fernwärme ist in ökologischer Hinsicht positiv zu bewerten. Eine Untersuchung der Austrian Energy Agency attestiert der Wiener Fernwärmeversorgung in Hinblick auf Ressourcennutzung und Klimabilanz ein gutes Abschneiden (vgl. AEA 2011: 2), die Agentur verweist darüber hinaus in einer anderen Studie auf eine konsequente Steigerung des Biomasseanteils bei der Fernwärmegewinnung (vgl. AEA 2009: 1ff.). Abseits der ambivalenten Rolle der Grundkosten scheint diese Heizform den InterviewpartnerInnen zudem eine weitgehende Erfüllung ihrer Wärmebedürfnisse zu ermöglichen, eher als dies etwa bei der Einzelofen-Heizung der Fall wäre. Diese Aussage trifft auch auf die Gasheizungen zu, deren fossile Energiegrundlage jedoch in dieser Arbeit bereits mehrmals kritisiert wurde.

Das Nutzen elektrischer Heizsysteme ist hingegen aus der Perspektive sozialer Nachhaltigkeit durchwegs abzulehnen. Regelmäßig verwendete Elektroheizungen verursachen hohe Energiekosten und widersprechen mit ihrer geringen Heizleistung dem zentralen Ziel einer holistischen Sicherung der menschlichen Gesundheit.

Bodies haben in den vorhandenen Daten eine vergleichsweise untergeordnete Relevanz. Zwar stellt das Heizen ein Thema dar, welches vor allem in der kalten Jahreszeit täglich präsent und hinsichtlich der zu bewältigenden Energiekosten belastend ist. Dabei spielen in vielen Fällen auch physische oder psychische Erkrankungen wie Burn-Out-Syndrome, Depressionen oder Alkoholismus eine Rolle. Die Interviews geben aber

kaum Aufschluss darüber, inwiefern der Körper als Träger inkorporierter Fähigkeiten und Emotionen die Heizpraktik der InterviewpartnerInnen konkret beeinflusst. Eine Ausnahme sind durchlebte Kälteerfahrungen, die von 6 der 50 Befragten genannt werden. Die Personen haben wegen ihrer Erlebnisse ein höheres Wärmebedürfnis und sehen sich auch in ihren Heizgewohnheiten dadurch geprägt.

Auf die gesamte Ebene der *materials* bezogen lässt sich festhalten, dass arme und armutsgefährdete Haushalte nur beschränkten Einfluss auf die für ihre Heizpraktik relevanten *objects* und *equipments* haben. Den schwierigen monetären Rahmenbedingungen kommt hier eine Schlüsselrolle zu, da für Investitionen in Wärmedämmungen, neue Fenster oder effektivere Heizsysteme schlicht das Geld fehlt. Da sich die Befragten ausnahmslos in einem Mietverhältnis befinden, spielt dabei auch die Frage des langfristigen individuellen Nutzens eine Rolle. Oftmals bleibt nur die Hoffnung auf einen etwaigen Umzug in eine thermisch vorteilhaftere Wohnung. Dementsprechend versuchen viele InterviewpartnerInnen ihre *performance* durch Maßnahmen mit geringem finanziellen Aufwand energieeffizienter zu gestalten. Dazu zählt etwa das behelfsmäßige Abdichten desolater Fenster mit aufgeklebten Gummilippendichtungen, in Haushalten mit Doppelfenster werden oftmals Decken und Polster in die Zwischenräume der Fenster gestopft. Ebenso wird versucht, den Luftzug mit Vorhängen oder ähnlichem zu mindern. Frau Birkovac zum Beispiel erstand zu diesem Zweck ein Rollo und ist mit dem Effekt dieser günstigen Investition sehr zufrieden. Zusammenfassend muss aber nochmals darauf hingewiesen werden, dass in vielen Fällen die prekäre finanzielle Situation der InterviewpartnerInnen ein gravierendes Hindernis für das Erlangen individueller Handlungsmöglichkeiten darstellt.

4.2.2. Meanings: purpose, emotions, beliefs and understandings

Ein übergreifender Aspekt bei den die Heizpraktik determinierenden *meanings* sind die spezifischen Vorstellungen der Befragten hinsichtlich der als angemessen und angenehm empfundenen Raumtemperaturen. In ihrem Aufsatz „Converging Conventions of Comfort, Cleanliness and Convenience“ untersucht Elisabeth Shove den Zusammenhang zwischen technischen Innovationen im Bereich des häuslichen

Energiekonsums und der Entwicklung gesellschaftlicher Standards von Normalität. Die Autorin gelangt dabei zu dem Schluss, dass das Aufkommen von Zentralheizungen und Klimaanlage wesentliche Auswirkungen auf das allgemeine Verständnis von Komfort und den Ressourcenverbrauch hatte. Sie konstatiert eine Kausalität, die sie mit der Funktionsweise eines Klinkenrades vergleicht: je einfacher und unproblematischer eine Technik das Heizen aller Räume ermöglicht, umso eher verfestigte die Vorstellung einer konstant hohen Raumtemperatur als kollektive Konvention. Die verwendete Metapher verweist darauf, dass diese Entwicklung als quasi unumkehrbar begriffen wird. Shove geht davon aus, dass ein einmal erreichtes Komfortverständnis kaum mehr reduziert wird und sich auf die Praktiken der Individuen auswirkt. (vgl. Shove 2002: 2ff.).

Auch die im Rahmen von NELA durchgeführten Interviews bestätigen Shoves Annahme einer durch die Vorstellung von Wohlbefinden und Normalität geprägten Heizpraktik. Wie jedoch auch im Endbericht des Projekts betont wird, senken viele InterviewpartnerInnen ihre Ansprüche und passen sie ihrem Budget und ihrer Wohnsituation an:

„Wie hoch diese Wohlfühltemperatur ist und in welchen Räumen sie als notwendig erachtet wird, ist das Ergebnis eines nur teilbewussten Prozesses der Angleichung der eigenen Bedürfnisse an die jeweilige Lebenslage.“
(NELA 2011: 33,34).

Wie der Einzelfall von Frau Janosch zeigt, läuft dieser Angleichungsprozess anscheinend eher langsam ab. Ihren Angaben zufolge konnte Frau Janoschs finanzielle Situation noch bis vor kurzem als privilegiert bezeichnet werden, sie lebte in einem stattlichen Einfamilienhaus und verfügte über ein hohes Einkommen. Nach der Insolvenz ihrer Firma war sie gezwungen Kredite aufzunehmen und bezieht seither Sozialhilfe. Sie hat große Schwierigkeiten ihre Heizkosten zu bezahlen, ihr wurden deswegen bereits mehrmals bevorstehende Energieabschaltungen angekündigt. Dennoch richtet sich Frau Janosch in ihrer *performance* immer noch nach ihren bisherigen Komfortvorstellungen, die eine ganztägige Temperatur von 24 Grad und eine leichte Bekleidung beinhalten.

Das subjektive Verständnis von Normalität ist bei den Befragten oftmals eng mit der sozialen Norm einer effizienten Haushaltsführung verknüpft. Ein Heizen über „das Nötige“ hinaus wird dann als Verschwendung interpretiert, das gleichmäßige Erwärmen aller Räume wird von einigen InterviewpartnerInnen sogar als Luxus angesehen.

Sparsamkeit und Genügsamkeit sind daher in vielen Haushalten handlungsleitende *understandings*, die eindeutig in der *performance* der Heizpraktik niederschlagen. So heizen mehr als 40% der Interviewten nur jenen Raum ihrer Wohnung auf Wohlfühltemperatur, in dem sie sich hauptsächlich aufhalten. Schlafzimmer, Küche oder Sanitärräume bleiben hingegen oft unbeheizt, hier wird eine niedrigere Raumtemperatur angesichts der Kostenersparnis in Kauf genommen. Ein ebenso weit verbreitetes Phänomen ist das Tragen von Winterkleidung in der Wohnung, gut ein Drittel der Befragten zieht sich auch innerhäusig dicke Socken und warme Pulllover an bzw. hüllt sich in mehrere Schichten Kleidung. Beide Verhaltensweisen wurden bei NELA als „Suffizienzstrategien“ (NELA 2011: 33) bezeichnet – ein Terminus, der meiner Ansicht nach in diesem Zusammenhang zu kritisieren ist. Wie bereits erläutert wurde, impliziert ein enges Suffizienzverständnis zwar einen individuellen Konsumverzicht und eine Orientierung an Bescheidenheit und Genügsamkeit (vgl. Kapitel 2.4.3). Die durch das *understanding* der Sparsamkeit bestimmte Heizpraktik der armen und armutsgefährdeten Haushalte ist jedoch fast ausnahmslos im Kontext von Mangel und Einschränkung zu verorten und somit nicht Ausdruck einer autonom gefällten Wertentscheidung, sondern einer unfreiwilligen Selbstbeschränkung. Auch wird das Ziel einer adäquaten Bedürfnisbefriedigung von den Interviewten durch das selektives Heizen und die warme Bekleidung nicht immer erreicht, fünf Befragten gelingt es zum Beispiel nicht einmal zumindest einen Raum auf eine angenehme Temperatur zu erwärmen. Eine Selbstbeschränkung aus Sparsamkeit ist daher ambivalent zu beurteilen. Einerseits ist eine derartig motivierte, ressourcenschonende *performance* aus ökologischer Sicht durchaus erstrebenswert und stellt eine große Chance für die Realisierung einer nachhaltigen Lebensweise auch unter prekären Bedingungen dar. Andererseits widerspricht es dem Gedanken einer intragenerativen Gerechtigkeit, wenn arme und armutsgefährdete Haushalte aus ökonomischen Gründen zu einer „negativen“ Suffizienz gezwungen sind.

Den Aspekt der subjektiven Normalität nochmals aufgreifend zeigt sich in der Interviewanalyse jedoch auch, dass viele der Befragten die praktizierten Sparmaßnahmen beim Heizen gar nicht als Einschränkung, sondern als Selbstverständlichkeit der täglichen Lebensführung sehen. Oft wurde ein solcher „Sparhabitus“ (NELA 2011: 35) bereits in der Kindheit ausgebildet oder sich im Zuge einer jahrelang andauernden Armutssituation entwickelte. Der Begriff „Sparen“ ist dann

dementsprechend negativ konnotiert und wird mit einem Unterschreiten der persönlichen Wohlfühlgrenze in Verbindung gebracht.

Ökologisches Bewusstsein scheint als *belief* nur begrenzten Einfluss auf die Heizpraktik der Haushalte zu haben und ist für die Meisten als Motiv für einen ressourcenschonenden Verbrauch von Heizenergie im Vergleich zu Kostenerwägungen eher von nachrangiger Bedeutung. Nur in Ausnahmefällen dominiert der Wunsch nach einer ökologisch nachhaltigen Lebensführung die *performance* und ist dann auch oft mit der persönlichen Biographie verknüpft. So sieht sich etwa Herr Tauschek klar durch die Umweltbewegung der 1980er Jahre sozialisiert, auch Herr Pförtner glaubt, dass seine eigenen ökologischen Einstellungen durch sein Elternhaus geprägt wurden.

Ein wesentlich bedeutsameres *meaning* ist hingegen die Präsenz von Kindern im Haushalt, in mehr als der Hälfte der befragten Familien richtet sich die Raumtemperatur nach dem vermuteten höheren Wärmebedürfnis des Nachwuchses. Zum Teil wird angenommen, dass kühle Räume der Gesundheit der Kinder abträglich sind, weshalb die Eltern dann auch bereit sind mehr Geld fürs Heizen auszugeben als ursprünglich vorgesehen. Auch das Bestreben den Kindern ein „besseres Leben“ zu bieten kann Grund für eine intensivierete Heizpraktik sein. Nur in zwei Fällen gaben die befragten Eltern an, ihre Kinder durch niedrige Temperaturen an einen sparsamen Umgang mit Heizenergie gewöhnen zu wollen.

Hinsichtlich der mit der Heizpraktik verbundenen *emotions* waren die Interviews nur bedingt aussagekräftig. Energierechnungen und die Angst vor Abschaltungen verursachen bei vielen InterviewpartnerInnen eine emotionale Belastungssituation, die sich im Wechselspiel von monetären Engpässen und psychischen Problemen noch verstärkt. Gerade wenn eine Wohnung aufgrund ineffizienter Heizsysteme oder finanzieller Restriktionen nicht auf Wohlfühltemperatur geheizt werden kann, stellt sich bei den Betroffenen ein Gefühl des Ausgeliefertseins ein. Der Erhalt der Jahresabrechnung löst bei mehr als einem Fünftel der Befragten massive Beklemmungen aus, etwaige Nachzahlungen werden oft als Schock erlebt. Hierbei wird klar, dass diese *emotions* eng mit Unzulänglichkeiten der *materials* verknüpft sein können: da den InterviewpartnerInnen keine zeitnahen Rückmeldesysteme über den tatsächlichen Energieverbrauch ihrer *performance* zur Verfügung stehen, trifft sie die Abrechnung mitunter vollkommen unvorbereitet.

4.2.3. Competences: skills and knowledge

Die Komponente der *competences* wurde im Auswertungsprozess des Projekts NELA vor allem durch den Kode „Energiewissen“ erfasst, der nicht speziell auf die Heizpraktik der befragten Haushalte ausgerichtet war und vor sich allem auf die Informationsquellen der Befragten zum Thema Energieverbrauch und Geräteeffizienz bezog. Die meisten Befragten erhalten ihr *knowledge* en passant durch Medienkonsum oder vereinzelt auch im Gespräch mit Bekannten, nur in wenigen Fällen wird gezielt nach Informationen recherchiert.

Wie am Beispiel der Kostenabrechnung bei Fernwärmeheizungen ersichtlich, ist aber sowohl die individuelle Aneignung von Technik als auch der Wissensstand über die Funktionsweise der verwendeten *materials* für die *performance* der Heizpraktik mitbestimmend. Beim Wiener Fernwärmeheizsystem erfolgt die Ermittlung des Energieverbrauchs mittels Verdunstungszählern an den Heizkörpern, während sich die Grundkosten alleinig an der Quadratmeterzahl der Wohnung ergeben. Für manche InterviewpartnerInnen ist diese Kalkulation jedoch unverständlich. Sie gehen stattdessen davon aus, dass pro genutztem Heizkörper bezahlt werden muss und versuchen daher ihre komplette Wohnung mit einer möglichst geringen Anzahl an Heizkörpern zu erwärmen. Frau Milich etwa beheizt ihr Domizil am Tag wie in der Nacht mit lediglich zwei Heizkörpern auf eine Temperatur von 28 Grad, glaubt aber zugleich dabei Heizkosten einzusparen. Dies zeigt, dass Technikverständnis sich nicht immer an rationalen Fakten orientiert, mitunter aber hohe Energiekosten verursachen kann.

Knowledge umfasst im praxistheoretischen Modell von Shove/Pantzar auch den Aspekt formaler Regeln und Vorschriften, der jedoch in den Interviews bedauerlicherweise nicht abgefragt wurde und daher kaum zu eruieren ist. Als belegbares Beispiel lässt sich lediglich der Vertragszwang zur Fernwärmennutzung benennen, der beim Bezug einer Gemeindewohnung besteht und von den meisten NutzerInnen dieser Heizform kritisiert wird.

Auch die unmittelbar der Heizpraktik zurechenbaren *skills* bleiben im untersuchten Material unterbelichtet, über denkbare Aspekte wie die korrekte Bedienung der Heizsysteme lassen sich anhand der Datenlage keine belastbare Aussagen treffen. Wird der Rahmen weiter gefasst, kann jedoch das Finanzmanagement der interviewten

Personen als in diesem Zusammenhang relevante Fähigkeit identifiziert werden. Die Verwaltung vorhandener finanziellen Ressourcen und der Umgang mit Energierechnungen entscheidet mitunter darüber, ob die Heizpraktik umgesetzt werden kann oder nicht. Dies zeigt sich besonders bei jenen Befragten, deren Budget chronisch überlastet ist. Gut 10% der InterviewpartnerInnen können ihre Rechnungen regelmäßig nicht bezahlen und sind daher von einer Energieabschaltung oder gar Delogierung bedroht. Frau Radonsic beispielsweise ist hoch verschuldet, mit ihrer Situation vollkommen überfordert und hat aus diesem Grund schon seit über einem Jahr keine Heizung mehr. Andere sind nur gelegentlich mit finanziellen Engpässen betroffen und können der Problematik einer Abschaltung durch gezieltes Ausreizen von Zahlungsfristen oder der Vereinbarung Ratenzahlungen entgehen, ihr *skill* des Finanzmanagements hilft ihnen ihre Wärmebedürfnisse befriedigen zu können.

Zusammenfassend muss festgestellt werden, dass die Interviews in Bezug auf die determinierenden *competences* der Heizpraktik nur beschränkt aufschlussreich sind, was auf die originäre Zielsetzung Perspektive des Projekts NELA und den Charakter der Erhebung zurückzuführen ist. Hinsichtlich der Nachhaltigkeitspotentiale bei armen und armutsgefährdeten Haushalte wären vertiefte Erkenntnisse über den Wissensstand und die Fähig- wie Fertigkeiten der Interviewten jedoch erstrebenswert, da diese beiden Aspekte zentrale Bestandteile der Kommunikation von Nachhaltigkeit und auch Gradmesser für den Erfolg von Energieberatungen sind.

5. Resümee

Wie die theoretisch-analytische Herleitung des Nachhaltigkeitskonzept gezeigt hat, zeichnet sich dieses durch eine große interdisziplinäre Spannweite aus. Die im Kontext entwicklungspolitischer Debatten gewachsene Integration sozial-, wirtschafts- und naturwissenschaftlicher Ansätze verweist auf das vielseitige Potential des Konzepts. Ein solches ist auch gefragt: die sich aus dem grundlegendem Spannungsverhältnis zwischen einer sich intensivierenden anthropogenen Naturaneignung und den Grenzen der Ökosysteme ergebenden Problemlagen weisen ein hohes Maß an Dringlichkeit und Komplexität auf. Durch die Effekte einer fortschreitenden Globalisierung wird dieses noch erhöht und in seiner Qualität laufend modifiziert. Phänomene wie der Klimawandel oder die Bedrohung der Artenvielfalt stellen Herausforderungen dar, die auf internationaler Ebene mitunter zu einer Überlastung der politischen Strukturen geführt haben (vgl. Wissen 2010: 30). Dementsprechend bedarf es eines Ansatzes, welcher die Probleme in ihrer Vielschichtigkeit bzw. Verwobenheit erfasst und damit die Grundlage zu einer adäquaten Bearbeitung im nationalen wie internationalen Rahmen bereitstellen kann.

Die analytische Durchdringung des Nachhaltigkeitsdiskurses macht jedoch klar, dass diese Anforderung sowohl in der wissenschaftlichen, als auch in der politischer Diskussion zu einer nahezu unüberschaubaren Bandbreite an Konzeptualisierungen und Prämissen geführt hat. Auch das verbindende Element des Gerechtigkeitspostulats schafft diesbezüglich nur bedingt Kohärenz. Zwar wird das auf den Brundtland-Bericht zurückgehende Kriterium einer inter- wie gleichzeitig intragenerativen Gerechtigkeit von den meisten Ansätzen als Voraussetzung betrachtet. Es bestehen jedoch divergierende Ansichten darüber, welche Ausdehnungsrichtung des Postulats Priorität haben soll. Weitere theoretische Kontroversen entspinnen sich auch hinsichtlich der Frage, welches Ausmaß der Naturaneignung zur Realisierung einer räumlichen wie zeitlichen Gerechtigkeit legitim ist. Auf der einen Seite stehen dabei VertreterInnen einer sogenannten starken Nachhaltigkeit, welche gemäß einer „*constant capital rule*“ eine möglichst ressourcenschonende Naturnutzung propagieren. Dies impliziert die Forderung nach einem Wirtschaftssystem, welches in den Grenzen des Ökosystems

seine absolute Beschränkung findet und nicht mehr am Paradigma eines immerfort steigenden materiellen Wohlfahrtsniveaus orientiert ist. Demgegenüber besteht die Auffassung, dass die Bewältigung sozialer wie ökologischer Problemlagen nur mithilfe eines kontinuierlichen Wirtschaftswachstums zu bewältigen sei. Die dazu erforderlichen Produktions- und Konsumverhältnisse können dieser Ansicht nach auch durch den irreversiblen Verbrauch ökologischer Kapazitäten bereitgestellt werden, solange dieser Verbrauch an Naturkapital durch eine Generierung von „man-made-Kapital“ ausgeglichen wird.

Solchermaßen kann festgehalten werden, dass, trotz einer etwaigen inflationären Benutzung des Wortes „nachhaltig“ im Alltagsgebrauch, das Konzept der Nachhaltigen Entwicklung keinesfalls von einer Sinnentleerung bedroht ist. Wesentlich realer scheint hingegen die Gefahr, dass es durch die Heterogenität der disziplinären Perspektiven zu einem abstrakten Sammelbecken an Meinungen und Positionen wird, welches nur in geringem Maße verbindliche Referenzpunkte geben kann und dabei die Interdependenzen der Problemlagen verschwimmen lässt. Die vertiefende Erörterung der inhaltlichen Dimensionen des Konzepts hat ergeben, dass dies in besonderem Maß für die in dieser Diplomarbeit angestrebten Verknüpfung von sozialer und ökologischer Dimension des Konzepts zutrifft. Während Aussagen über die Umweltfolgen industrieller Produktionsprozesse oder den volkswirtschaftlichen Ressourcenverbrauch relativ eindeutig anhand quantitativer Daten möglich sind, ist das Kernthema der persönlichen Bedürfnisbefriedigung und ihrer ökologischen Implikationen ungleich diffiziler zu analysieren. Wie gezeigt wurde, stellt die qualitative Anwendung praxistheoretischer Ansätze jedoch eine fruchtbare Option dazu dar, gerade bei Berücksichtigung der materiellen Einbettung sozialen Handelns. Zum einen ermöglichen die *theories of practice* eine Überwindung des Dualismus von Handlungs- und Strukturebene. Dadurch können verkürzte Erklärungsmuster, die sich entweder auf das vermeintlich rationale Verhalten individueller Akteure oder die präformierende Wirkung gesellschaftlicher Strukturen fixieren, vermieden werden. Zum anderen können durch die Fokussierung auf Haushaltsroutinen wie Heizen oder Kochen Handlungen untersucht werden, die unmittelbar mit Bedürfnisbefriedigung in Zusammenhang stehen, deren Ressourcenverbrauch aber ob der Banalität des Alltags quasi unsichtbar bleibt.

Die exemplarische Neuauswertung der NELA-Projektdaten legt den Schluss nahe, dass arme und armutsgefährdete Haushalte in ihrem Alltag nur bedingt Chancen zur Realisierung einer nachhaltigen Lebensführung haben. Wie die Analyse der sozialen Praktik „Heizen“ gezeigt hat, besteht das größte Hindernis im beschränkten finanziellen *equipment* der sozialen Gruppe. Dieses steht zum einen einer Umsetzung der beiden am häufigsten rezipierten Nachhaltigkeitsstrategien, „ökologische Effizienz“ und „Konsistenz“, im Wege. Zum anderen stellt der enge pekuniäre Rahmen, teilweise in Wechselwirkung mit der prekären Wohnsituation der Befragten, in klarem Widerspruch zu potentiellen Zielsetzungen sozialer Nachhaltigkeit. Dies betrifft in manchen Fällen sogar die Befriedigung elementarer *basic needs*, etwa wenn das Wärmebedürfnis gar nicht befriedigt werden kann oder andere Grundbedürfnisse wie Essen oder Kleidung dafür vernachlässigt werden müssen. Zudem lässt sich konstatieren, dass etliche der Haushalte ob der monetären Mittel in ihrer individuellen Selbstbestimmung merklich eingeschränkt sind. Ein über den „passiven Empfängerstatus“ (Mutlak/Schwarze 2007: 20) hinausgehendes Leben auf Basis eigener Entscheidungen scheint oftmals nicht erreichbar. Wie jedoch die Examinierung der die Heizpraktik determinierenden *meanings* offenbart, besteht hinsichtlich der Nachhaltigkeitsstrategie „Suffizienz“ in armen und armutsgefährdeten Haushalten Anschlusspotential. Da die meisten Befragten ihre Vorstellung von Normalität ihren finanziellen Gegebenheiten angepasst haben, werden niedrigere Raumtemperaturen oder das Tragen von Winterkleidung in der Wohnung nicht unbedingt als Einschränkung angesehen. In Bezug auf die Suffizienzdiskussion ist diese Chance zur Nachhaltigkeit jedoch ambivalent einzuschätzen, da dieser unleugbar ökologisch vorteilhafte Konsumverzicht nicht auf Freiwilligkeit basiert, sondern infolge einer Mangelsituation entstanden ist und damit keine bewusste Entscheidung zur Selbstbeschränkung darstellt.

6. Bibliographie

6.1. Verwendete Literatur

Austrian Energy Agency (AEA) (2009): Wärme aus erneuerbaren Energieträgern , Wien.

Austrian Energy Agency (AEA) (2011): Primärenergiefaktoren und Treibhausgasemissionen der Fernwärmeerzeugung der Fernwärme Wien GmbH , Wien.

Bauer, Yvonne (1998): Mitarbeitermotivation in Bibliotheken. In :Kölner Arbeitspapiere zur Bibliotheks- und Informationswissenschaft Band 9 , Köln.

Boardman, Brenda (2010): Fixing fuel poverty. Challenges and Solutions, London.

Brand, Karl-Werner (1999): Vision ohne Herzblut. Über die begrenzte Resonanzfähigkeit des Leitbildes der Nachhaltigkeit. In: Politische Ökologie, Nr. 63/64, S.19-22.

Brand, Karl-Werner (2010): Social Practices and Sustainable Consumption: Benefits and Limitations of a New Theoretical Approach. In: Groß, Matthias (Hrsg.): Environmental Sociology : European Perspectives and Interdisciplinary Challenges, Dordrecht, S.217-237.

Brand, Karl-Werner (2011): Umweltsoziologie und der praxistheoretische Zugang. In:Groß, Matthias (Hrsg.): Handbuch Umweltsoziologie, Wiesbaden, S.173-198.

Brunner Karl- Michael/ **Christanell**, Anja/ **Spitzer**, Markus (2011a): Energiekonsum und Armut, In: Mikl- Horke, G. (Hrsg.): Sozioökonomie: Die Rückkehr der Wirtschaft in die Gesellschaft, Marburg, S. 319-348.

Brunner, Karl- Michael/ **Chistanell**, Anja/ **Spitzer**, Markus (2011b): NELA Nachhaltiger Energieverbrauch und Lebensstile in armen und armutsgefährdeten Haushalten Endbericht, Wien.

Cole, H.S.D. (1973): Thinking about the future: a critique of the limits to growth, London.

Eblinghaus, Helga/ **Stickler**, Armin (1998): Nachhaltigkeit und Macht. Zur Kritik von Sustainable Development, Frankfurt/Main.

Egan-Krieger, Tanja von (2005): Theorie der Nachhaltigkeit und die deutsche Waldwirtschaft der Zukunft, Universität Greifswald.

Ehle, Evelyn (2008): Zukunftsfähiges Leitbild oder veraltetes Schlagwort? Zum Konzept der „Nachhaltigkeit“, München/Ravensburg.

Enquete-Kommission 'Schutz des Menschen und der Umwelt' des 12. Deutschen Bundestages (1994): Konzept Nachhaltigkeit. Vom Leitbild zur Umsetzung, Bonn.

Enquete-Kommission 'Schutz des Menschen und der Umwelt' des 13. Deutschen Bundestages (1998): Die Industriegesellschaft gestalten. Perspektiven für einen nachhaltigen Umgang mit Stoff- und Materialströmen, Bonn.

Evangelische Akademie Tutzing (2001): Tutzinger Manifest. Für die Stärkung der kulturell-ästhetischen Dimension nachhaltiger Entwicklung, Tutzing.

Giddens, Anthony (2005): The Constitution of Society: Outline of the Theory of Structuration: Elements of the Theory of Structuration, In: Spiegel, Gabrielle (Hrsg.): Practicing History. New Directions in Historical Writing after the Linguistic Turn, New York, S.121-143.

Gram-Hanssen, Kirsten (2007): Practice theory and the green energy consumer. Paper for the ESA conference, Glasgow.

Gram-Hanssen, Kirsten (2008): Heat comfort and practice theory. Understanding everyday routines of energy consumption, Aalborg University.

Groot, Rudolf de/ Wilson, Matthew/ Boumans, Roelof (2002): A typology for the classification, description and valuation of ecosystem functions, goods and services . In: Ecological Economics 41 , S. 393– 408.

Grunwald, Armin/ Kopfmüller, Jürgen (2006): Nachhaltigkeit, Frankfurt/Main.

Hauff, Volker (1987): Unsere gemeinsame Zukunft. Der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung, Greven.

Hamberger, Joachim (2010): Nachhaltigkeit und Nachlässigkeit – eine Begriffsgeschichte . Wie ein Fachbegriff zum politischen Programm wird , In: LWF aktuell 67/2010, S.32-24.

Jansen, Ludger (2005): Identität und Gemeinschaft . Neuere Beiträge zur Ontologie des Sozialen, In: Zeitschrift für philosophische Forschung 60, S.118-132.

Kaufmann, Stephan/**Müller**, Tadzio (2009): Grüner Kapitalismus, Krise, Klimawandel und kein Ende des Wachstums, Berlin.

Kleinhüchelkotten, Silke (2005): Suffizienz und Lebensstile. Ansätze für eine milieuorientierte Nachhaltigkeitskommunikation, Berlin.

Knaus, Anja/Renn, Ortwin (1998): Den Gipfel vor Augen. Unterwegs in eine nachhaltige Zukunft, Marburg.

Kopfmüller, Jürgen et al. (2001): Nachhaltige Entwicklung integrativ betrachtet. Konstitutive Elemente, Regeln, Indikatoren, Berlin.

Linz, Manfred (2002): Warum Suffizienz unentbehrlich ist, In: Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie (hrsg.): Von nichts zu viel. Suffizienz gehört zur Zukunftsfähigkeit, Wuppertal Papers Nr. 125, Wuppertal, S.7-14.

Linz, Manfred (2004): Weder Mangel noch Übermaß. Über Suffizienz und Suffizienzforschung, Wuppertal Papers Nr. 145, Wuppertal.

Littig, Beate/Grießler, Erich (2004): Soziale Nachhaltigkeit, Wien.

Luks, Fred (2006): Nachhaltigkeit, Hamburg.

Meyerhoff, Jürgen/**Schwarze**, Reimund (2007): Editorial, In: Meyerhoff, Jürgen (hrsg.): Jahrbuch Ökologische Ökonomik. Soziale Nachhaltigkeit, Marburg, S.7-12.

Mutlak, Natalie/**Schwarze**, Reimund (2007): Bausteine einer Theorie sozialer Nachhaltigkeit. In: Meyerhoff, Jürgen (hrsg.): Jahrbuch Ökologische Ökonomik. Soziale Nachhaltigkeit, Marburg, S.13-34.

Nagel, Gerhard (1985): Grundbedürfniskonzepte zur Entwicklungspolitik, München.

Nattermann, Sabine (2007): Nachhaltiges Wirtschaften im Biosphärenreservat Rhön – Evaluierung von wirtschaftlichen Impulsen und Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt , In: Ott, Erich (Hrsg.): Beiträge Region und Nachhaltigkeit 4/2007, S.99-115.

Ott, Konrad/**Döring**, Ralf (2004): Theorie und Praxis starker Nachhaltigkeit, Marburg.

Reckwitz, Andreas (2003): Grundelemente einer Theorie sozialer Praktiken: Eine sozialtheoretische Perspektive. In: Zeitschrift für Soziologie 32(4), Bielefeld, S. 282-301.

Reckwitz, Andreas (2005): Toward a theory of social practices. A development in cultural theorizing. In: Spiegel, Gabrielle M. (Hrsg.): Practicing history : new directions in historical writing after the linguistic turn, New York, S. 245-264.

Rogall, Holger (2008): Ökologische Ökonomie. Eine Einführung, Wiesbaden.

Röpke, Inga (2009): Theories of practice – New inspiration for ecological economic studies on consumption. In: Ecological Economics 68, S. 2490-2497.

Sachs, Wolfgang (2002): Die zwei Gesichter der Ressourcenproduktivität, In: Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie (hrsg.): Von nichts zu viel. Suffizienz gehört zur Zukunftsfähigkeit, Wuppertal Papers Nr. 125, Wuppertal, S.49-55.

Schatzki, Theodore (2001): The practice turn in contemporary theory, London.

Schein, Sylvia (2003): Nachhaltigkeit. Von der Genese des Begriffs zur Nachhaltigkeit als systemischer Ansatz, Norderstedt.

Scherhorn, Gerhard (2002): Die Logik der Suffizienz, In: Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie (hrsg.): Von nichts zu viel. Suffizienz gehört zur Zukunftsfähigkeit,

Wuppertal Papers Nr. 125, Wuppertal, S. 15-24.

Scherhorn, Gerhard (2008): Über Effizienz hinaus, In: Hartard, Susanne/Schaffer, Axel/ Giegrich, Jürgen (Hrsg.), Ressourceneffizienz im Kontext der Nachhaltigkeitsdebatte, Baden-Baden.

Schilcher, Christian (2005): Der Beitrag von Pierre Bourdieu zur Sozialstrukturanalyse der gegenwärtigen Gesellschaften . TU Darmstadt.

Schneider, Monika (2010): Energiekonsum und Nachhaltigkeit unter besonderer Berücksichtigung von Energiearmut, WU Wien.

Shove, Elizabeth (2003): Comfort, Cleanliness and Convenience. The Social Organization of Normality. Lancaster University.

Shove, Elisabeth/ Pantzar, Mika (2005): Consumers,Producers and Practices: Understanding the invention and reinvention of Nordic Walking. Journal of Consumer Culture 5, 43-64.

Statistik Austria (2009): EU- SILC 2008, Wien.

Statistik Austria (2011): Anteiliger Einsatz aller Energieträgergruppen am Gesamtenergieeinsatz aller Haushalte nach Verwendungszwecken 2003 bis 2010, Wien.

Stock, Jessica (2011): Eine Maschine wird Mensch? Von der Angst, Technik als integralen Bestandteil sozialer Praktiken zu akzeptieren; Technical University Technology Studies Working Papers. TU Berlin.

Tijmes, Pieter/ **Luif**, Reginald (1995): The Sustainability of our Common Future: An Inquiry into the Foundations of an Ideology . In: Technology In Society 17,/3, S.327-336.

WAHRIG-Lexikonredaktion (2004): WAHRIG Fremdwörterlexikon, München.

Wegscheider-Pichler, Alexandra (2009): Strom- und Gastagebuch 2008. Strom- und Gaseinsatz sowie Energieeffizienz österreichischer Haushalte. Auswertung Gerätebestand und Einsatz, Statistik Austria, Wien.

Winterfeld, Uta von (2002): Reflexionen zur Suffizienz als politischer Angelegenheit in sieben Etappen . In: Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie (hrsg.): Von nichts zu viel. Suffizienz gehört zur Zukunftsfähigkeit, Wuppertal Papers Nr. 125, Wuppertal, S.27-34.

Winterfeld, Uta von (2007): Keine Nachhaltigkeit ohne Suffizienz . Fünf Thesen und Folgerungen , In: Vorgänge Heft 3/2007, S. 46-54 .

Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie (1997): Zukunftsfähiges Deutschland. Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung, Berlin.

Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie (2008): Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt. Ein Anstoß zur gesellschaftlichen Debatte, Frankfurt/Main.

Wissen, Markus (2010): Klimawandel, Geopolitik und „imperiale Lebensweise“, In: Kurswechsel 2, S.30-38.

6.2. Internetquellen

Bundesbehörden der Schweizer Eidgenossenschaft:

a) Übereinkommen über die Biologische Vielfalt, UNCED-Konferenz (1992), Rio de Janeiro, <http://www.admin.ch/ch/d/sr/i4/0.451.43.de.pdf> , aufgerufen am 21.10.2011.

b) Verfassung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) (1946), New York, <http://www.admin.ch/ch/d/sr/i8/0.810.1.de.pdf> , aufgerufen am 22.10.2011.

Club of Rome: Internetpräsenz des Club of Rome, <http://www.clubofrome.org/?p=324> , aufgerufen am 20.09.2011.

NGO Committee on Education of the Conference of NGOs: Report of the World Commission on Environment and Development (WCED) (1987): „Our Common Future“, Oxford, <http://www.un-documents.net/wced-ocf.htm> , aufgerufen am 15.10.2011.

Österreichisches Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt- und Wasserwirtschaft:

a) Info-Folder "Richtig Heizen mit Holz" (2011), Wien, <http://www.lebensministerium.at/umwelt/luft-laerm-verkehr/richtig-heizen.html> , aufgerufen am 10.01.2011.

United Nations Framework Convention On Climate Change:

Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderung, UNCED-Konferenz (1992), Rio de Janeiro, <http://www.unfccc.int/resource/docs/convkp/convger.pdf> , aufgerufen am 22.09.2011.

United Nations Organization:

a) Rio-Erklärung über Umwelt und Entwicklung, UNCED-Konferenz (1992), Rio de Janeiro, <http://www.un.org/Depts/german/conf/agenda21/rio.pdf> , aufgerufen am 15.10.2011.

b) Beschluss der UN-Vollversammlung zur Gründung der WCED (1983): Resolution A/RES/38/161, New York, <http://www.un.org/documents/ga/res/38/a38r161.htm> , aufgerufen am 17.10.2011.

c) Beschluss der UN-Vollversammlung zur Gründung der CSD (1993): Resolution A/RES/47/191, New York, <http://www.un.org/documents/ga/res/47/ares47-191.htm/> , aufgerufen am 15.10.2011.

6.3. Weiterführende Literatur

Bourdieu, Pierre (1983) : Ökonomisches Kapital, Kulturelles Kapital, Soziales Kapital, In: Kreckel, Reinhard (Hrsg.): Soziale Welt, Sonderband 2, Göttingen, S.183-198.

Birnbacher, Dieter (1999): „Untersuchung zu einem integrativen Konzept nachhaltiger Entwicklung. Bestandsaufnahme, Problemanalyse, Weiterentwicklung, Kommentargutachten, beauftragt im Rahmen des HGF-Projekts Düsseldorf.

Brown-Weiss, Edith (1989): In Fairness to Future Generations. Internationals Law, Common Patrimony and Intergenerational Equity, New York.

Busch-Lüty, Christiane (1995) Nachhaltige Entwicklung als Leitmodell einer ökologischen Ökonomie. In: Fritz, Peter/ Huber, Joachim/Levi, Hans Wolfgang (hrsg.): Nachhaltigkeit in naturwissenschaftlicher und sozialwissenschaftlicher Perspektive, Stuttgart, S.115-126.

Coleman, James (1988): Social Capital in the Creation of Human Capital, In: American Journal of Sociology 94, S.95-120.

Daly, Herman E. (1994): For the common good. Redirecting the economy toward community, the environment, and a sustainable future, Boston.

Durning, Allan (1992): How much is enough? New York .

Empacher, Claudia/Wehling, Peter (2002): Soziale Dimension der Nachhaltigkeit. Theoretische Grundlagen und Indikatoren, Studentexte des Instituts für sozial-ökologische Forschung Nr. 11, Frankfurt/Main
Danto, Arthur (1965): Basic Actions. In: American Philosophical Quarterly 2, S.145-148.

Giddens, Anthony (1984): The Constitution of Society. Outline of the Theory of Strubcturation, Cambridge.

Huber, Josef (1995): Nachhaltige Entwicklung. Strategien für eine ökologische und soziale Erdpolitik, Berlin.

Huber, Josef (1999): Weltumweltpolitik zwischen Ökologie und Ökonomie, In: Schmidt, Gert/Trinczek, Rainer (Hrsg.): Globalisierung und soziale Herausforderungen am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts, Baden-Baden, S.193-212.

Krebs, Angelika (Hrsg.) (1997): Naturethik: Grundtexte der gegenwärtigen tier- und ökoethischen Diskussion, Frankfurt/Main..

Maslow, Abraham (1943): A Theory of Human Motivation. In: Psychological Review 50, S.370-396.

Mohr, Hans (1997): Wissen als Humanressource. In: Clar, Güter/ Dore, Julia/ Mohr, Hans (Hg): Humankapital und Wissen.Grundlagen einer nachhaltigen Entwicklung, Berlin, S.13-27.

Parsons, Talcott (1951): The Social System, New York.

Pauli, Gunter (1999): UpCycling. Wirtschaften nach dem Vorbild der Natur für mehr Arbeitsplätze und eine saubere Umwelt, München.

Putnam, Robert D./ Leionardi, Robert (1993): Making Democracy Work, Princeton.

Schmidbauer, Wolfgang (1997): Die neue Ethik des Konsumverzichts. In: Schenk, Herrad (Hrsg.): Vom einfachen Leben. Glückssuche zwischen Überfluss und Askese, München, S.259–262.

Sens, Amartya (1987): Commodities and Capabilities, Oxford.

Serageldin, Ismael/ Steer, Andrew (1994), Epilogue: Expanding the Capital Stock. In: Serageldin, Ismael/Steer, Andrew (hrsg.): Making Development Sustainable: From Concepts to Action. World Bank Environmentally Sustainable Occasional Paper Series No. 2, Washington D.C.

Warde, Alan (2005): Consumption and theories of practice. Journal of Consumer Culture 5, 69-89.

Anhang

Tabellen- und Abbildungsverzeichnis

Tabelle 1: AGIL-Schema nach Parsons (1951), Darstellung von Mutlak/Schwarze (2007:16)

Tabelle 2: Soziale Schutz und Gestaltungsziele (Enquete-Kommission 1994: 495ff.), Darstellung von Kleinhüchelkotten (2005: 48)

Abbildung 1: Bedürfnispyramide nach Maslow (1943), Darstellung von Bauer (1998: 6)

Abbildung 2: Ressourcennutzung und Bruttoinlandsprodukt in der EU-15, Darstellung von Wuppertal Institut (2008: 101)

Abbildung 3: Konstitutive Komponenten sozialer Praktiken nach Shove/Pantzar (2005) bzw. Röpke (2009), eigene Darstellung

Abbildung 4: Abbildung 4: Höchste abgeschlossene Ausbildung der 50 armen und armutsgefährdeten Befragten, Darstellung von NELA (2011: 18)

Abbildung 5: Abbildung 5: Zuordnung der armen und armutsgefährdeten Haushalte nach Armutsgefährdungsgruppen, Darstellung von NELA (2011: 20)

Abbildung 6: Abbildung 6: Energieausgaben der armen und armutsgefährdeten Befragten in Prozent des Haushaltseinkommens, Darstellung von NELA (2011: 21)

Abstract

Das Konzept der Nachhaltigen Entwicklung etablierte sich spätestens mit der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro als internationales Leitbild einer ökologischen Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft. Doch obschon es seitdem ein fester Bestandteil der wissenschaftlichen und politischen Diskussion um das Spannungsverhältnis zwischen Ökonomie und Ökologie ist, missachtet das Ausmaß anthropogener Naturaneignung unvermindert die ökologischen Grenzen unseres Planeten. Die Hauptverantwortung liegt dabei bei den Ländern des globalen Nordens, da diese zur Wahrung ihres materiellen Wohlstandsmodells nach wie vor auf eine überproportionale Ressourcennutzung und die Externalisierung ökologischer Kosten als Mittel zurückgreifen. Doch auch in diesen Ländern darf eine umweltverträgliche Transformation, dem Gerechtigkeitspostulat der Nachhaltigkeit entsprechend, nicht zulasten sozial benachteiligter Menschen vorangetrieben werden.

Ausgehend von der Annahme, dass eine holistische Nachhaltigkeitsforschung nur durch eine analytische Integration ökologischer wie sozialer Problemlagen erfolgen kann, fragt diese Diplomarbeit nach den Realisierungschancen Nachhaltiger Entwicklung unter prekären Lebensumständen. Arbeitsgrundlage dafür ist eine mehrmonatige Mitarbeit am Forschungsprojekt „Nachhaltiger Energieverbrauch und Lebensstile in armen und armutsgefährdeten Haushalten“ (NELA).

Das zentrale Anliegen ist zunächst eine theoretisch-analytische Herleitung des Nachhaltigkeitskonzepts, welche dessen Komplexität aus interdisziplinärer Perspektive kritisch erörtert. Mit dieser als Referenzpunkt werden in einem zweiten Schritt Ansätze aus dem Feld praxistheoretischer Theorien diskutiert, welche Alltagshandlungen, als „soziale Praktiken“ bezeichnet, zur Analyseeinheit erheben. Somit wird ein Verständnis von (Energie-)Konsum als Resultat teilbewusster Routinen ermöglicht. In einem dritten Schritt wird anhand eines empirischen Analysemodells eine Neuinterpretation der im Rahmen von NELA erhobenen, qualitativen Interviews vorgenommen. Dabei werden, anhand einer Untersuchung der sozialen Praktik „Heizen“, die Möglichkeiten armutsgefährdeter Haushalte zu sozial wie ökologisch nachhaltigem Handeln eruiert.

Als Ergebnis der Forschung kann konstatiert werden, dass diese Möglichkeiten oftmals durch materielle Restriktionen limitiert sind, die habitualisierte Genügsamkeit der Befragten jedoch auch eine Chance darstellen kann.

Lebenslauf

Persönliche Daten

Name, Vorname: Huber, Vinzenz Jakob
Geburtsdatum: 30. 03. 1985
Geburtsort: Trostberg an der Alz
Familienstand: ledig
Nationalität: deutsch

Hochschulstudium

Seit 03/2009 Bachelorstudium Französisistik im Fachbereich Romanistik an der Universität Wien
09/2007 – 05/2008 Auslandsstudienjahr im Rahmen des ERASMUS-Programms am Institut d'Études Politiques de Bordeaux, France
03/2007 - 01/2009 Diplomstudium Geschichtswissenschaften im Fachbereich der Geisteswissenschaften an der Universität Wien
Seit 10/2005 Diplomstudium Politikwissenschaften im Fachbereich der Sozialwissenschaften an der Universität Wien

Schulbildung

06/2004 Schulabschluss mit Matura (2,0)
Leistungsschwerpunkte Geschichte-Sozialkunde / Englisch
1995 - 2004 Hertzhaier-Gymnasium
der Stadt Trostberg an der Alz
1991 – 1994 Kommunale Grundschule
der Gemeinde Feichten a.d. Alz

Praxiserfahrung

12/2010 – 06/2012 Projektmitarbeit am Österreichischen Institut für Nachhaltige Entwicklung (ÖIN), Wien.